

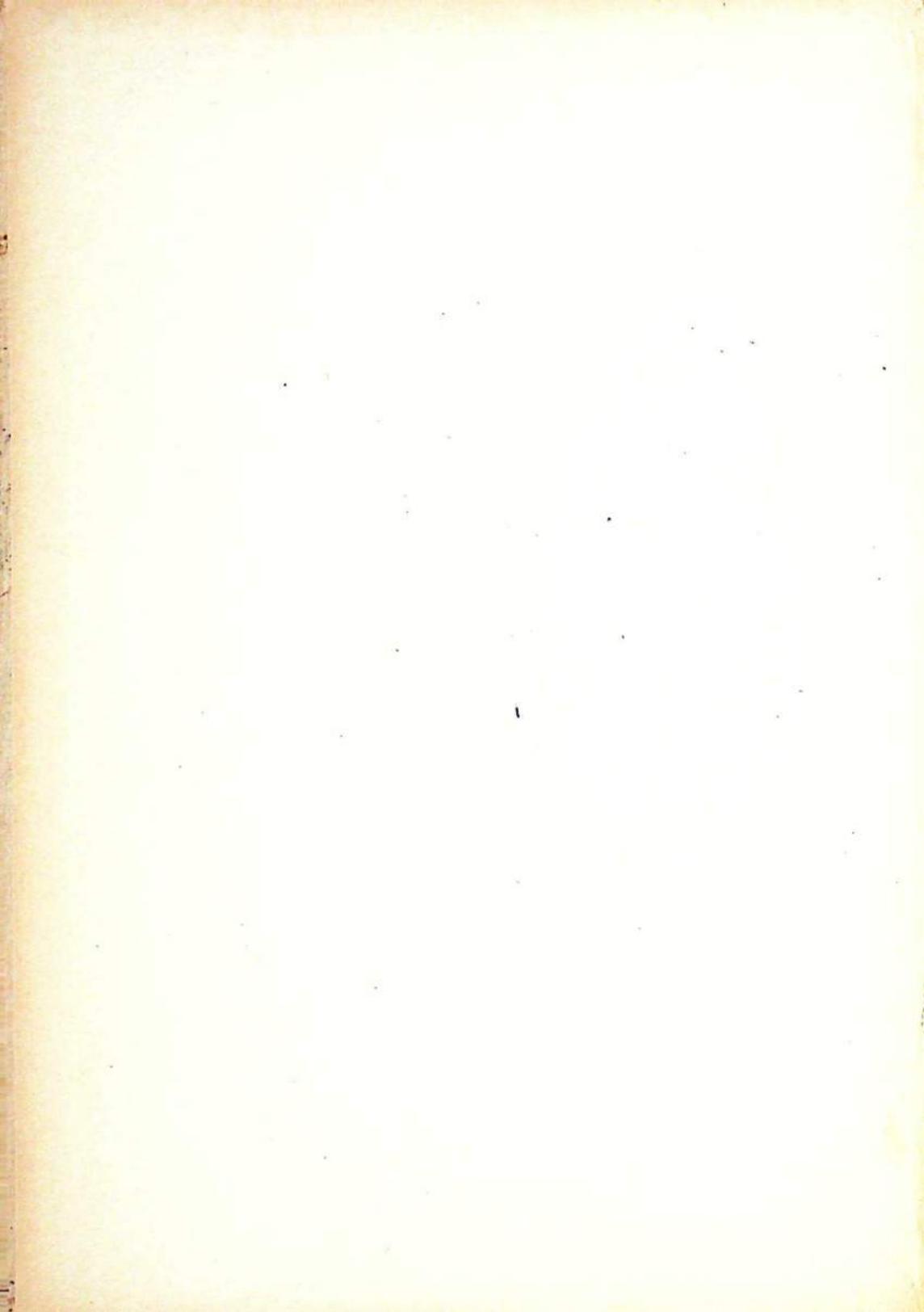


[www.MinisterieVanPropaganda.org](http://www.MinisterieVanPropaganda.org)

Fred Oelßner

**ROSA  
LUXEMBURG**

EINE  
KRITISCHE  
BIOGRAPHISCHE  
SKIZZE



Fred Oelßner

Rosa Luxemburg · Eine kritische biographische Skizze

In stets guter Freundschaft  
und Erinnerung  
an Hermann  
und Obed Fritze  
5. 6. 1956.



Rosa Luxemburg

*Fred Oelßner*

ROSA LUXEMBURG

EINE KRITISCHE  
BIOGRAPHISCHE SKIZZE



DIETZ VERLAG BERLIN

1952

Diesem Buch sind sechs Bilder und zwei Faksimiles beigegeben

2., verbesserte Auflage · 51. — 100. Tausend

Copyright 1951 by Dietz Verlag GmbH, Berlin · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung: Karl Gossow, Berlin · Typographie: Dietz Entwurf  
Lizenznummer 1 · Druck: VEB Leipziger Druckhaus, Leipzig (111/18/203)

## *Vorwort zur zweiten Auflage*

Die erste Auflage des vorliegenden Buches war bereits erschienen, als in Moskau das hervorragende Buch der sowjetischen Historikerin L. E. Kunina „Der Bankrott der amerikanischen Welteroberungspläne in den Jahren 1917 bis 1920“ herauskam. In diesem Buche wird anhand amerikanischer Dokumente der Nachweis erbracht, daß die blutige Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Deutschland in den Jahren 1918 bis 1920 und die Ermordung der Führer des revolutionären Proletariats das Werk nicht allein der deutschen Konterrevolution war, sondern daß die Agenten des amerikanischen Imperialismus als Inspiratoren und Helfer aktiv daran beteiligt gewesen sind. Diese neuen Tatsachen machten es erforderlich, am Ende des ersten Teiles in dem Kapitel „Vom Feinde erschlagen“, kurz auf die internationalen Zusammenhänge hinzuweisen.

Ferner habe ich in der vorliegenden zweiten Auflage einige historische Ungenauigkeiten richtiggestellt, auf die ich von Lesern hingewiesen worden bin. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

Berlin, den 16. März 1952

Fred Oelßner

## *Einleitung*

Am 5. März 1951 feierten die revolutionären Arbeiter das Andenken an Rosa Luxemburg, die an diesem Tage 80 Jahre alt geworden wäre. Als sie am 15. Januar 1919 unter den brutalen Schlägen gedungener Mordbuben fiel, schied eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der europäischen Arbeiterbewegung aus dem Leben. Eine scharfsinnige Theoretikerin und Schriftstellerin des Marxismus, eine sensible Künstlerin mit starker Gestaltungskraft, eine schlagfertige Polemikerin, eine tieffassende Feindin des Opportunismus, eine allzeit hilfsbereite Freundin der Ausgebeuteten und Unterdrückten, eine nimmermüde Agitatorin — das war Rosa Luxemburg. Sie war in gleicher Weise eng mit der polnischen und der deutschen Arbeiterbewegung verbunden und sprach zugleich ein gewichtiges Wort in allen Fragen der Sozialistischen Internationale.

Dem deutschen Proletariat ist Rosa Luxemburg besonders teuer. Sie stand an der Spitze der kleinen Gruppe Linker in der deutschen Sozialdemokratie, die seit Anfang unseres Jahrhunderts unermüdlich den Kampf gegen die opportunistische Versumpfung führte. Niemand hat in der deutschen Sozialdemokratie dem Revisionismus so schonungslos und gründlich die Federn ausgerupft, niemand hat mit so beißender Ironie die Erscheinungen des Opportunismus und Reformismus in Deutschland entlarvt, und niemand war in Deutschland so heiß bemüht, neue Wege der Arbeiterbewegung in der Epoche des Imperialismus zu finden, wie Rosa Luxemburg. Sie war die erste, die nach dem furchtbaren Verrat der offiziellen deutschen Sozialdemokratie 1914 die Linken zum Widerstande sammelte, die die Ehre des deutschen Proletariats retteten. Rosa Luxemburg war es, die in ihrer „Junius-Broschüre“ den heuchlerischen Führern der Sozialdemokratie die Maske vom

Gesicht riß, die in den „Spartakusbriefen“ die Aufgaben im Kampf gegen den Krieg formulierte. Rosa Luxemburg stand mit Karl Liebknecht an der Spitze des revolutionären Proletariats in der Novemberrevolution 1918, sie war die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die von der Konterrevolution am meisten gehaßten Führer der revolutionären Arbeiter. Gegen sie richteten darum die Ebert-Scheidemann-Noske ihre abgefeimte Mordhetze, der die beiden selbstlosen sozialistischen Kämpfer zum Opfer fielen.

Wie tief das Andenken an diese beiden Helden der Revolution in der deutschen Arbeiterklasse verwurzelt ist, das beweist alljährlich der sich am Tage ihrer Ermordung mit neuer Wucht vollziehende Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft an ihren Gräbern.

Die jüngere Generation der sozialistischen Kämpfer kennt zwar die Namen dieser hervorragenden Arbeiterführer, nicht aber ihr Leben und Wirken. Es ist daher eine unaufschiebbare Pflicht, diese Kenntnis den Massen zu vermitteln. Es kann sich dabei freilich nicht darum handeln, nach der kleinbürgerlichen Art „über die Toten nur Gutes zu sagen“. Unsere Pflicht besteht darin, das historische Wirken der geschichtlichen Persönlichkeiten in ihrer objektiven Wahrheit darzustellen, damit die heute kämpfende Generation die Lehren daraus zu ziehen vermag. Dabei müssen uns die Worte Leitstern sein, mit denen Genosse Stalin 1907 einen Gedenkartikel einleitete. „Es ist in unseren Parteikreisen Sitte geworden, verstorbenen Genossen übermäßiges Lob zu spenden. Das Verschweigen der schwachen Seiten und die Übertreibung der positiven Seiten ist eine kennzeichnende Besonderheit der gegenwärtigen Nekrologe. Das ist natürlich eine unvernünftige Sitte. Wir wollen dieser Sitte nicht folgen.“<sup>1</sup> Und wir dürfen dieser – auch in Deutschland üblichen – Sitte nicht folgen. Besonders nicht bei einer Skizze über das Leben Rosa Luxemburgs. Denn so groß Rosa Luxemburgs Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung waren,

<sup>1</sup> J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 24.

so sehr wir uns in Ehrfurcht vor ihrem kämpferischen Leben verneigen, so sehr wir Rosa wegen ihres schonungslosen Kampfes für die Sache der Arbeiter lieben, so dürfen wir nicht vergessen: groß waren auch ihre Irrtümer und Fehler, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten. Wir dürfen vor allem die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß es sich nicht um einzelne Fehler handelt, sondern um ein ganzes System falscher Auffassungen (den „Luxemburgismus“). Diese Auffassungen waren eine der entscheidenden Ursachen für die Niederlagen der Kommunistischen Partei Deutschlands nach ihrer Gründung, für die Verfälschung der Rolle der Partei durch die Brandleristen, für die Unterschätzung der nationalen Frage und der Bauernfrage, die trotz der Bemühungen Ernst Thälmanns nicht überwunden wurde. Das System falscher Auffassungen Rosa Luxemburgs war aber zugleich auch der theoretische Ausdruck für die in der internationalen (besonders der westeuropäischen) kommunistischen Bewegung vorhandenen Überreste des Sozialdemokratismus.

Die kritische Überwindung der Fehler Rosa Luxemburgs ist heute um so dringender notwendig, als diese Fehler von erbärmlichen Renegaten und besonders von den sozialdemokratischen Ideologen zur Leichenschändung ausgenützt werden, die versuchen, den revolutionären Namen Rosa Luxemburgs für die Zwecke des amerikanischen Imperialismus zu mißbrauchen.

Wir handeln ganz im Geiste Rosa Luxemburgs, wenn wir ihre schwachen Seiten nicht verschweigen, ihre positiven Seiten nicht übertreiben, sondern nur die Wahrheit sagen, wenn wir den Leser mit Rosa Luxemburg bekannt machen, wie sie wirklich war. Rosa Luxemburg war die letzte, die einen Anspruch auf Unfehlbarkeit erhob, ihr war die Erziehung der Massen zur Wahrheit stets die wichtigste Aufgabe. Indem wir diesen Versuch unternehmen, ehren wir am besten die große Kämpferin, deren Name immer mit der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden sein wird.

## EIN KÄMPFERISCHES LEBEN

*Kinderjahre in der Heimat*

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Zamocz, einer Kleinstadt in der Gegend von Lublin im damaligen Russisch-Polen geboren. Als Geburtsjahr Rosa Luxemburgs wird in manchen Biographien das Jahr 1870 angegeben, genauere Untersuchungen haben zwar bisher noch nicht zu einer einwandfreien Feststellung des Geburtsjahres geführt, doch liegen Beweise dafür vor, daß Rosa Luxemburg selbst ihr Geburtsdatum mit dem 5. März 1871 angegeben hat.

Rosas Vater war ein jüdischer Kaufmann, der im Gegensatz zu den meisten Juden polnischer Kleinstädte der damaligen Zeit die Enge des Gettos und des orthodoxen jüdischen Glaubens überwunden hatte und zu liberalen Anschauungen neigte. In der Familie wurde nicht das unter den osteuropäischen Juden weit verbreitete „Jiddisch“, sondern polnisch gesprochen. Die Mutter war eine feinsinnige, kulturell hochstehende Frau, die besonders starken Einfluß auf die Kinder hatte. Rosa war das letzte von fünf Kindern. Sie hatte in früher Kindheit ein Hüftleiden, das sie ein ganzes Jahr ans Bett fesselte und ihr fürs ganze Leben Schaden brachte. Von Statur war sie klein. Dabei war sie sehr lebhaft und intelligent. Schon mit fünf Jahren konnte sie lesen und schreiben.

Die Familie, die wenige Jahre nach Rosas Geburt nach Warschau übersiedelte, lebte in einem ungesicherten Wohlstand, der häufig bitterer Not Platz machte. Wie Julian Marchlewski berichtet, mußte die Familie manchmal sogar die Betten zur Pfandleihe tragen, um ein paar Rubel zum Leben zu haben. Rosa erzählte, wie sie einmal die Lampe mit einem Stück Pa-

pier anzündete, das sich als der letzte Geldschein im Hause erwies, den der Vater mit Mühe besorgt hatte. Es ist bezeichnend für die Atmosphäre im Elternhause, daß der Vater sie dafür nicht bestrafte, sondern mit Scherzen über das teure Zündholz tröstete. Diese Atmosphäre hatte großen Einfluß auf die Entwicklung des kleinen Mädchens. Trotz der häufig auftretenden bitteren Not herrschte in der Familie keine niedergedrückte, verzweifelte Stimmung. Die Eltern waren der Kultur aufgeschlossen und führten die Kinder in ihren Genuß ein. In der Familie herrschte ein regelrechter Schiller-Kult. Rosa fühlte sich besonders zu dem großen polnischen Dichter Mickiewicz hingezogen. Sie liebte die Poesie und verfaßte selbst Gedichte. So schrieb sie anläßlich des Besuches des Kaisers Wilhelm I. in Warschau 1884 ein Spottgedicht, dem sie bereits eine politische Note gab und das mit den Zeilen endete:

„Nur eines möchte ich dir, lieber Wilhelm, sagen:  
Sage deinem listigen Lumpen Bismarck,  
Tue es für Europa, Kaiser des Westens,  
Befehl ihm, daß er die Friedenshose nicht zuschanden  
macht.“

Wie sehr Rosa Luxemburg in jungen Jahren der Dichtkunst zugeneigt war, darüber berichtet eine andere Anekdote. Im Jahre 1892 wurde sie von der polnischen Emigrantengruppe in Zürich beauftragt, eine Broschüre „Zum 1. Mai 1892“ zu schreiben. Diese Broschüre konnte nicht veröffentlicht werden, weil sie statt in Prosa in Versen geschrieben war!

Der Vater Luxemburg war bemüht, seinen Kindern die bestmögliche Schulbildung zu vermitteln. Der Zugang zum Ersten Mädchengymnasium in Warschau war für Rosa verschlossen, da diese Bildungsanstalt den Töchtern der herrschenden russischen Oberschicht vorbehalten war. Obwohl auch im Zweiten Warschauer Mädchengymnasium nur eine sehr geringe Anzahl jüdischer Mädchen aufgenommen wurde, gelang es doch, Rosa

Luxemburg in diesem Gymnasium unterzubringen. Sie war in allen Klassen die kleinste, aber auch die beste Schülerin. In der Schule war der Gebrauch der polnischen Muttersprache streng untersagt, und die Sturheit, mit der die Lehrer dieses Verbot durchführten, trieb die Schüler zum Protest. Selbstverständlich gehörte Rosa Luxemburg zur Schüleropposition. Sie mußte dafür ihr erstes politisches Opfer bringen. Obwohl sie ein glänzendes Abgangszeugnis erhielt und ihr die übliche goldene Medaille zustand, erhielt sie diese nicht, wegen ihrer oppositionellen Haltung gegenüber den Behörden.

Unmittelbar nach der Beendigung des Gymnasiums trat die fünfzehnjährige Rosa Luxemburg einem der damals in Rußland und Polen weitverbreiteten illegalen Zirkel bei und kam dadurch mit der revolutionären Arbeiterbewegung in Berührung. Aus solchen Zirkeln und aus wirtschaftlichen Widerstandskassen<sup>1</sup> war in Polen 1882 die „Sozialistische revolutionäre Partei Proletariat“ entstanden, die auf dem Boden des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus stand. Diese Partei lehrte die Massen, daß die Freiheit des polnischen Volkes nur im Bündnis mit der russischen revolutionären Bewegung erkämpft werden konnte. Sie führte große Massenbewegungen durch, deren hervorragendste waren: ein Streik von 6000 Webereiarbeitern, eine erfolgreiche Protestbewegung im Februar 1883 gegen den Versuch der Warschauer Polizei, die Arbeiterinnen einer sanitären Kontrolle zu unterziehen, das heißt sie den Prostituierten gleichzustellen, sowie eine gewaltige Demonstration der Arbeitslosen auf dem Schloßplatz in Warschau im März 1885. Die Partei „Proletariat“ schloß Anfang 1884 ein Kampfbündnis mit der russischen revolutionären Partei „Narodnaja Wolja“ (den Volkstümlern) ab. In den Jahren 1884 bis 1885 wurde die Partei „Proletariat“ von der zaristischen Polizei zerschlagen. Ihre Führer wurden gehenkt oder

---

<sup>1</sup> Die Aufgabe der Widerstandskassen bestand in der Organisierung von Streiks und in der Schaffung eines Streikfonds aus freiwilligen Beiträgen. Die Widerstandskassen waren Vorläufer der Gewerkschaften.

auf Lebenszeit in der berüchtigten Festung Schlüsselburg bei Petersburg begraben.

Als Rosa Luxemburg der Bewegung beitrug, waren von der Partei „Proletariat“ nur kleine Zirkel übriggeblieben. In einem solchen Zirkel wurde Rosa Luxemburg mit der fortschrittlichen politischen Literatur vertraut, die von der Partei „Proletariat“ herausgegeben worden war. Die Zirkelarbeit vermittelte ihr auch die Bekanntschaft mit dem hervorragenden polnischen Arbeiterrevolutionär Martin Kasprzak, der 1905 unter den Händen der zaristischen Henker starb. Die Polizei kam schließlich bald dem Zirkel auf die Spur, und Rosa Luxemburg mußte, da ihre Genossen sie vor Gefängnis und Verbannung bewahren wollten, ins Ausland fliehen.

Noch nicht achtzehnjährig, ging Rosa Luxemburg illegal über die Grenze. Wie sehr die polnischen Genossen die junge Kämpferin schätzten, beweist die Tatsache, daß kein anderer als Martin Kasprzak selbst die Flucht organisierte. Dabei ging es nicht ohne einen heiteren Zwischenfall ab. Da Rosa nicht durch Schmuggler über die Grenze gebracht werden konnte, wandte sich Kasprzak an einen katholischen Geistlichen um Hilfe, mit der Begründung, das junge Mädchen möchte sich im Auslande taufen lassen. Der Pfarrer hegte zunächst den Verdacht, daß Rosa um der irdischen Liebe willen die Religion wechseln wolle. Nachdem Rosa Luxemburg versichert hatte, daß allein die Liebe zum Christentum sie zu ihrem Schritte treibe, sagte der Pfarrer seine Hilfe zu. Unter Stroh versteckt fuhr Rosa Luxemburg auf einem Bauernwagen über die Grenze.

Ein Biograph Rosa Luxemburgs hat die Behauptung aufgestellt, „der Schritt von der rebellischen Haltung in der Schule zum revolutionären Sozialismus war Rosa schicksalhaft (!) vorgeschrieben“. Dieser mystische Unsinn wird damit begründet, daß das Joch der russischen Zustände dreifach auf Rosa lastete: „als Angehörige der vom Zarismus gefesselten russischen Volksgemeinschaft, des von der Fremdherrschaft

niedergeworfenen polnischen Volkes und der getretenen jüdischen Rasse“. Das alles ist höherer Blödsinn. Erstens ist der revolutionäre Sozialismus bekanntlich nicht aus der Unterdrückung durch den Zarismus geschaffen worden, sondern er wurde als wissenschaftlicher Sozialismus (Marxismus) aus dem Westen übernommen und unter Führung Lenins mit der Arbeiterbewegung vereinigt, die nicht aus der Unterdrückung, sondern in erster Linie aus der Entwicklung der Großindustrie entstand. Zweitens rief die Niederwerfung des polnischen Volkes bekanntlich den polnischen Nationalismus hervor, den Rosa – wie später gezeigt wird – so glühend gehaßt hat, daß sie nie einen klaren Blick in der nationalen Frage bekommen konnte. Und drittens hat die Niederdrückung der jüdischen „Rasse“ (?) jüdische nationalistische Bewegungen hervorgerufen, denen Rosa Luxemburg völlig fremd gegenüberstand. Bezeichnend ist dafür ein Brief aus ihren letzten Lebensjahren. Anfang 1917 schrieb Rosa Luxemburg aus der Festung Wronke an Mathilde Wurm: „Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen? Mir sind die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe. Weißt Du noch die Worte aus dem Werke des Großen Generalstabs über den Trothaschen Feldzug in der Kalahari: ‚... Und das Röcheln der Sterbenden, der Wahnsinnsschrei der Verdurstenden verhallen in der erhabenen Stille der Unendlichkeit.‘ O diese ‚erhabene Stille der Unendlichkeit‘, in der so viele Schreie ungehört verhallen, sie klingt in mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Getto habe: Ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt.“<sup>1</sup>

Die rebellische Haltung in der Schule mag (neben den Eindrücken im Elternhaus) der Anstoß gewesen sein, der Rosa Luxemburgs Schritte zum revolutionären Sozialismus lenkte.

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde“, Hamburg 1950, S. 48/49.

Der Weg selbst aber wurde bestimmt durch das Studium des Marxismus und durch die Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung.

### *Studienjahre in der Emigration*

Rosa Luxemburg ging nach Zürich, um dort ihr Studium durchzuführen. Diese Stadt war damals das Zentrum der russischen und polnischen Emigration, und Rosa kam bald mit deren hervorragendsten Vertretern wie Plechanow, Axelrod und Vera Sassulitsch zusammen. 1890 kam Leo Jogiches nach Zürich, mit dem sie bald ein festes Freundschaftsband zusammenhielt, das erst durch ihren Tod zerrissen wurde.

Rosa Luxemburg fand in Zürich bei der Familie des deutschen sozialistischen Emigranten Lübeck Wohnung. Lübeck war von Paralyse befallen und bettlägerig, so daß er nicht einmal schreiben konnte. Das wog um so schwerer, als er den kargen Unterhalt der Familie durch schriftstellerische Tätigkeit erwarb. Frau Lübeck, eine geborene Polin, ging ganz in der Sorge um den Haushalt und die zahlreichen Kinder auf. In der Familie herrschte, als Rosa Luxemburg mit ihr bekannt wurde, eine verzweifelte Stimmung des Verfalls. Rosa wurde sofort zur moralischen Stütze der Familie. Materiell konnte sie auch nicht viel helfen, dazu waren die eigenen Mittel zu karg. Doch sie half dadurch, daß sie nach dem Diktat Lübecks Artikel schrieb und wahrscheinlich auch selbst welche für ihn verfaßte, daß sie die Frau im Hause unterstützte und vor allem dadurch, daß sie die ganze Familie seelisch wieder aufrichtete. Später ging Rosa Luxemburg eine Scheinehe mit einem Sohne der Lübecks ein, um dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Diese Ehe wurde im Frühjahr 1903 wieder geschieden.

An der Universität schrieb Rosa sich zunächst für die Naturwissenschaften ein, da sie eine besondere Liebe für die Welt



Jugendbildnis Rosa Luxemburgs



der Pflanzen und der Tiere hatte. Dieser Liebe ist sie ihr ganzes Leben lang treu geblieben. Noch in den letzten Lebensjahren, während des Weltkrieges im Gefängnis, hat sie eifrig botanisirt und sich an der Tierwelt erfreut, die ihr oft Trost in ihrem Kerkerdasein brachte. In ihren „Briefen aus dem Gefängnis“ hat sie uns Tierbeschreibungen hinterlassen, die zu den Perlen der Literatur zählen.

Aber ihr tiefes Gefühl wie ihr scharfer Verstand trieben Rosa Luxemburg zum Kampf um die Befreiung der am ärgsten gequälten Kreatur, des Menschen. Sie sattelte bald zu den Staatswissenschaften über und studierte Nationalökonomie. Ihr Lehrer war Julius Wolf, der Typus des pedantisch-reaktionären deutschen Professors. Rosa studierte weniger seine Lehren als die Klassiker der politischen Ökonomie, Adam Smith und David Ricardo, und besonders Karl Marx. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie ihrem Lehrer bald turmhoch überlegen war und in den Seminaren ihren Spott mit ihm trieb. Wenn von Julius Wolf sonst nichts Rühmliches zu berichten ist, so gereicht es ihm doch zur Ehre, daß er die hervorragenden Fähigkeiten Rosa Luxemburgs anerkannte und sie unter allen seinen Schülern hervorhob. Er schrieb in seinen Erinnerungen: „Das waren aber Dinge, die weitab vom Orte meines Wirkens spielten. Dort lebte ich weiter ganz dem Vorlesungsbetrieb, hielt dem begabtesten der Schüler meiner Züricher Jahre, Rosa Luxemburg, die freilich fertig als Marxistin aus Polen und Rußland zu mir gekommen war, die akademischen Steigbügel, sie machte ihren staatswissenschaftlichen Doktor (mit einer trefflichen Arbeit über die industrielle Entwicklung Polens) bei mir...“<sup>1</sup>

Von Zürich aus setzte Rosa Luxemburg zusammen mit anderen Emigranten, besonders mit Jogiches, die Arbeit in der polnischen Arbeiterbewegung fort. Sie betrieb eingehend Studien über die Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung

<sup>1</sup> „Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen“, herausgegeben von Dr. Felix Meiner, Leipzig 1924, „Selbstbiographie“ von Julius Wolf, S. 12.

Polens, deren Frucht die Schrift „Die industrielle Entwicklung Polens“ war. Aber dieses Studium war für Rosa Luxemburg keineswegs eine abstrakt theoretische Angelegenheit, sondern diente dem Zwecke, der polnischen Arbeiterbewegung den Weg zu weisen.

Ende der achtziger Jahre begann in Polen ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung. Die Partei „Proletariat“ wurde reorganisiert und wandte sich verstärkt der Arbeit unter den Massen zu. Es entstanden zahlreiche Unterstützungskassen der Fabrikarbeiter als Vorläufer von Gewerkschaften.

Auch eine neue Organisation entstand, der polnische „Arbeiterbund“, der sich vorwiegend mit ökonomischen Fragen befaßte, wirtschaftliche Kämpfe führte und eine gewisse marxistische Propaganda betrieb. 1893 entstand im Gebiet von Kongreßpolen die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die den Kampf um die Unabhängigkeit Polens zum Hauptpunkt ihres Programms machte.

Schon vorher hatte eine Gruppe polnischer Intellektueller, die früher mit der Partei „Proletariat“ verbunden waren, in der Emigration, besonders in London und Paris, einen „Ausländischen Verband der polnischen Sozialisten“ gegründet. Diese Gruppe wandte sich vom proletarischen, revolutionären, internationalen Sozialismus ab und schuf einen eigenartigen polnischen „Nationalsozialismus“, der eine Abart des internationalen Opportunismus war. Während die Partei „Proletariat“ den entscheidenden Bundesgenossen der polnischen Arbeiterbewegung in der russischen Revolution sah, hatten diese Emigranten den Glauben an die russische Revolution verloren. Sie erklärten, es gebe im russischen Volke keine revolutionären Kräfte. Daher vertraten sie die Ansicht, die polnische Arbeiterklasse müsse zuerst die Abtrennung Polens von Rußland anstreben und einen unabhängigen polnischen Staat erkämpfen, dann erst könne sie in diesem Staate den Kampf um den Sozialismus aufnehmen. Diese Auffassung enthielt im Kern die ganze nationalistische Entartung, die nach 1906 die Polnische So-

zialistische Partei (PPS) in den Dienst des kaiserlich-deutschen und des k. und k. österreichischen Generalstabs führte und die später 1926 bis 1939 einen Teil der ehemaligen PPS-Führer zu Bannerträgern des faschistischen Pilsudski-Regimes in Polen machte.

In der polnischen Parteiorganisation selbst stieß die nationalistische Entartung des „Ausländischen Verbands der polnischen Sozialisten“ auf entschiedenen Widerstand. Die Flugblätter mit der „nationalsozialistischen“ Linie, die die Emigranten nach Polen schickten, wurden von den Arbeiterzirkeln in Warschau, Lodz und im Kohlengebiet von Dombrowa nicht verbreitet, sondern verbrannt. Zum Wortführer des Widerstandes gegen die Sozialchauvinisten wurde die Gruppe polnischer Sozialisten in der Schweiz, an deren Spitze Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Julian Marchlewski-Karski standen. Diese Gruppe schuf sich eine Zeitschrift, die „Sprawa Robotnicza“ (Arbeitersache), die unter den sozialistischen Arbeitern in Polen große Popularität besaß. Rosa Luxemburg führte die Redaktion dieser Zeitschrift. Sie ging daran, der nationalistischen Linie eine marxistische Linie entgegenzusetzen.

Dabei ging sie von der These aus, daß sich der polnische Kapitalismus gemeinsam mit dem Kapitalismus in Rußland, Deutschland und Österreich entwickelt. Darum bestände die Aufgabe des polnischen Proletariats darin, gemeinsam mit dem russischen, deutschen und österreichischen Proletariat gegen die kapitalistische Ordnung zu kämpfen. Nur die allgemeine Revolution, die den Kapitalismus stürzt, werde die Völker befreien, darunter auch das polnische Volk. Solange aber das kapitalistische System bestehe, sei die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates nicht möglich. Die Aufgabe sei daher nicht der Kampf für ein unabhängiges Polen, sondern der Kampf gegen den kapitalistischen Staat überhaupt.

Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß in dieser damals von Rosa Luxemburg entwickelten Linie gegen den Nationalis-

mus der PPS eine Unterschätzung der Bedeutung des nationalen Kampfes für das Proletariat überhaupt liegt. Rosa Luxemburg hatte völlig recht, wenn sie gegen den Nationalismus der späteren PPS-Leute kämpfte. Lenin brandmarkte diese Leute wiederholt als nationalistische Kleinbürger, die mit dem Sozialismus nichts gemein haben. Rosa Luxemburg hatte auch recht, wenn sie gegen die Losung des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens als einer besonderen Etappe vor dem Sozialismus, im Gegensatz zum Kampf um Demokratie und Sozialismus, im Gegensatz zum Bündnis mit der russischen Revolution auftrat. Aber Rosa Luxemburg hatte nicht recht, wenn sie die Losung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen ablehnte. Denn diese Losung gehört zu den Grundforderungen jeder wirklichen Demokratie und damit auch des Sozialismus. Darum haben Lenin und Stalin diese Losung seit dem Beginn ihrer revolutionären Tätigkeit unermüdlich propagiert. Die Anerkennung dieser Losung räumt jeder Nation das Recht ein, diejenige Form der nationalen Organisation zu wählen, die ihr zusagt. Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung bedeutet aber keineswegs den Zwang – wie dies die PPS-Leute behaupteten –, in jeder Lage und unter allen Umständen für die Schaffung eines unabhängigen Staates einzutreten. Indem Rosa Luxemburg die sozialnationalistische Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes durch die PPS-Leute akzeptierte und das Selbstbestimmungsrecht selbst statt seine nationalistische Verfälschung bekämpfte, kam sie ungewollt auf eine Linie mit den großrussischen Chauvinisten, die für die Unterdrückung des polnischen Volkes eintraten. In diesem am Anfang ihrer revolutionären Tätigkeit bezogenen falschen Standpunkt liegt der Grund für das Unverständnis Rosa Luxemburgs für die Bedeutung der nationalen Frage, das sie zeit ihres Lebens nicht zu überwinden vermochte. Das Motiv – der Kampf gegen den Nationalismus – ändert nichts an der prinzipiellen Fehlerhaftigkeit des Standpunktes Rosa Luxemburgs.

Lenin schrieb im Jahre 1913, als er die Bilanz eines zwanzigjährigen Streites zog: „Darin besteht eben der Kernpunkt des lächerlichen Fehlers Rosa Luxemburgs, dessentwegen sie schon vor langem sowohl in der deutschen als auch in der russischen Sozialdemokratie (August 1903) ausgelacht wurde: daß man aus Furcht, dem bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen in die Hände zu arbeiten, nicht nur dem bürgerlichen, sondern selbst dem reaktionären Nationalismus der unterdrückenden Nation in die Hände arbeitet.“<sup>1</sup>

Die Kämpfe um die Linie der polnischen Arbeiterbewegung wurden auch in der internationalen Arena ausgetragen. Dabei verstanden es die Anhänger der nationalistischen Richtung, den Kampf von der Höhe prinzipieller Auseinandersetzungen in den Schmutz niedriger Intrigen und Verleumdungen herabzuzerren. Auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Zürich 1893 war der „Ausländische Verband“ – d. h. die nationalistische Richtung – durch neun Delegierte vertreten. Ihr stand die sozialdemokratische Delegation gegenüber, die aus jungen, in der Internationale noch unbekanntem Sozialisten bestand, unter ihnen Karski (Marchlewski) und Rosa Luxemburg. Die Nationalisten entfesselten gegen diese Gruppe eine wüste Verleumdungskampagne. Sie verdächtigten Rosa Luxemburg sogar, eine Polizeispionin zu sein. Da die Nationalisten „anerkannte“ Führer waren und enge Beziehungen zu bekannten Führern der Internationale, wie Plechanow, hatten, gelang es ihnen auf dem Kongreß, die Aberkennung des Mandats Rosa Luxemburgs durchzusetzen.

Die Auseinandersetzungen mit den Nationalisten führten nach dem Internationalen Sozialistischen Kongreß zur Spaltung der PPS. Die Organisationen in Polen selbst verließen diese nationalistische Partei und gründeten die „Sozialdemokratie des Königreichs Polen“, deren Führung Rosa Luxemburg und Leo Jogiches übernahmen. Dieser Partei schlossen

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XVII, Zürich 1929, S. 144/145.

sich sozialdemokratische Organisationen vorwiegend polnischer Arbeiter aus Gebieten an, die nordöstlich des sogenannten Königreichs Polen lagen (vor allem Grodno und Wilna), worauf die Partei ihren Namen in „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens“ erweiterte. Mit diesen Organisationen kam auch der hervorragende Revolutionär Felix Dzierzynski in die Partei.

Die Führer der nationalistischen PPS versuchten auf dem nächsten Internationalen Sozialistischen Kongreß 1896 in London ihr infames Spiel zu wiederholen, ihr Führer Daszynski beschimpfte die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei als Lumpen und Bande publizistischer Räuber, aber diesmal nutzte es nichts, Rosa Luxemburg setzte sich durch. Der Londoner Kongreß 1896 mußte sich auch mit der Kardinalfrage der polnischen Bewegung, der nationalen Frage befassen. Rosa Luxemburg veröffentlichte im gleichen Jahre zwei grundlegende Artikel in der „Neuen Zeit“, in denen sie ihren Standpunkt darlegte. In diesen Artikeln kritisierte sie die Stellung der PPS zur nationalen Frage und erklärte, daß die Losrennung Polens von Rußland und die Unabhängigkeit Polens eine reaktionäre Losung und gleichbedeutend mit dem Bestreben sei, den unvermeidlichen ökonomischen Prozeß der wirtschaftlichen Verschmelzung Polens und Rußlands aufzuhalten. Wie sehr Rosa Luxemburg schon damals die nationale Bewegung unterschätzte, zeigt der Satz: „Die gekennzeichnete Richtung der sozialen Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß es in Polen jetzt keine Gesellschaftsklasse gibt, die ein Interesse an der Wiederherstellung Polens und zugleich die Kraft hätte, dieses Interesse zur Geltung zu bringen.“<sup>1</sup> Den Anschauungen Rosa Luxemburgs trat Karl Kautsky in einem Artikel „Finis Poloniae?“ (Polens Ende?) entgegen, in dem er hervorhob, daß die Losung der Unabhängigkeit Polens gegen den zaristischen Absolutismus in Rußland gerichtet und mit dem Siege der russischen Revolution verknüpft ist. Kautsky hob richtig hervor,

<sup>1</sup> „Die Neue Zeit“, 14. Jahrgang (1895/1896), Bd. II, S. 466.

daß die polnische Sozialdemokratie Gefahr laufe, aus Angst vor dem kleinbürgerlichen Nationalismus eine viel größere Gefahr zu riskieren: die Geschäfte der Unterdrücker Polens, des russischen Zarismus zu besorgen.<sup>1</sup>

Rosa Luxemburg sah wohl ganz richtig, daß die polnischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer mit dem Zarismus Frieden geschlossen hatten und die Unabhängigkeit Polens als einen irrationalen Traum ansahen. Aber sie wollte nicht sehen, daß die nationale Unterdrückung, die sich ständig verschärfte, breite Schichten des Kleinbürgertums, der Bauernschaft, Teile der Bourgeoisie und breite Massen der Jugend in schärfste nationale Opposition gegen den Zarismus brachte. Sie wollte nicht sehen, daß angesichts der nationalen Unterdrückung die Losung der nationalen Befreiung selbst in Teilen der Arbeiterschaft Widerhall finden mußte. Ihre falsche Position der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes, das heißt des Verzichtes der proletarischen Partei auf die Führung des nationalen Befreiungskampfes, mußte praktisch zu einer Entfremdung zwischen der sozialistischen Vorhut der Arbeiterklasse und den aus nationalen Gründen in die Opposition gegen den Zarismus gedrängten Volksmassen führen, zur Herrschaft der bürgerlichen Nationalisten über diese Volksmassen.

Der Londoner Internationale Kongreß 1896 nahm zu der Streitfrage eine Resolution an, in der es hieß: „Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet. Er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Siehe „Die Neue Zeit“, 14. Jahrgang (1895/1896), Bd. II, S. 484 bis 491 und S. 513-525.

<sup>2</sup> Zitiert in: W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XVII, S. 579.

Diese Entschließung bedeutete sowohl eine Niederlage der polnischen Nationalisten, die verlangt hatten, die Forderung der Unabhängigkeit Polens in das Programm der Internationale aufzunehmen, als auch eine Niederlage Rosa Luxemburgs, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgetreten war. Angenommen wurde der Standpunkt einer dritten Gruppe, den damals am ausführlichsten Karl Kautsky entwickelte und der die grundlegenden Thesen enthielt: „einerseits die absolut direkte, keinerlei schiefe Auslegung zulassende Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits die ebenso unzweideutige Aufforderung an die Arbeiter zur internationalen Vereinigung ihres Klassenkampfes“<sup>1</sup>.

Trotz dieser Niederlage gab Rosa Luxemburg ihren Standpunkt nicht auf, sondern suchte ihre unhaltbare Position mit der Behauptung zu retten, daß der Schwerpunkt der Resolution in ihrem zweiten Teile liege... Die spätere Entwicklung sollte zeigen, wie folgenschwer dieses Beharren auf dem falschen Standpunkte war.

Auch auf dem nächsten Internationalen Kongreß, 1900, versuchten die polnischen Nationalisten ihr Intrigenspiel gegen Rosa Luxemburg. Sie konnten sich damit jedoch nur lächerlich machen.

### *Kampf gegen den Revisionismus*

Im Jahre 1897 beendete Rosa Luxemburg ihr Universitätsstudium mit Auszeichnung, erhielt den Grad Dr. jur. und siedelte nach Deutschland über, um unter den polnischen Arbeitern in Posen und Oberschlesien legal zu arbeiten. Sie trat dabei besonders für die Klassensolidarität der polnischen und deutschen Arbeiter in diesen Gebieten ein und forderte die polnischen Arbeiter auf, sich in einer Partei mit den deutschen Arbeitern, also in der deutschen Sozialdemokratie, zu organisieren. Die deutschen Imperialisten führten eine wüste chauvi-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 581.

nistische Hetze gegen die polnische Bevölkerung dieser Gebiete durch. 1901 waren in Wreschen polnische Kinder blutig geschlagen worden, weil sie den Unterricht in ihrer Muttersprache gefordert hatten. Die Eltern, die gegen die Mißhandlung ihrer Kinder protestierten, wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Ereignisse riefen in der ganzen Welt Empörung hervor. Die Sozialdemokratie benutzte die Vorfälle, um gegen die nationale Verhetzung aufzutreten. Am 6. März 1902 veranstalteten die polnischen und die deutschen Sozialdemokraten in Posen ihre erste öffentliche Versammlung. Rosa Luxemburg referierte. Sie führte aus:

„Die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse sind die Kapitalisten, Fabrikanten, der Adel, die Priester und die Regierung. Ihr müßt euch also in der Sozialdemokratischen Partei organisieren, welche euer Klasseninteresse vertritt und die Rechte des polnischen Volkes verteidigt. Sie kämpft nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Regierung und die Kapitalisten, welche unbarmherzig in gleicher Weise sowohl die polnischen wie die deutschen Arbeiter ausbeuten. Eine Änderung wird nur die Macht des Proletariats bringen, vereinigt ohne Rücksicht auf Nationalität.“<sup>1</sup> So verkündete Rosa Luxemburg bereits vor einem halben Jahrhundert die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke, die nach der Zerschlagung des deutschen Imperialismus durch die Sowjetarmee zu einem unzerreißbaren Freundschaftsbund geworden ist.

Aber Rosa Luxemburg arbeitete nicht nur unter den polnischen Arbeitern in Deutschland. Sie stürzte sich gleichzeitig in den politischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie. Sie arbeitete an den Dresdner und Leipziger Parteizeitungen und nahm nach einigen Jahren in Berlin ihren ständigen Wohnsitz.

Um diese Zeit begann in Deutschland eine heftige Diskussion um die Grundlagen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die durch Eduard Bernsteins Angriffe auf den Marxismus aus-

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ Nr. 54 vom 6. März 1951.

gelöst wurde. Bernstein, der bis dahin als orthodoxer Marxist gegolten hatte, veröffentlichte in der „Neuen Zeit“ 1897/1898 eine Artikelserie „Probleme des Sozialismus“, in der er den Marxismus in allen seinen Teilen einer Revision unterzog, wodurch die von ihm vertretene Richtung den Namen Revisionismus erhielt. Der Versuch Bernsteins lief darauf hinaus, die Fundamente der marxistischen Wissenschaft zu zerstören und an ihre Stelle die Plattheiten der bürgerlichen Wissenschaft zu setzen. Das war Verrat an dem Werke von Marx und Engels und Rückfall in kleinbürgerliche Denkweise. Bernstein wollte das sozialistische Endziel aufgeben und die Sozialdemokratie aus einer proletarischen Klassenkampfpartei in eine soziale Reformpartei verwandeln. Seine Auffassung gipfelte in dem Satz: „Das Endziel, was immer es sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.“

Unter den deutschen Marxisten, die gegen Bernsteins Revisionismus auftraten (Bebel, Kautsky, Mehring, Clara Zetkin u. a.) ragte Rosa Luxemburg um mehrere Haupteslängen hervor. Im Jahre 1899 veröffentlichte sie ihre Schrift „Sozialreform oder Revolution?“, in deren erstem Teil sie die Artikelserie Bernsteins „Probleme des Sozialismus“ kritisiert, während sie im zweiten Teil die von Bernstein vorgenommene Zusammenfassung seiner Auffassungen in dem Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ vornimmt.

Es fällt in dieser Streitschrift Rosa Luxemburgs auf, daß sie den philosophischen Teil der Revision Bernsteins, seine Ausfälle gegen den Materialismus und die Dialektik, fast ganz außer acht läßt. Mit um so größerer Wucht fällt sie über die ökonomischen und taktischen Auffassungen Bernsteins her.

Bernstein hatte die Ansicht vertreten, daß der Kapitalismus eine wachsende Anpassungsfähigkeit an den Tag lege, daß durch die Entwicklung des Kredits sowie der Kartelle und Truste die Anarchie des Kapitalismus abgeschwächt werde, die Krisen verschwänden und die Klassengegensätze sich milderten.

Rosa Luxemburg weist an Hand einer tiefen ökonomischen Analyse nach, daß genau das Gegenteil der Fall ist. „So ist der Kredit“ – schreibt Rosa –, „weit entfernt, ein Mittel zur Beseitigung oder auch nur zur Linderung der Krisen zu sein, ganz im Gegenteil ein besonderer mächtiger Faktor der Krisenbildung.“<sup>1</sup> Dasselbe trifft auf die monopolistischen Vereinigungen zu. Nach Untersuchung dieser neuen Erscheinungen, die damals als Unternehmerverbände bezeichnet wurden, kommt Rosa Luxemburg zu dem Schluß: „So erscheinen die Kartelle und Truste in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein ‚Anpassungsmittel‘, das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Austragung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Unterganges geschaffen hat.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg überschüttet die Auffassung Bernsteins mit beißendem Spott, der in jeder sozialen Einrichtung ein „Stück Sozialismus“ entdeckte. „Und wenn Bernstein die Frage stellt, ob in einem Fabrikgesetz viel oder wenig Sozialismus steckt, so können wir ihm versichern, daß in dem allerbesten Fabrikgesetz genausoviel ‚Sozialismus‘ steckt wie in den Magistratsbestimmungen über die Straßenreinigung und das Anzünden der Gaslaternen, was ja auch ‚gesellschaftliche Kontrolle‘ ist.“<sup>3</sup>

Rosa Luxemburg geht ausführlich auf die Arbeit der Gewerkschaften ein, von deren Reformtätigkeit Bernstein die allmähliche Einführung des Sozialismus erwartete. Sie weist nach, daß die Arbeiter die Gewerkschaften brauchen, um den Arbeitslohn und die Arbeitsbedingungen im Kapitalismus zu verteidigen, daß die Gewerkschaften allein aber niemals in der Lage sind, das kapitalistische Lohnsystem zu sprengen. In die-

---

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“, Leipzig 1919, S. 6.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 17.

sem Zusammenhange sprach Rosa Luxemburg das berühmte Wort von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften. Sie schrieb: „In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralytisiert, oder genauer, abgeschwächt werden.“<sup>1</sup> So richtig der Standpunkt Rosa Luxemburgs gegenüber den reformistischen Illusionen über die Gewerkschaftsarbeit war, so irrig war auch ihre Auffassung von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften, weil sie die bedeutende Rolle der Gewerkschaften als Schulen des Klassenkampfes und des Sozialismus unterschätzte, die für die Vorbereitung des Kampfes um die Macht von entscheidender Bedeutung ist.

Rosa Luxemburg hob in ihrem Kampfe gegen den Revisionismus Bernsteins hervor, daß die Hoffnung auf ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus mit Hilfe der Gewerkschaften, der Genossenschaften und des bürgerlichen Parlaments eine reaktionäre Utopie, daß hingegen die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die unbedingte Voraussetzung für jegliches sozialistisches Beginnen ist. Sie schrieb: „Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen vollzogen werden soll.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg unterstreicht mit vollem Recht, daß Bern-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 36.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 46.

stein mit seiner Revision die objektiven Voraussetzungen des Sozialismus leugnet. Wenn Bernstein die aus der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus resultierende Notwendigkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus verneint, verwandelt er den Sozialismus wieder in eine Utopie. An die Stelle der ökonomischen Notwendigkeit setzte Bernstein die kleinbürgerliche Phrase von der Gerechtigkeitsidee, über die Rosa Luxemburg höhnisch schrieb: „Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge.“<sup>1</sup>

Bernstein hat den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, das heißt den Boden der Sozialdemokratie, verlassen, stellt Rosa Luxemburg fest. Die Diskussion mit Bernstein, so sagt sie mit Recht, ist „zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, zweier Klassen, zweier Gesellschaftsformen geworden“. Sie betont, daß die von Bernstein aufgeworfene Frage von der Sozialreform oder der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, die Frage vom kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung ist.<sup>2</sup> Damit weist sie auf den kleinbürgerlichen Charakter des Revisionismus hin. Darum forderte Rosa Luxemburg auch in ihren Aufsätzen vor dem Parteitag in Hannover 1899 den Ausschluß Bernsteins aus der Partei. Die Kritik Bernsteins – so schrieb Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ – „ist eine Theorie der Versumpfung, für die es in unseren Reihen keinen Raum gibt“<sup>3</sup>.

Trotz des offenkundig bürgerlichen Charakters der Auffassungen Bernsteins wurde er nicht aus der Sozialdemokratie

<sup>1</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>3</sup> „Leipziger Volkszeitung“ vom 14. September 1899.

ausgestoßen. Im Gegenteil, er konnte weiter Anhänger für seine Auffassungen werben. Von nun an gab es in der Sozialdemokratie zwei Strömungen, die Revisionisten-Opportunisten auf der einen Seite und die Orthodoxen oder Radikalen auf der anderen Seite. Die letzteren waren jedoch keine einheitliche Richtung; je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzten, um so klarer sonderte sich später eine dritte Richtung von ihnen ab: die Zentristen. Diese Entwicklung war nicht nur auf Deutschland beschränkt.

Während Bernstein in Deutschland den Opportunismus theoretisch begründete, gingen die französischen Sozialisten daran, ihn praktisch zu exerzieren. Die dritte Republik wurde seit den achtziger Jahren von heftigen Krisen geschüttelt. 1886/1887 trat der General Boulanger mit dem Bestreben auf, eine Militärdiktatur zu errichten. Die Fäulnis des bürgerlichen Parlamentarismus brach in zahlreichen Korruptionsskandalen aus, deren bedeutendster der Skandal um den Panamakanal (1888) war. Mit der Dreyfus-Affaire trat 1894 ans Tageslicht, daß auch die französische Armee völlig von Korruption zerfressen war. Die Korruptionsskandale wurden von den Anhängern Boulangers ebenso ausgenutzt, wie später Hitler die Korruptionsskandale der Weimarer Republik ausnutzte. Während ganz Frankreich brodelte, sahen die sozialistischen Parteien den Skandalen mit verschränkten Armen zu. Im Juni 1899 trat der Sozialist Millerand ohne vorherige Verständigung mit der Partei in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau ein, der auch der Kommuneschlichter Galliffet angehörte. Millerand versuchte, diesen Klassenverrat mit der Behauptung zu vertuschen, seine Teilnahme an der bürgerlichen Regierung sei ein Ausdruck der wachsenden organisatorischen Stärkung und Festigung der Sozialistischen Partei und ein Mittel der Machteroberung des Proletariats. Die Koalitionspolitik war damit begründet. Der Führer der französischen Sozialisten Jean Jaurès spendete dem „Mut“ Millerands großes Lob und ertete dafür den lauten Beifall aller Reformisten in der Inter-

nationale. Lenin hat das „Experiment“ Millerands mit folgenden vernichtenden Worten charakterisiert: „Die objektiven Bedingungen dieses ‚Experiments‘ bestanden darin, daß die Republik in Frankreich bereits Tatsache war und ihr keine ernste Gefahr mehr drohte; – daß die Arbeiterklasse die volle Möglichkeit für die Entwicklung einer selbständigen politischen Klassenorganisation hatte und diese Möglichkeit nicht genügend ausnützte, zum Teil gerade unter dem Einfluß der vielen parlamentarischen Spiegelfechtereien ihrer Führer; – daß in Wirklichkeit die Arbeiterklasse von der Geschichte objektiv bereits vor die Aufgabe des sozialistischen Umsturzes gestellt war, von der die Millerands das Proletariat durch das Versprechen winziger sozialer Reformen fortzulocken suchten.“<sup>1</sup>

Der Eintritt Millerands in die Regierung und seine Verteidigung durch Jaurès rief eine heftige internationale Diskussion über den Millerandismus oder Ministerialismus hervor. Rosa Luxemburg nahm aktiv an dieser Diskussion teil und trat entschieden gegen den Opportunismus auf. Zunächst behandelte sie in der „Leipziger Volkszeitung“ den Eintritt Millerands in die bürgerliche Regierung als eine taktische Frage, wobei sie nachwies, daß dieser Eintritt der opportunistischen Verfälschung des Sozialismus durch Bernstein entspricht. Rosa Luxemburg hob demgegenüber hervor, daß die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen „nur Korruption und Verwirrungen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Ergebnis haben“<sup>2</sup> kann. Später nahm sie in einer Artikelserie in der „Neuen Zeit“ prinzipiell zu dem französischen Experiment Stellung. Eine ausführliche Untersuchung seiner Regierungstätigkeit führte Rosa Luxemburg zu der Schlußfolgerung, „daß Millerand tatsächlich nicht als sozialistischer, sondern als radikaler (d. h. als bürgerlicher. F. O.) Minister funktioniert“<sup>3</sup>. Diese Charakte-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. VII, Wien-Berlin 1929, S. 273.

<sup>2</sup> „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Juli 1899.

<sup>3</sup> „Die Neue Zeit“, 19. Jahrgang (1900/1901), Bd. I, S. 629.

ristik trifft ebenso haargenau auf jeden sozialdemokratischen Minister in der Weimarer Republik wie heute auf die sozialdemokratischen Minister und Senatoren in Westdeutschland und Westberlin zu! Rosa Luxemburg schloß ihre Untersuchung über den französischen Ministerialismus mit der Hoffnung: „Die Erfahrungen mit dem Ministerium Waldeck-Millerand sind geeignet, der gesamten internationalen Sozialdemokratie die Lust an opportunistischen Experimenten zu verderben.“<sup>1</sup>

Die spätere Entwicklung hat leider bewiesen, wie unberechtigt diese Hoffnungen Rosa Luxemburgs waren.

Als Lenin in der demokratischen Revolution von 1905 die Teilnahme der Sozialisten an der provisorischen revolutionären Regierung forderte, traten die Menschewiki dagegen auf und beschuldigten Lenin und die Bolschewiki der Verletzung des Beschlusses des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Amsterdam von 1904, der den Jaurèsismus verworfen hatte. Ihnen trat Stalin entgegen, der schrieb:

„Was den Amsterdamer Kongreß anbelangt, so hatte er die ständige Regierung Frankreichs im Auge, nicht aber eine provisorische revolutionäre Regierung. Die Regierung Frankreichs ist reaktionär-konservativ, sie verteidigt das Alte und kämpft gegen das Neue, – man begreift, daß ein wahrer Sozialdemokrat in diese Regierung gar nicht eintreten wird, während die provisorische Regierung revolutionär-progressiv ist, sie kämpft gegen das Alte, bahnt dem Neuen den Weg, sie dient den Interessen der Revolution, – man begreift, daß ein wahrer Sozialdemokrat in sie eintreten und sich an der Krönung der Sache der Revolution aktiv beteiligen wird. Wie man sieht, sind dies verschiedene Dinge.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg war in der Verurteilung des Jaurèsismus völlig mit den Bolschewiki einer Meinung.

In der großen Auseinandersetzung mit dem Revisionismus ging es letzten Endes um die Frage der sozialistischen Revolu-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 688.

<sup>2</sup> J. W. Stalin, „Werke“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 123.

tion. Während die Opportunisten aller Schattierungen auf die sozialistische Revolution verzichteten, sich dem Kapitalismus anpaßten und die Arbeiter mit leerem Geschwätz über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus zu betrügen versuchten, verfocht Rosa Luxemburg die schon von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest vertretene Ansicht, daß die Ziele der Arbeiterklasse „nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“<sup>1</sup>. Darum war sie immer bestrebt, die Massen im Geiste des revolutionären Kampfes zu erziehen und ihnen klarzumachen, daß sie ihr sozialistisches Ziel nur im Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihre Stützen erreichen können. Dieses Bestreben Rosa Luxemburgs kam besonders in der ersten großen Massenstreikdebatte zum Ausdruck, die sich im Anschluß an den belgischen Generalstreik 1902 entwickelte. In ihrer Auseinandersetzung mit dem belgischen Opportunisten Vandervelde stellte Rosa Luxemburg die proletarische Gewalt der bürgerlichen Gesetzlichkeit gegenüber. „Was sich uns als bürgerliche Gesetzlichkeit präsentiert“, schrieb sie, „ist nichts anderes als die von vornherein zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse.“<sup>2</sup>

Und Rosa Luxemburg schloß ihre Auseinandersetzung mit Vandervelde mit den prophetischen Worten: „Wollte die Sozialdemokratie wirklich einmal, wie ihr die Opportunisten nahelegen, von vornherein und ein für allemal auf den Gebrauch der Gewalt verzichten und die Arbeitermassen auf die bürgerliche Gesetzlichkeit einschwören, dann würde ihr ganzer parlamentarischer und sonstiger politischer Kampf früher oder später kläglich in sich zusammenfallen, um der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld zu räumen.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 50.

<sup>2</sup> „Die Neue Zeit“, 20. Jahrgang (1901/1902), Bd. II, S. 276.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 280.

Man denke nur an das traurige Spiel mit der bürgerlichen Gesetzlichkeit, das die rechten Führer der SPD in den Jahren 1932/1933 trieben, um die furchtbare Wahrheit dieser Worte Rosa Luxemburgs zu erkennen.

### *Diskussion über Organisationsfragen*

Bereits in ihrem Kampf gegen Bernstein legte Rosa Luxemburg ein Unverständnis für die Bedeutung der Partei und, so sonderbar dies bei ihr klingen mag, der revolutionären Theorie an den Tag. In der Verteidigung der Zusammenbruchtheorie gegen Bernstein entwickelte sie einen fatalistischen Objektivismus, nach dem die ökonomische Entwicklung von selbst unweigerlich das Ende des Kapitalismus herbeiführt. Daraus entsproß ihre falsche Theorie der Spontaneität der revolutionären Entwicklung und des automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, wovon später noch die Rede sein wird. In ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“<sup>1</sup> kommt Rosa Luxemburg dicht an das Problem der Partei heran, wenn sie schreibt: „Der Sozialismus erfolgt also aus dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht von selbst und unter allen Umständen.“<sup>1</sup> Der marxistisch geschulte Leser erwartet daraus die Schlußfolgerung, daß zum Siege des Sozialismus eine revolutionäre Partei notwendig ist, die auf der Grundlage der marxistischen Theorie das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt, die der Arbeiterklasse den Weg weist, sie organisiert usw. Rosa Luxemburgs Argumentation geht jedoch in genau entgegengesetzter Richtung. Sie fährt fort: „Er (der Sozialismus) ergibt sich nur (!?) aus den immer mehr sich zuspitzenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft und aus der Erkenntnis der Arbeiterklasse von

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“, S. 24.

der Unerläßlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung.“<sup>1</sup> Kein Wort darüber, woher diese Erkenntnis kommen soll! Die hier im Keime vorhandene falsche Auffassung Rosa Luxemburgs von der Rolle der Partei wurde von ihr später systematisch weiterentwickelt und hat schließlich für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvolle Folgen gehabt.

Im Jahre 1904 entwickelte Lenin in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ die organisatorischen Grundlagen der revolutionären Partei des Proletariats. Er stellte folgende Prinzipien auf:

1. Die marxistische Partei ist der bewußte, marxistische Vortrupp der Arbeiterklasse, der „mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes gewappnet und infolgedessen fähig ist, die Arbeiterklasse zu führen, ihren Kampf zu leiten“.

2. Die Partei ist „der organisierte Trupp der Arbeiterklasse, der seine Disziplin besitzt, die für alle seine Mitglieder verbindlich ist“.

3. Die Partei ist die höchste Form der Organisation des Proletariats, „die berufen ist, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten“.

4. „Die Partei ist die Verkörperung der Verbindung des Vortrupps der Arbeiterklasse mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse.“

5. Die Partei muß „auf der Grundlage des Zentralismus organisiert sein, ein einheitliches Statut, eine einheitliche Parteidisziplin, ein einheitliches leitendes Organ in Gestalt des Parteitags und in der Zeit zwischen den Parteitagen in Gestalt des Zentralkomitees der Partei an der Spitze haben“.

6. „Will die Partei die Einheit ihrer Reihen bewahren, so muß sie in ihrer Praxis eine einheitliche proletarische Disziplin durchsetzen, die für alle Parteimitglieder gleicherweise

---

<sup>1</sup> Ebenda.

verbindlich ist, sowohl für die Führer als auch für die einfachen Mitglieder.“<sup>1</sup>

Gegen diese von Lenin entwickelten Grundprinzipien der proletarischen Partei trat Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“ mit einem Aufsatz über „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ auf, in dem sie sich auf den Standpunkt der Menschewiki stellte. In diesem Artikel kam bereits die Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs klar zum Ausdruck. Sie beschuldigte Lenin des „Ultrazentralismus“ und vertrat die Ansicht, daß „die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich getrennte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses“<sup>2</sup>. Rosa Luxemburg hält es für richtig und unvermeidlich, daß die taktischen Wendungen der russischen Arbeiterbewegung „jedesmal das spontane Produkt der entfesselten Bewegung selbst“<sup>3</sup> waren. Sie hebt „die geringe Rolle der bewußten Initiative der Parteileitungen bei der Gestaltung der Taktik“<sup>4</sup> hervor, die auch in Deutschland zu beobachten gewesen sei, greift ein Lassallesches Wort auf, indem sie gegen Lenin die Anklage richtet, sein „Ultrazentralismus“ sei „vom sterilen Nachwächtergeist getragen“ usw. Schließlich bezieht sie Rosa Luxemburg Lenin des Subjektivismus, wobei sie selbst dem subjektiven Faktor der Entwicklung, der Arbeiterklasse und ihrer Partei, eine äußerst minderwertige Rolle einräumt. Er hat lediglich der Vollstrecker des historisch abrollenden objektiven Entwicklungsprozesses zu sein. Rosa Luxemburg kommt zu der Schlußfolgerung: „Fehlritte, die eine

<sup>1</sup> Siehe „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 59 bis 64.

<sup>2</sup> „Die Neue Zeit“, 22. Jahrgang (1903/1904), Bd. II, S. 488.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 490.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 491.

wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees.“<sup>1</sup>

Aus dem Dargestellten geht mit voller Klarheit hervor, daß Rosa Luxemburg die Rolle der Partei als der bewußten Führerin der Arbeiterklasse nicht nur nicht verstanden hatte, sondern sich gegen dieses Verständnis sträubte und aktiv gegen die Leninsche Lehre kämpfte.

Die menschwistische Auffassung Rosa Luxemburgs über die Partei ergab sich aus ihrer fatalistischen Geschichtsauffassung. Rosa Luxemburg hat nicht den Standpunkt des alten, mechanischen Materialismus überwinden können, den Marx in seinen Thesen über Feuerbach wie folgt kritisierte: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus – den Feuerbachschen mit eingerechnet – ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv.“<sup>2</sup>

Lenin schrieb für die „Neue Zeit“ eine Antwort auf die Artikel Rosa Luxemburgs, die jedoch von Karl Kautsky nicht abgedruckt wurde.<sup>3</sup> In dieser Antwort wehrte sich Lenin gegen die Entstellungen in den Aufsätzen Rosa Luxemburgs und stellte fest, „daß der Artikel von Rosa Luxemburg in der ‚Neuen Zeit‘ die Leser nicht mit meinem Buch, sondern mit etwas anderem bekannt macht“<sup>4</sup>. Lenin urteilte abschließend über den Artikel Rosa Luxemburgs: „Der Leser, der sich die Mühe gibt, die Urquellen unseres Parteikampfes zu studieren, wird leicht verstehen, daß die Äußerungen der Genossin Rosa Luxemburg über ‚Ultrazentralismus‘, über die Notwendigkeit

<sup>1</sup> Ebenda, S. 535.

<sup>2</sup> Siehe Friedrich Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 61.

<sup>3</sup> Diese Antwort wurde 1949 in deutscher Sprache in der „Einheit“ veröffentlicht. Siehe „Einheit“, 1949, Heft 10, S. 932.

<sup>4</sup> Ebenda.

einer allmählichen Zentralisierung usw. konkret und praktisch eine Verhöhnung unseres Parteitages, abstrakt und theoretisch (wenn man hier von der Theorie sprechen kann) jedoch eine direkte Verflachung des Marxismus, eine Verzerrung der wirklichen Dialektik von Marx usw. sind.“<sup>1</sup> Als Lenin im Jahre 1905 noch einmal auf die Organisationsfragen zurückkam, fällt er über Rosa Luxemburgs Anschauung das harte Urteil: „...irgendeinen anderen Inhalt als die Rechtfertigung der Prinzipienlosigkeit wird man an der ganzen famosen Theorie von der Organisation als Prozeß (siehe insbesondere die Artikel Rosa Luxemburgs) nicht finden, einer Theorie, die den Marxismus verflacht und prostituiert.“<sup>2</sup>

Genosse Stalin hebt in seiner Schrift „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ mit Nachdruck hervor, daß Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung über die Organisationsfrage gegen die Bolschewiki auftrat. Er schreibt: „Auch linke Sozialdemokraten in Deutschland, Parvus und Rosa Luxemburg, die damaligen Führer der Linken, griffen ein. Und was geschah? Beide sprachen sich gegen die Bolschewiki aus. Dabei wurde gegen die Bolschewiki die Anklage des Ultrazentralismus und blanquistischer Tendenzen erhoben. Später wurden diese abgeschmackten und spießhaften Epitheta von den Menschewiki aufgegriffen und durch die ganze Welt getragen.“<sup>3</sup>

Wenn die Feinde der Arbeiterklasse heute versuchen, Rosa Luxemburgs Fehler in der Organisationsfrage zu Nutz und Frommen ihrer amerikanischen Auftraggeber gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung auszuspielen, so können sie dies nur tun, indem sie die Erfahrung der fünfzigjährigen Entwicklung der Arbeiterbewegung negieren, die den einwandfreien Beweis für die Richtigkeit der Leninschen Lehre von der Par-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 940.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. VII, S. 74.

<sup>3</sup> J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 429.

tei erbracht hat. Es paßt durchaus in diese Bestrebungen, wenn zum Beispiel Benedikt Kautsky heute behauptet, daß Rosas Artikel gegen Lenin „eine ihrer bedeutendsten Leistungen darstellt“, „den die Kommunisten von heute vergessen machen möchten“<sup>1</sup>. Der Herr kann sich beruhigen, wir sind weit davon entfernt, den Artikel „vergessen zu machen“, sondern wir zeigen gerade an Hand dieses Artikels die Schwächen der damaligen Linken auf, damit die Arbeiter daraus lernen können.

Neben ihren theoretischen Arbeiten war Rosa Luxemburg auch unermüdlich in der praktischen Agitationsarbeit der Partei tätig. Sie wurde bald zu einem der beliebtesten Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung. In hunderten Versammlungen trat sie auf und führte überall den Kampf gegen die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die nichts mehr vom Klassenkampf wissen, sondern ihre Ruhe haben wollten. Wo sie sprach, strömten die Massen in die Versammlung, die mit Recht in Rosa Luxemburg die kühnste Vertreterin ihrer Interessen sahen. Trotz ihrer Fehler war Rosa Luxemburg in der deutschen Sozialdemokratie die energischste Verfechterin der Idee des revolutionären Klassenkampfes. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Klassengerichte sich mit der Tätigkeit Rosa Luxemburgs befaßten. 1904 wurde sie wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die sie in Zwickau absitzen mußte. Ihr Strafe ging schon zu Ende, als sie infolge eines Königswechsels in Sachsen unter die Amnestie fiel und früher entlassen wurde. Sie protestierte heftig dagegen, denn sie wollte nicht die Gnade eines Königs genießen. Doch es half nichts, sie mußte die Strafanstalt verlassen.

### *Die erste russische Revolution*

Obwohl Rosa Luxemburgs Haupttätigkeit in dieser Zeit in der deutschen Sozialdemokratie lag, blieb sie doch eng der

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde“, S. 214.

russischen und der polnischen Arbeiterbewegung verbunden. Sie gehörte zusammen mit Leo Jogiches der Führung der polnischen Sozialdemokratischen Partei an und ihre Wohnung in Berlin-Friedenau war ein Zentrum der polnischen revolutionären Bewegung, in dem die aus Warschau kommenden Genossen regelmäßig Station machten. Im Jahre 1903 schrieb Rosa Luxemburg eine Broschüre „Dem Andenken des ‚Proletariat‘“, in der sie die Bedeutung dieser ersten sozialistischen Partei der polnischen Arbeiterklasse schilderte.

Der Ausbruch der ersten russischen Revolution im Januar 1905 rückte die Fragen der russischen Arbeiterbewegung in den Vordergrund. Rosa Luxemburg stürzte sich mit aller Kraft in die Bewegung. Sie sah ihre nächste Aufgabe darin, die Probleme der russischen Revolution den deutschen Arbeitern näherzubringen, und reiste von Ort zu Ort, um in Massenversammlungen darüber zu sprechen. Unter dem Einfluß der russischen Revolution begann auch in weiten Teilen der deutschen Arbeiterbewegung, besonders unter den Massen, ein frischer Wind zu wehen, während die herrschenden Klassen gleichzeitig ihre Unterdrückungsmaßnahmen verschärften. Auf Verlangen der Mitgliedermassen mußte die Gewerkschaftsbürokratie Rosa Luxemburg in Gewerkschaftsversammlungen auftreten lassen, die ihr bis dahin verschlossen gewesen waren. Überall wurde sie mit heller Begeisterung empfangen. Die riesigen Massenstreiks des russischen Proletariats, die unmittelbar nach dem Blutsonntag einsetzten, stellten auch in Deutschland die Frage des Massenstreiks wieder auf die Tagesordnung. Rosa Luxemburg warb unermüdlich für dieses neue Kampfmittel der Arbeiterklasse. Während sich der Gewerkschaftskongreß in Köln gegen den Massenstreik aussprach, erkannte der Parteitag in Jena im Herbst 1905 den politischen Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse an. Das war nicht zuletzt das Verdienst Rosa Luxemburgs.

Aber es hielt Rosa Luxemburg nicht in Deutschland, während in Russisch-Polen die Flamme der Revolution loderte.

Als auf dem Höhepunkt der Revolution im Dezember 1905 die Anwesenheit der Parteiführung in Warschau nötig wurde, fuhr sie gegen den Willen ihrer Genossen mit dem Paß der Berliner Genossin Anna Matschke nach Warschau. Während die Reformisten und die Klassenfeinde hämisch höhnten, daß Rosa Luxemburg, „das tapfere Heldenweib“, es nicht für nötig hielt, sich den Gefahren der Revolution auszusetzen, saß Rosa selbst als einzige Zivilperson in einem überfüllten Militärzug, der sich aus Angst vor den Arbeitern vorsichtig im Dunkeln nach Warschau schlich, um Truppen für die Niederschlagung der Revolution hinzubringen.

In Warschau angekommen, sah es Rosa Luxemburg als ihre wichtigste Aufgabe an, der Bewegung Klarheit und Zielrichtung zu geben. In den Grundfragen der Revolution lehnte sie zwar ebenso wie die Bolschewiki die menschwistische Theorie der wegen des bürgerlichen Charakters der Revolution angeblich notwendigen Selbstbeschränkung des Proletariats ab, aber sie war auch nicht mit Lenins These von der Notwendigkeit der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft einverstanden. Sie meinte, daß Lenin die große Differenzierung in der Bauernschaft übersehe und sich vor allem in der Haltung der Arbeiterklasse täusche, die durch nichts von der Errichtung ihrer eigenen Herrschaft abgehalten werden könne. Hierin zeigte sich ein ungenügendes Verständnis für den Charakter der Revolution und ihrer hauptsächlichsten Triebkräfte.

Genosse Stalin gibt in seiner Arbeit „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ ein hartes, aber gerechtes Urteil über den Standpunkt Rosa Luxemburgs ab. Er schreibt über die Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki über die taktischen Fragen in der Revolution von 1905: „Wie verhielten sich zu diesen Auseinandersetzungen die Linken in der deutschen Sozialdemokratie, Parvus und Rosa Luxemburg? Sie ersannen ein utopisches und halbenschewistisches Schema, das der permanenten Revolution (ein Zerrbild

des Marxschen Revolutionsschemas), durchdrungen von einer durch und durch menschewistischen Verneinung der Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, und stellten es dem bolschewistischen Schema der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft entgegen.“<sup>1</sup>

Die Niederschlagung des Moskauer Aufstandes im Dezember 1905 vermochte Rosa Luxemburgs Zuversicht in keiner Weise zu erschüttern. Am 2. Januar schrieb sie an Karl Kautsky: „Die Stimmung ist überall schwankend und abwartend. Die Ursache von alledem ist aber der einfache Umstand, daß der bloße Generalstreik die Rolle ausgespielt hat. Jetzt kann nur ein direkter allgemeiner Straßenkampf die Entscheidung bringen, dazu muß aber der Augenblick noch mehr vorbereitet werden.“ Zur gleichen Zeit schrieb sie in ihrer Schrift „Was weiter?“: „Die Phase des offenen Kampfes, die begonnen hat, legt der Sozialdemokratie die Pflicht auf der möglichst guten Bewaffnung der fortgeschrittensten Kämpfer, der Ausarbeitung der Pläne und der Bedingungen für den Straßenkampf, vor allem die, die Lehren zu ziehen aus dem Moskauer Kampf. Diese technische Vorbereitung für den bewaffneten Kampf ist ungeheuer wichtig und notwendig...“ Hier sehen wir, wie Rosa Luxemburg im Feuer des revolutionären Kampfes die Schranken ihrer Spontaneitätstheorie durchbricht und der Arbeiterklasse die Aufgaben weist, die in der gegebenen Etappe der Revolution unabweisbar sind. Leider sind diese Warschauer Erkenntnisse für ihre späteren Arbeiten ohne sichtbare Wirkung geblieben. Wenn Rosa Luxemburg in derselben Arbeit darauf hinweist, daß nicht die technische Vorbereitung für den bewaffneten Kampf, sondern die Gewinnung der breiten Massen des Proletariats die Hauptgarantie für den Sieg sind, so hat sie auch darin unbedingt recht. Denn die Marxisten-Leninisten unterscheiden sich eben darin von den Blanquisten, daß sie den Sieg nicht von einer revolutionären Minderheit erwarten, son-

<sup>1</sup> J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 430.

dern von der Mehrheit der Arbeiterklasse, die der revolutionären, in der Partei organisierten Vorhut folgt. Rosa Luxemburg ist daher auch im Recht, wenn sie gleichzeitig die Notwendigkeit der verstärkten Agitation unter den Massen, besonders der Bauern und Soldaten, betont. Wenn die Agenten des Monopolkapitals die Mär verbreiten, Lenin sei 1905 zuerst von einer verschwörerischen Konzeption ausgegangen, deren Grenzen er später erkannt habe, so kennen sie den verleumderischen Charakter dieser Behauptung ganz genau. Denn eben Lenins Formel „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ war dazu angetan, die breiten Massen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der ganzen Bauernschaft in den revolutionären Kampf einzubeziehen.

Es war Rosa Luxemburg nicht lange vergönnt, in Warschau am revolutionären Kampf teilzunehmen. Bereits am 4. März 1906 wurde sie zusammen mit Leo Jogiches verhaftet. Sie wurde zunächst im Polizeigefängnis im Warschauer Rathaus untergebracht. Dort saß sie in einer Einzelzelle mit 13 anderen Gefangenen zusammengepfercht unter fürchterlichen Bedingungen. Trotzdem wurde sie nicht kleinmütig. Ihre Briefe aus dieser Zeit sind voll Heiterkeit und Selbstironie. In der stickigen Luft litt ihre ohnehin schwache Gesundheit ernstlich und wurde durch Hungerstreiks noch mehr untergraben. Anfang April wurde sie in den X. Pavillon der Warschauer Festung übergeführt, der bei den revolutionären Arbeitern Polens berüchtigt war, weil es aus ihm nur schwer ein Entkommen gab. Rosa Luxemburg fand auch im Gefängnis die Möglichkeit, am revolutionären Kampf teilzunehmen, Broschüren zu schreiben und sie ins Freie zu schmuggeln.

Natürlich setzten ihre Angehörigen und Freunde alles in Bewegung, um Rosa freizubekommen. Sie hatte vor allem Furcht, daß man den Reichskanzler Bülow für ihre Freilassung bemühen könnte, was sie auf jeden Fall verhindern wollte, um die Hand gegen ihn ganz frei zu behalten. Schließlich gelang es, sie am 28. Juni auf Grund eines ärztlichen Attestes und gegen

eine Kaution von 3000 Rubel freizubekommen. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei auch die Drohung der Kampforganisation der Sozialdemokratischen Partei Polens, die jedem ihre Rache ankündigte, der Rosa etwas zuleide täte. Nach einem Monat erhielt Rosa Luxemburg die Erlaubnis, Warschau zu verlassen. Sie fuhr zunächst nach Petersburg und von dort nach Kuokkala in Finnland, wo sie sich sofort daran machte, die Lehren aus der ersten russischen Revolution zu ziehen.

### *Die Lehren der russischen Revolution*

Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands standen dem großen historischen Ereignis der ersten russischen Revolution verständnislos und mit innerer Ablehnung gegenüber. Die großen Massenstreiks der russischen Arbeiterklasse, die in den heldenhaften Dezemberaufstand 1905 mündeten, waren für sie schon damals „rein russische Erscheinungen“, aus denen die deutschen Arbeiter nach der Auffassung dieser sonderbaren Führer nichts zu lernen hätten. Namentlich für die Gewerkschaftsführer, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 den Massenstreik abgelehnt hatten, war der Generalstreik – Generalunsinn. Die Partei hatte zwar auf ihrem Parteitag in Jena im gleichen Jahre dem Massenstreik als Kampfmittel zugestimmt, aber auch nur als Defensivmittel, „namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht oder das Koalitionsrecht“, und hatte den Ausdruck „Massenstreik“ schamhaft durch „Massenarbeitseinstellung“ ersetzt.<sup>1</sup> Rosa Luxemburg nahm auf Grund der Erfahrungen der ersten russischen Revolution die Debatte wieder auf und schrieb ihre Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“.

<sup>1</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905“, S. 143.

In dieser Broschüre geht Rosa Luxemburg von der Feststellung aus, daß die russische Revolution die Frage des Massenstreiks auf neue Art gestellt hat. Die russische Revolution, schrieb Rosa Luxemburg, „hat zum ersten Male in der Geschichte der Klassenkämpfe eine grandiose Verwirklichung der Idee des Massenstreiks und ... selbst des Generalstreiks gezeitigt und damit eine neue Epoche in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eröffnet“<sup>1</sup>.

Da auch die sozialdemokratische und besonders die Gewerkschaftspresse in Deutschland den Verlauf der revolutionären Massenkämpfe in Rußland weitgehend totgeschwiegen hatte, gab Rosa Luxemburg eine ausführliche Schilderung der Massenstreikbewegung in Rußland, in der man den glühenden Hauch der Revolution zu spüren vermag, den sie in Warschau eingatmet hatte. Sie weist an Hand der Entwicklung nach, daß die Durchführung großer Massenstreikbewegungen keineswegs mächtige Gewerkschaftsorganisationen und gefüllte Gewerkschaftskassen zur Voraussetzung hat, wie sich das die engstirnigen deutschen Gewerkschaftsbeamten vorstellten. Es ist auch nicht so, daß der Massenstreik die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht, wie die um ihre Posten bangenden gleichen Beamten fürchteten, sondern gerade aus der Massenstreikbewegung entstehen starke und einflußreiche Gewerkschaften. „Die festen Organisationen, die als unbedingte Voraussetzung für einen eventuellen Versuch zu einem eventuellen deutschen Massenstreik im voraus wie eine uneinnehmbare Festung umschantzt werden sollen, diese Organisationen werden in Rußland gerade umgekehrt aus dem Massenstreik geboren! Und während die Hüter der deutschen Gewerkschaften am meisten befürchten, daß die Organisationen in einem revolutionären Wirbel wie kostbares Porzellan krachend in Stücke gehen, zeigt uns die russische Revolution das direkt umgekehrte Bild: aus dem Wirbel und Sturm, aus Feuer und Glut

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, aus „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, Leipzig 1919, S. 4.

der Massenstreiks, der Straßenkämpfe steigen empor wie Venus aus dem Meerschäum: frische, junge, kräftige und lebensfrohe ... Gewerkschaften.“<sup>1</sup>

Rosa Luxemburg weist auf Grund zahlreicher konkreter Tatsachen nach, daß gerade die Massenstreikbewegung den Erfolg der Arbeiterklasse sichert. „Im eigentlichen Rußland wurde der Achtstundentag erobert.“<sup>2</sup> Zahlreiche andere wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter wurden verwirklicht.

Das Entscheidende aber, so betont Rosa Luxemburg, ist die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Proletarier durch diese Kämpfe. „Das Kostbarste, weil bleibende, bei diesem scharfen revolutionären Auf und Ab der Welle ist ihr geistiger Niederschlag: das sprungweise intellektuelle, kulturelle Wachstum des Proletariats, das eine unverbrüchliche Gewähr für sein weiteres unaufhaltsames Fortschreiten im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe bietet.“<sup>3</sup>

Der Kern der Ausführungen Rosa Luxemburgs besteht in der Auswertung der Erfahrungen der ersten russischen Revolution für die deutsche Arbeiterbewegung. Sie räumt gründlich mit der Ansicht auf, die russischen Erfahrungen hätten den deutschen Arbeitern nichts zu sagen, weil in Rußland ganz andere Verhältnisse bestanden hätten als in Deutschland. Es liegt viel Übertreibung in der Vorstellung, schreibt Rosa Luxemburg, „als habe der Proletarier im Zarenreich vor der Revolution durchweg auf dem Lebensniveau eines Paupers gestanden. Gerade die jetzt im ökonomischen wie im politischen Kampfe tätigste und eifrigste Schicht der großindustriellen großstädtischen Arbeiter stand in bezug auf ihr materielles Lebensniveau kaum viel tiefer als die entsprechende Schicht des deutschen Proletariats, und in manchen Berufen kann man in Rußland gleiche, ja hier und da selbst höhere Löhne finden als in Deutschland. Auch in bezug auf die Arbeitszeit wird der

<sup>1</sup> Ebenda, S. 24.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 24.

Unterschied zwischen den großindustriellen Betrieben hier und dort kaum ein bedeutender sein. Somit sind die Vorstellungen, die mit einem vermeintlichen materiellen und kulturellen Heiligtum der russischen Arbeiterschaft rechnen, ziemlich aus der Luft gegriffen.“<sup>1</sup>

Der Kontrast zwischen dem russischen und dem deutschen Arbeiter wird noch geringer, sagt Rosa Luxemburg, wenn man das tatsächliche Lebensniveau der untersten Schichten der deutschen Arbeiter betrachtet, das Bergarbeiterelend, das Textilarbeiterelend, das Heimarbeiterelend, das Konfektionsarbeiterelend, das glänzende Elend der Eisenbahn- und Postangestellten usw., ganz zu schweigen vom Landarbeiterelend – alles Schichten, deren Lebenshaltung im kaiserlichen Deutschland zum Teil unter dem Niveau ihrer Leidensgenossen im zaristischen Rußland lag. „Bereits in dem großen Oktoberstreik 1905 stand der russische Eisenbahner in dem noch formell absolutistischen Rußland in bezug auf seine wirtschaftliche und soziale Bewegungsfreiheit turmhoch über dem deutschen.“<sup>2</sup> Und Rosa Luxemburg kommt zu dem Schluß: „Bei näherem Zusehen sind sämtliche ökonomischen Kampfobjekte des russischen Proletariats in der jetzigen Revolution auch für das deutsche Proletariat höchst aktuell und berühren lauter wunde Stellen des Arbeiterdaseins.

Daraus ergibt sich vor allem, daß der reine politische Massenstreik, mit dem man vorzugsweise operiert, auch für Deutschland ein bloßes lebloses theoretisches Schema ist. Werden die Massenstreiks aus einer starken revolutionären Gärung sich auf natürlichem Wege als ein entschlossener politischer Kampf der städtischen Arbeiterschaft ergeben, so werden sie ebenso natürlich, genau wie in Rußland, in eine ganze Periode elementarer ökonomischer Kämpfe umschlagen. Die Befürchtungen also der Gewerkschaftsführer, als könnte der Kampf um die ökonomischen Interessen in einer Periode stürmischer

<sup>1</sup> Ebenda, S. 40/41.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 42.

politischer Kämpfe, in einer Periode der Massenstreiks, einfach auf die Seite geschoben und erdrückt werden, beruhen auf einer ganz in der Luft schwebenden schulmäßigen Vorstellung von dem Gang der Dinge. Eine revolutionäre Periode würde vielmehr auch in Deutschland den Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes ändern und ihn dermaßen potenzieren, daß der heutige Guerillakrieg der Gewerkschaften dagegen ein Kinderspiel sein wird. Und andererseits würde aus diesem elementaren ökonomischen Massenstreikgewitter auch der politische Kampf immer wieder neue Anstöße und frische Kräfte schöpfen. Die Wechselwirkung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, die die innere Triebfeder der heutigen Massenstreiks in Rußland und zugleich sozusagen den regulierenden Mechanismus der revolutionären Aktion des Proletariats bildet, würde sich ebenso naturgemäß auch in Deutschland aus den Verhältnissen selbst ergeben.“<sup>1</sup>

Diese Ausführungen Rosa Luxemburgs lassen ihre utopische und halbmenschwistische Theorie der Revolution erkennen, denn die Geschichte hat bewiesen, daß der reine politische Massenstreik keineswegs „ein bloßes lebloses theoretisches Schema“ ist, sondern ein wichtiges Kampfmittel des Proletariats auf einer bestimmten Entwicklungsstufe. Dies bewiesen zum Beispiel der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920 und der Streik gegen die Cuno-Regierung 1923. Die Unterschätzung des politischen Massenstreiks hat Rosa Luxemburg auch 1918 zu schwerwiegenden Fehlern verleitet, von denen später die Rede sein wird.

Gleichzeitig zeigen die Ausführungen Rosa Luxemburgs aber auch, wie sie sich bemühte, die stickige Atmosphäre zu reinigen, die damals bereits in der deutschen Arbeiterbewegung herrschte. Mit allem Nachdruck wandte sie sich gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die auf dem Standpunkt stand, daß der Massenstreik die restlose Organisation des Proletariats voraussetze, daß er aber, wenn diese erreicht ist, nicht mehr nötig

<sup>1</sup> Ebenda, S. 44/45.

sei. „Die Verhältnisse, die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des bürgerlichen Staates bringen es aber mit sich, daß bei dem ‚normalen‘ Verlauf der Dinge, ohne stürmische Klassenkämpfe, bestimmte Schichten – und zwar gerade das Gros, die wichtigsten, die tiefststehenden, die vom Kapital und vom Staate am meisten gedrückten Schichten des Proletariats – eben gar nicht organisiert werden können.“<sup>1</sup> Daher sei die Gewinnung der unorganisierten Massen für den Kampf eine entscheidende Aufgabe. „Der Plan, Massenstreiks als ernste politische Klassenaktion bloß mit Organisierten zu unternehmen, ist überhaupt ein gänzlich hoffnungsloser. Soll der Massenstreik, oder vielmehr sollen die Massenstreiks, soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg unterzieht die russischen Erfahrungen auch vom Standpunkt der Leitung des Massenstreiks einer Analyse und kommt dabei dicht an das Verständnis der führenden Rolle der Partei heran, wenn sie schreibt: „Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ‚revolutionären Situation‘ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge vorauslaufen, sie zu beschleunigen suchen.“<sup>3</sup> Leider blieb auch hier Rosa Luxemburg auf halbem Wege stehen, um sogleich wieder auf den Pfad ihrer Spontaneitätstheorie umzuschwenken.

Rosa Luxemburg verstand sehr gut, daß der Massenstreik ein wichtiges Kampfmittel der Arbeiterklasse um ihre politische Herrschaft darstellt. Sie weist deshalb in ihrer Schrift auch auf die große historische Aufgabe hin, auf die sich vorzu-

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 46/47.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 49.

bereiten die oberste Pflicht des Proletariats ist. „Gerade weil die bürgerliche Rechtsordnung in Deutschland längst besteht, weil sie also Zeit hatte, sich gänzlich zu erschöpfen und auf die Neige zu gehen, weil die bürgerliche Demokratie und der Liberalismus Zeit hatten, auszusterben, kann von einer bürgerlichen Revolution in Deutschland nicht mehr die Rede sein. Und deshalb kann es sich bei einer Periode offener politischer Volkskämpfe in Deutschland als letztes geschichtlich notwendiges Ziel nur noch um die Diktatur des Proletariats handeln.“<sup>1</sup>

Es war nicht richtig, wie es Rosa Luxemburg in diesen Zeilen tat, die Notwendigkeit der bürgerlichen Revolution in Deutschland zu verneinen, denn ihre Aufgaben waren damals noch nicht gelöst. Die Aufgabe der Arbeiterklasse bestand darin, die 1848 begonnene demokratische Erneuerung Deutschlands, das heißt die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und sie in die sozialistische Revolution hinüberzuleiten. Weil Rosa Luxemburg die Taktik der Bolschewiki 1905 nicht verstanden hatte, vermochte sie auch die Aufgabe der deutschen Revolution nicht klar zu erkennen. Da die deutsche Arbeiterklasse auch später, 1918, kein klares Programm der Revolution hatte und keine Partei besaß, blieb die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution.

Wie hoch Rosa Luxemburg trotz dieses Irrtums mit ihrer Auffassung über dem damaligen politischen Niveau der deutschen Sozialdemokratie stand, zeigt sie selbst auf, indem sie eine Resolution anführt, die am 10. September 1906 in einer Parteiversammlung in Mainz auf Antrag des Opportunisten Dr. David angenommen wurde. In dieser Resolution hieß es:

„In der Erwägung, daß die Sozialdemokratische Partei den Begriff ‚Revolution‘ nicht im Sinne des gewaltsamen Umsturzes, sondern im friedlichen Sinne der Entwicklung, d. h. der allmählichen Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips,

<sup>1</sup> Ebenda, S. 55.

auffaßt, lehnt die Mainzer öffentliche Parteiversammlung jede ‚Revolutionsromantik‘ ab.

Die Versammlung sieht in der Eroberung der politischen Macht nichts anderes als die Eroberung der Mehrheit des Volkes für die Ideen und Forderungen der Sozialdemokratie; eine Eroberung, die nicht geschehen kann mit gewaltsamen Mitteln, sondern nur durch die Revolutionierung der Köpfe auf dem Wege der geistigen Propaganda und der praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens.“<sup>1</sup>

Diese Resolution zeigt gleichsam im Scheinwerferlicht, wie sehr damals die deutsche Sozialdemokratie bereits im opportunistischen Sumpfe versunken und nach dem Rezept Bernsteins eine bürgerliche Reformpartei geworden war.

Es ist bereits aufgezeigt worden, daß im Jahre 1905 der Kölner Gewerkschaftskongreß den Massenstreik abgelehnt, der Jenaer Parteitag ihn aber (wenn auch sehr bedingt) angenommen hatte. Die Frage des Massenstreiks war damit also zugleich die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Opportunisten verfochten die Theorie der Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Partei, das „Nur-Gewerkschaftlertum“. Rosa Luxemburg wandte sich mit aller Schärfe gegen diese Auffassung. Sie wies darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Stärke gerade der engen Verbindung mit der Sozialdemokratie verdanken, daß in den Augen der breiten Massen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften eins sind. „So wirkt alles dahin, dem klassenbewußten Durchschnittsarbeiter das Gefühl zu geben, daß er, indem er sich gewerkschaftlich organisiert, dadurch auch seiner Arbeiterpartei angehört, sozialdemokratisch organisiert ist. Und darin liegt eben die eigentliche Werbekraft der deutschen Gewerkschaften. Nicht dank dem Schein der Neutralität, sondern dank der sozialdemokratischen Wirk-

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 59, Fußnote.

lichkeit ihres Wesens haben es die Zentralverbände vermocht, ihre heutige Stärke zu erreichen.“<sup>1</sup> Rosa weist am Beispiel der Gewerkschaften Englands nach, wohin eine Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften führen muß, und kommt in bezug auf Deutschland zu dem Ergebnis: „Der wichtigste Schluß aus den angeführten Tatsachen ist der, daß die für die kommenden Massenkämpfe in Deutschland unbedingt notwendige völlige Einheit der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung tatsächlich vorhanden ist, und zwar ist sie verkörpert in der breiten Masse, die gleichzeitig die Basis der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften bildet und in deren Bewußtsein beide Seiten der Bewegung zu einer geistigen Einheit verschmolzen sind. Der angebliche Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften schrumpft bei dieser Sachlage zu einem Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und einem gewissen Teil der Gewerkschaftsbeamten zusammen, der aber zugleich ein Gegensatz innerhalb der Gewerkschaften zwischen diesem Teil der Gewerkschaftsführer und der gewerkschaftlich organisierten proletarischen Masse ist.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg hat dabei freilich verkannt, daß der gleiche Gegensatz innerhalb der Sozialdemokratischen Partei selbst bestand. Der opportunistische Standpunkt der „Neutralität“ der Gewerkschaften, das heißt des Nur-Gewerkschaftertums, wurde auch von namhaften Führern der Partei eingenommen, unter denen sich auch Bebel befand. Die Anbetung der Spontaneität, das Unverständnis für die führende Rolle der Partei hinderten Rosa Luxemburg daran, die volle Größe der Gefahr zu erkennen, die in der opportunistischen Versumpfung der Führung bestand, der die Massen ausgeliefert waren. Weil die linken Sozialdemokraten eine Spaltung fürchteten und Angst hatten, die revolutionären Losungen bis zu Ende auszusprechen (Lenin), darum blieben die revolutionären Massen führerlos,

<sup>1</sup> Ebenda, S. 62.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 63/64.

darum nützte die angeblich vorhandene „völlige Einheit der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“ unten gar nichts, sie vermochte nicht, die deutsche sozialistische Bewegung vor der Katastrophe zu bewahren.

Die Anbetung der spontanen Bewegung und die Verneinung der führenden Rolle der Partei hat in Rosa Luxemburgs Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ breit Ausdruck gefunden. In der ganzen imposanten Schilderung der russischen Massenstreikbewegung 1905 spielt die Partei fast gar keine Rolle. Rosa Luxemburg vermerkt mit geradezu peinlicher Genauigkeit den spontanen Charakter der einzelnen Streiks und gibt nur in seltenen Fällen zu, daß sozialdemokratische Parteiorganisationen die Streiks leiteten. Sie ist dabei die Gefangene ihrer halb Menschewistischen Organisationstheorie, nach der sich die Arbeiterbewegung spontan zu entwickeln hat. „In den Massenstreiks in Rußland spielte das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle“ – schreibt sie –, „nicht weil das russische Proletariat ‚ungeschult‘ ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.“<sup>1</sup> Wir wissen aus dem Studium der Schriften von Lenin und Stalin, besonders aber aus der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), daß das Element des Spontanen in der ersten russischen Revolution keineswegs eine so vorherrschende Rolle spielte. Von Anfang an, bereits in der Vorbereitung des 9. Januar, waren die Bolschewiki aktiv an den Beratungen der Petition an den Zaren beteiligt und gaben der Bewegung dadurch konkrete Ziele. In der „Geschichte der KPdSU (B)“ heißt es darüber: „Die Petition wurde in Arbeiterversammlungen erörtert, es wurden Verbesserungen und Abänderungen an ihr vorgenommen. In diesen Versammlungen traten auch Bolschewiki auf, ohne sich offen als Bolschewiki zu bezeichnen. Unter ihrem Einfluß wurden in die Petition Forderungen aufgenommen, wie Presse- und Redefreiheit, Freiheit

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 37.

der Arbeiterverbände, Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Abänderung der Staatsordnung Rußlands, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Trennung der Kirche vom Staat, Beendigung des Krieges, Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Übergabe des Bodens an die Bauern.“<sup>1</sup> Und im ganzen weiteren Verlauf der Revolution spielten die Parteikomitees der Bolschewiki eine hervorragende, führende Rolle. Sie organisierten und führten die Massenstreiks und die bewaffneten Kämpfe. Rosa Luxemburg stellte ja selbst, wie wir bereits sahen (siehe S. 40), im Feuer der Revolution die Aufgabe „der möglichst guten Bewaffnung der fortgeschrittensten Kämpfer, der Ausarbeitung der Pläne und der Bedingungen für den Straßenkampf...“ Nachdem sie Polen verlassen hatte, fiel Rosa leider in ihren alten Fehler zurück und verspernte sich damit das volle Verständnis für die Lehren der russischen Revolution. Sie wollte nun der Partei lediglich die politische, nicht aber die organisatorische Führung der Massenkämpfe zubilligen. Leugnete Rosa Luxemburg damit tatsächlich die führende Rolle der Partei in der Revolution, so verneinte sie sie erst recht für die Zeit der „friedlichen“ Entwicklung. In der zweiten Auflage ihrer Broschüre schrieb sie über die Aufgabe der angestellten Parteisekretäre der SPD: „Diese Schattenseiten des Beamtentums bergen sicherlich auch für die Partei bedeutende Gefahren in sich, die sich aus der jüngsten Neuerung, aus der Anstellung der lokalen Parteisekretäre, sehr leicht ergeben können, wenn die sozialdemokratische Masse nicht darauf bedacht sein wird, daß die genannten Sekretäre reine Vollziehungsorgane bleiben und nicht etwa als die berufenen Träger der Initiative und der Leitung des lokalen Parteilebens betrachtet werden.“<sup>2</sup> Rosa Luxemburg ist gar nicht auf die Idee gekommen, die Forderung auf Entlassung der verbürokratisierten, reformistischen Beamten und auf Wahl revolutionärer

<sup>1</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 73.

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, S. 65/66.

Arbeiter zu Parteisekretären zu stellen. Dies zeigt, wie die falsche Auffassung über die Parteiorganisation Rosa Luxemburg hinderte, das Verhältnis der Führer zur Masse richtig zu verstehen.

Ihre Fehler hinderten Rosa Luxemburg daran, das Wesen der ersten russischen Revolution und der Taktik der Bolschewiki richtig zu verstehen. Für sie war der Massenstreik ein Glied in dem sich selbständig vollziehenden Prozeß der Revolution, selbständig schlägt er vom ökonomischen zum politischen Streik um und umgekehrt, er bricht von selbst aus, wenn die Situation reif ist, und hört von selbst auf, wenn sie sich geändert hat. Rosa Luxemburg stellt nirgends die Frage der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Massenstreiks als eines der wichtigsten Kampfmittel des Proletariats.

Rosa Luxemburg konnte auch nicht verstehen, daß ebenso wie 35 Jahre vorher die Pariser Kommune auch die russische Revolution eine neue Etappe in der Entwicklung der Theorie der sozialistischen Revolution einleitete und darum für die Arbeiter aller Länder von großer prinzipieller Bedeutung war. Lenin entwickelte bekanntlich bereits in der ersten russischen Revolution eine neue Theorie der sozialistischen Revolution, die die landläufige Theorie der westeuropäischen Sozialdemokraten über den Haufen warf.<sup>1</sup> Rosa Luxemburg vermochte sich nicht zu dieser Höhe der marxistischen Erkenntnis durchzuringen, sie verharrte in ihrem „utopischen und halbmenschenwristischen Schema“ (Stalin).

Trotz dieser Fehler stand Rosa Luxemburg turmhoch über den anderen Führern der deutschen Sozialdemokratie, besonders über Kautsky, dem anerkannten Theoretiker der II. Internationale. Ihre Schrift wirkte auf alle Opportunisten wie ein Peitschenhieb. Besonders die Gewerkschaftsführer fühlten sich von der Kritik getroffen und erhoben lautes Geschrei gegen Rosa. Sie übten einen solchen Druck auf den Parteivorstand der SPD aus, daß dieser die Einstampfung der ersten Auflage

<sup>1</sup> Vgl. „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 95/96.

der Broschüre und eine Abschwächung vieler Stellen durchsetzte. Dennoch war die Broschüre die revolutionärste Schrift, die damals in Deutschland erschienen ist.

Die Arbeit Rosa Luxemburgs über den Massenstreik lag dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906 vor, der über die gegensätzliche Auffassung der Gewerkschaften und der Partei über den Massenstreik zu entscheiden hatte. Rosa Luxemburg hob in ihrer Rede auf diesem Parteitag mit allem Nachdruck hervor, daß die Aufgabe darin bestehe, die Erfahrungen der russischen Revolution anzuwenden. Auf eine Rede des opportunistischen Gewerkschaftsführers Legien erwiderte sie: „Wenn man heute angesichts der großartigen russischen Revolution, die auf Jahrzehnte hinaus die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegungen des Proletariats sein wird, das Problem des Massenstreiks hauptsächlich an der Hand der Vorgänge in Italien und Frankreich studiert, so beweist man damit, was eben Legien mit seinem Appell an die Tradition bewiesen hat, daß man nichts zu lernen und nichts zu vergessen versteht.“<sup>1</sup> Auf den ausdrücklichen Vorwurf an Legien: „Jawohl, Sie verstehen nichts zu lernen aus der russischen Revolution“, antwortete dieser mit dem zynischen Zwischenruf: „Sehr richtig.“<sup>2</sup> Auf diesem Parteitag machte sich bereits der Abfall August Bebels von den Linken bemerkbar. In seinem Referat über den politischen Massenstreik befaßte er sich auch mit der Frage, ob der Massenstreik im Falle eines Kriegsausbruchs als Kampf- waffe angewendet werden könne. Darüber führte Bebel aus: „Würde eine Parteileitung so kopflos sein, an einem solchen Tage einen Massenstreik zu inszenieren, so würde sofort mit der Mobilmachung der Kriegszustand über ganz Deutschland verhängt werden, und dann haben nicht mehr die Zivilgerichte, sondern die Militärgerichte zu entscheiden. Ich habe schon

---

<sup>1</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906“, S. 261.

<sup>2</sup> Ebenda.

läuten hören, und das halte ich für wahrscheinlich, weil man in den entscheidenden Kreisen glaubt, die Sozialdemokratie könnte so töricht sein und einen solchen Beschluß fassen, daß man sich an maßgebender Stelle schon lange mit dem Gedanken trägt, allen Führern der Sozialdemokratie dasselbe Schicksal zu bereiten, wie 1870 den Mitgliedern unseres Parteiaussschusses. Wenn Sie glauben, daß in einem solchen Falle die Gegner irgendwelche Nachsicht üben würden, so irren Sie sich; ich halte auch für unbegreiflich, daß man das in einem solchen Falle erwartet. Es ist eben bei uns anders als in anderen Ländern. Deutschland ist ein Staatswesen, wie es zum zweiten Male nicht existiert. Man mag das oben als Kompliment ansehen, es ist aber Wahrheit, und diese Wahrheit müssen wir uns vor Augen halten und danach unser Handeln einrichten.“<sup>1</sup> Rosa Luxemburg trat in ihrer Rede gegen dieses hilflose Gestammel Bebels auf und erinnerte an das Beispiel der französischen Genossen, die erklärt hatten: „Lieber einen Volksaufstand als den Krieg!“<sup>2</sup>

Der Mannheimer Parteitag 1906 entschied die Frage des Massenstreiks, indem er unter aktiver Mitwirkung Bebels vor der Gewerkschaftsbürokratie kapitulierte! Der Mannheimer Parteitag nahm eine Resolution an, in der erstens der Gegensatz einfach als nicht bestehend abgetan und zweitens die Gewerkschaften als gleichberechtigte Macht neben der Partei anerkannt wurden. In der Resolution des Mannheimer Parteitages hieß es: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschuß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.“

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Partei-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 241.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 262.

presse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“<sup>1</sup>

Indem der Mannheimer Parteitag gleichzeitig die Klausel beschloß, „Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen“<sup>2</sup>, verbaute er praktisch jeden Weg zu einem Massenstreik, denn von den opportunistischen Führern der zentralen Gewerkschaftsleitung war eine Zustimmung niemals zu erwarten.

Diese Resolution war der volle Sieg der Gewerkschaftsbürokratie über die Partei und der Opportunisten in der Partei.

Im Mai 1907 nahm Rosa Luxemburg nochmals ausführlich zu den Grundfragen der russischen Revolution Stellung, als sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem V. Parteitag der SDAPR (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) in London vertrat. Nachdem sich ein Jahr vorher Bolschewiki und Menschewiki in Stockholm formal vereinigt hatten, waren in London beide Richtungen der Sozialdemokratie Rußlands vertreten, dazu Bundisten, Polen und Letten. Auf diesem Parteitag kam es zwischen Bolschewiki und Menschewiki zu heftigen Auseinandersetzungen über die russische Revolution. Trotzki versuchte vergebens, eine eigne Fraktion zusammenzubringen. In diesen Auseinandersetzungen stellte sich Rosa Luxemburg voll und ganz auf die Seite der Bolschewiki. Stalin schilderte in seinen „Aufzeichnungen eines Delegierten“ das Auftreten Rosa Luxemburgs auf dem Londoner

<sup>1</sup> Ebenda, S. 305.

<sup>2</sup> Ebenda.

Parteitag 1907 mit folgenden Worten: „Besonders aufschlußreich waren die Reden der Genossin Rosa Luxemburg, die den Parteitag im Namen der deutschen Sozialdemokraten begrüßte und die Auffassung entwickelte, die unsere deutschen Genossen von unseren Meinungsverschiedenheiten haben. (Wir fassen hier die beiden Reden zusammen, die R. L. zu verschiedener Zeit gehalten hat.) In den Fragen nach der Rolle des Proletariats als des Führers der Revolution, nach der Rolle der liberalen Bourgeoisie als einer antirevolutionären Kraft usw. usw. erklärte Rosa Luxemburg ihre volle Übereinstimmung mit den Bolschewiki, kritisierte sie die Führer des Menschewismus, Plechanow und Axelrod, die sie als Opportunisten bezeichnete und deren Haltung sie mit der der Jaurèsisten in Frankreich verglich. Ich weiß, sagte Rosa Luxemburg, daß auch die Bolschewiki manchmal danebenhauen, manchmal sonderbar und allzu felsenfest sind, aber ich verstehe und rechtfertige sie durchaus: angesichts der zerfließenden, gallertartigen Masse des menschewistischen Opportunismus muß man felsenfest sein. Bei den Guesdisten in Frankreich ist gleichfalls zu verzeichnen gewesen, daß sie allzu felsenfest sind, hat doch ihr Führer, Genosse Guesde, in dem bekannten Wahlplakat verkündet: ‚Kein Bourgeois wage es, für mich zu stimmen, denn ich werde im Parlament nur die Interessen der Proletarier gegen alle Bourgeois vertreten.‘ Und ungeachtet dessen, ungeachtet dieser Schroffheiten, standen wir deutschen Sozialdemokraten stets an der Seite der Guesdisten in ihrem Kampfe gegen die Verräter am Marxismus, die Jaurèsisten. Das gleiche muß hinsichtlich der Bolschewiki gesagt werden, die wir deutschen Sozialdemokraten in ihrem Kampfe gegen die Opportunisten, die Menschewiki, unterstützen werden...“<sup>1</sup>

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß Rosa Luxemburg mit diesen Ausführungen vor allem ihre und ihrer Freunde Meinung ausdrückte, denn diese Meinung wurde, wie besonders der Mannheimer Parteitag gezeigt hatte, durchaus

<sup>1</sup> J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 57/58.

nicht von allen deutschen Sozialdemokraten geteilt. Es bleibt das unvergängliche Verdienst Rosa Luxemburgs, daß sie wie kein anderer Führer der deutschen Sozialdemokratie bemüht war, den deutschen Arbeitern die Lehren der russischen Revolution zu vermitteln.

### *Theoretische Arbeiten*

Im Jahre 1907 wurde Rosa Luxemburg als Dozentin für politische Ökonomie an die Zentrale Parteischule der deutschen Sozialdemokratie berufen. Ihre Schüler waren nicht junge Männer mit Gymnasialbildung, sondern gereifte Arbeiter, die bereits mitten in der sozialistischen Bewegung standen. Zu ihnen gehörte auch Wilhelm Pieck, der heute an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik steht. Diese Zuhörerschaft erforderte besondere pädagogische Fähigkeiten, ein besonderes Einfühlungsvermögen und große Darstellungskraft, um diesen Arbeiterschülern die komplizierten Probleme der ökonomischen Lehren von Karl Marx nahezubringen und verständlich zu machen. Rosa Luxemburg besaß diese Eigenschaften in hohem Maße. Wie kein anderer Lehrer der Parteischule fand sie Kontakt mit ihren Schülern und verstand es, ihnen die schwierigsten Dinge einfach zu erklären. Sie vermochte dies besonders deshalb, weil sie nicht der Versuchung unterlag, die Probleme der politischen Ökonomie abstrakt theoretisch darzustellen, sondern weil sie jedes einzelne Thema aus der historischen Entwicklung heraus darstellte und unmittelbar mit dem Tageskampf der Sozialdemokratie verknüpfte, in dem ihre Schüler gut zu Hause waren. Ausnahmslos alle Schüler liebten und achteten darum auch ihre Lehrerin, gleichgültig, ob sie in den einzelnen Tagesfragen mit ihr übereinstimmten oder nicht. Bezeichnend war ein Vorfall im Jahre 1913. Damals unternahm Eduard Bernstein den Versuch, Rosa Luxemburg von ihrem

Lehrposten zu verdrängen. Einer nach dem anderen traten die Schüler zu ihrer Verteidigung auf, so daß der Parteivorstand der SPD nachgeben mußte und Rosa Luxemburg auf der Schule verblieb.

Die Tätigkeit an der Parteschule brachte es mit sich, daß Rosa Luxemburg mehr Zeit auf die theoretische Arbeit verwandte, ohne freilich dem politischen Tageskampf fernzubleiben. Dieser Tätigkeit entsprangen zwei theoretische Schriften, die in der sozialistischen Literatur einen hervorragenden Platz einnehmen.

Aus ihren Vorlesungen an der Parteschule entstand die „Einführung in die Nationalökonomie“, die erst fünf Jahre nach ihrem Tode herausgegeben wurde. Das Buch ist unvollständig geblieben, da nur ein Teil des Manuskripts in ihrem Nachlaß gefunden werden konnte. Aber auch dieses Bruchstück ist eine wertvolle Bereicherung des sozialistischen Gedankengutes, trotz der für Rosa Luxemburgs Anschauungen charakteristischen theoretischen Fehler, die es enthält. Da eine zusammenfassende Darstellung und Kritik dieser Fehler am Ende dieser Skizze gegeben wird, kann hier darauf verzichtet werden.

Das Wertvolle und Bleibende in diesem Buche ist die Darstellung der historischen Entwicklung der Wirtschaft, mit der Rosa Luxemburg ihre Hörer in die Nationalökonomie einführt. Sie gibt hier neues Beweismaterial für die Feststellung von Karl Marx, daß das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend zur Welt kommt. Ihre Schilderung der Vernichtung der primitiven Wirtschaftsformen, zum Beispiel des Inkareiches durch die Spanier, die in wenigen Jahren nach der Entdeckung Amerikas 12 bis 15 Millionen Indianer ausrotteten, ist eine einzige Anklage gegen die europäische „Zivilisation“. Ferner gibt Rosa Luxemburg in diesem Buche eine ausgezeichnete Schilderung der russischen Dorfgemeinde nach der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861, die heute beim Studium der Geschichte der bolschewistischen

Partei als Ergänzungsmaterial wertvolle Dienste leisten kann. Wenn es in der „Geschichte der KPdSU(B)“ zum Beispiel heißt, daß in Rußland bis 1903 die Prügelstrafe bestand, so können wir bei Rosa Luxemburg eine drastische Schilderung lesen, wie sich die Anwendung dieser Strafe im russischen Dorfe vollzog: „Und nun bot das russische Dorf periodisch auf der ganzen gewaltigen Strecke des inneren Rußlands ein ganz eigentümliches Bild. Bei Ankunft von Steuerexekutoren im Dorf begann eine Prozedur, für die das zaristische Rußland den technischen Namen ‚Herausprügeln der Rückstände‘ erfunden hat. Die Dorfversammlung erschien vollzählig, die ‚Rückständler‘ mußten die Hosen ausziehen, sich auf die Bank legen, worauf sie von ihren eigenen Markgenossen einer nach dem anderen mit Rutenhieben blutig gepeitscht wurden. Stöhnen und lautes Weinen der Geprügelten – meist bärtiger Familienväter, oft weißhaariger Greise – begleiteten die hohe Obrigkeit, die nach getaner Arbeit auf Troikas mit Schellengeläute in ein anderes Dorf jagte, um dort Gleiches zu vollbringen. Nicht selten retteten sich die Bauern vor der öffentlichen Exekution durch Selbstmord. Eine andere originelle Blüte dieser Verhältnisse war der ‚Steuerbettel‘, bei dem verarmte alte Bauern mit dem Bettelstab auf die Wanderschaft zogen, um die fälligen Steuern zusammenzuscharren und ins Dorf zurückzubringen.“<sup>1</sup>

Neben den historischen Kapiteln ist in Rosa Luxemburgs „Einführung“ die Illustrierung der ökonomischen Gesetze mit neuen historischen Tatsachen sehr wertvoll. Sie bildet gewissermaßen eine Ergänzung zu dem von Marx im ersten Bande des „Kapitals“ zusammengetragenen Material. So ergänzt Rosa Luxemburg zum Beispiel das Material über den Kampf um den Arbeitstag durch die Entwicklung in Amerika und Rußland, um zu der für das damalige Deutschland traurigen Feststellung zu gelangen: „Deutschland hinkt jetzt mit

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg, „Einführung in die Nationalökonomie“, Berlin 1925, S. 182/183.

seinen Schutzgesetzen nur für Frauen und Kinder allen anderen modernen Großstaaten nach.“<sup>1</sup>

Die Darstellung des Kampfes um den Arbeitstag und den Arbeitslohn verbindet Rosa Luxemburg unmittelbar mit dem Kampf der Gewerkschaften. Sie hebt hervor, daß die Gewerkschaften unbedingt erforderlich sind, um den Arbeitern ein auch nur einigermaßen menschliches Dasein im Kapitalismus zu verschaffen. Sie schreibt: „Heute bildet das tierische Minimum der Lebensmittel die Regel für die Löhne – bei den Landarbeitern in Deutschland, in der Konfektion, in den verschiedenen Zweigen der Hausindustrie – überall, wo die Gewerkschaft ihre Wirkung auf die Lebenshaltung nicht ausübt.“<sup>2</sup>

Mit Nachdruck weist Rosa Luxemburg darauf hin, daß der gewerkschaftliche Kampf das unbedingt erforderliche Mittel ist, um dem Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft zu garantieren. „Die Gewerkschaft spielt also eine unentbehrliche organische Rolle bei dem modernen Lohnsystem. Erst durch die Gewerkschaft wird nämlich die Arbeitskraft als Ware in die Lage versetzt, zu ihrem Wert verkauft zu werden. Das kapitalistische Warengesetz wird in bezug auf die Arbeitskraft durch die Gewerkschaften nicht aufgehoben, wie Lassalle irrtümlich annahm, sondern umgekehrt, durch sie erst verwirklicht. Der systematische Schleuderpreis, zu dem der Kapitalist die Arbeitskraft zu kaufen bestrebt ist, wird dank der gewerkschaftlichen Aktion zum mehr oder weniger realen Preis gehoben.“<sup>3</sup>

Schließlich stellt Rosa Luxemburg ihren Schülern dar, daß die Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus meist beschönigt wird, indem man nur die Löhne der beschäftigten Arbeiter betrachtet, das Elend der Erwerbslosen aber völlig ignoriert. Sie stellt deshalb die Forderung auf: „Bei der Darstellung der kapitalistischen Lohnverhältnisse ist es ganz falsch, nur die tat-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 256.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 261.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 276.

sächlich gezahlten Löhne der beschäftigten Industriearbeiter zu berücksichtigen, wie dies meistens auch bei den Arbeitern selbst eine von der Bourgeoisie und ihren Soldschreibern gedankenlos übernommene Gewohnheit ist. Die ganze Reservearmee der Arbeitslosen, von den vorübergehend unbeschäftigten qualifizierten Arbeitern bis hinab zu der tiefsten Armut und dem offiziellen Pauperismus, geht in die Bestimmung der Lohnverhältnisse als gleichberechtigter Faktor ein.“<sup>1</sup>

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie für Rosa Luxemburg auch der theoretische Unterricht an der Partei-schule ein Mittel war, die Parteifunktionäre im Geiste des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erziehen.

Die zweite Frucht ihrer theoretischen Arbeit an der Partei-schule war Rosa Luxemburgs Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“. Rosa Luxemburg selbst erklärt im Vorwort, daß die Ausarbeitung der populären „Einführung in die National-ökonomie“ den Anstoß zu diesem Werke gegeben habe. Sie schreibt darüber: „Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen. Bei näherem Zusehen kam ich zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des II. Bandes des Marxschen ‚Kapitals‘ im Zusammenhang steht und zugleich in die Praxis der heutigen imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift.“<sup>2</sup> Das Problem, das Rosa Luxemburg hier entdeckt zu haben glaubte und dem sie ein Werk von 482 Seiten widmete, existiert aber in der Tat nicht, sondern beruht auf ihrem Mißverständnis der Reproduktionstheorie bei Marx. Dieses Mißver-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 277.

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg, „Die Akkumulation des Kapitals“, Berlin 1923, Vorwort.

ständnis hat Rosa Luxemburg daran gehindert, das Wesen der neuen Etappe der kapitalistischen Entwicklung – des Imperialismus – zu erfassen. Obwohl sie neben Rudolf Hilferding die einzige marxistische Theoretikerin in Deutschland war, die den Versuch machte, den Imperialismus ökonomisch zu erklären, ist ihr dieser Versuch völlig mißlungen. In ihrer Theorie des Imperialismus ist sie trotz des großangelegten Versuches völlig in menschewistischen Gedankengängen steckengeblieben. Da in der zusammenfassenden Darstellung und Kritik der Fehler Rosa Luxemburgs im zweiten Teil dieser Skizze die Akkumulationstheorie ein Kernstück darstellen wird, darf ich hier wohl verzichten, näher darauf einzugehen. Trotz der fehlerhaften Anlage des ganzen Buches gibt aber Rosa Luxemburg auch in ihrer „Akkumulation“ Positives, indem sie einzelne praktische Seiten der imperialistischen Politik untersucht und dabei wesentliche Charakterzüge des Imperialismus enthüllt. Der dritte Abschnitt des Buches über „Die geschichtlichen Bedingungen der Kapitalakkumulation“ ist trotz der fehlerhaften Grundkonzeption ein bedeutendes Werk über die Vorgeschichte des Imperialismus, wobei der glänzende kämpferische Stil Rosa Luxemburgs das Studium dieser Seiten zu einem wahren Genuß macht.

Den Kampf des Kapitals gegen die Naturalwirtschaft schildert Rosa Luxemburg zunächst am Schicksal Indiens. Es wird gezeigt, wie die uralte Wirtschaftsorganisation der Inder, die kommunistische Dorfgemeinde, durch das Eindringen des englischen Kapitals in kurzer Zeit zugrunde gerichtet wurde. „Die Engländer suchten sich dabei, wie es ihre Taktik in den Kolonien stets war, den Anschein zu geben, als sei ihre Gewaltpolitik, die völlige Unsicherheit der Grundbesitzverhältnisse und den Zusammenbruch der Bauernwirtschaft der Hindus herbeigeführt hatte, gerade im Interesse des Bauerntums und zu seinem Schutze gegen die eingeborenen Tyrannen und Ausbeuter notwendig gewesen. Erst schuf England künstlich eine Landaristokratie in Indien auf Kosten uralter Eigentumsrechte

der Bauerngemeinden, um hinterdrein die Bauern gegen diese Bedrücker zu schützen und das ‚widerrechtlich usurpierte Land‘ in die Hände englischer Kapitalisten zu bringen.

So entstand in Indien in kurzer Zeit der Großgrundbesitz, während die Bauern auf enormen Strecken in eine verarmte proletarisierte Masse kleiner Pächter mit kurzen Pachtfristen verwandelt wurden.

Endlich kam noch in einem markanten Umstand die spezifische Kapitalmethode der Kolonisation zum Ausdruck. Die Engländer waren die ersten Eroberer Indiens, die eine rohe Gleichgültigkeit für die öffentlichen Kulturwerke wirtschaftlichen Charakters mitbrachten. Araber, Afghanen wie Mongolen leiteten und unterstützten in Indien großartige Kanalanlagen, durchzogen das Land mit Straßen, überspannten Flüsse mit Brücken, ließen wasserspendende Brunnen graben. Der Ahne der Mongolendynastie in Indien, Timur oder Tamerlan, trug Sorge für die Bodenkultur, Bewässerung, Sicherheit der Wege und Verpflegung der Reisenden. Die primitiven Radschas Indiens, die afghanischen oder mongolischen Eroberer, zuweilen grausam für die Individuen, bezeichneten wenigstens ihre Herrschaft durch jene wunderbaren Konstruktionen, die man heute auf jedem Schritt findet und die das Werk einer Rasse von Riesen zu sein scheinen... Die Kompanie (die Englisch-Ostindische Kompanie, die bis 1858 in Indien herrschte) hat nicht eine Quelle geöffnet, nicht einen Brunnen gegraben, nicht einen Kanal gebaut, nicht eine Brücke zum Nutzen der Inder errichtet.“<sup>1</sup> Die Folgen dieser Politik der englischen Kolonisatoren waren der Ruin der indischen Bauernwirtschaft, ein furchtbares Massenelend und periodische Hungerkatastrophen. Im Jahre 1865/1866 wurden allein im Distrikt Orissa über eine Million Menschen durch die Hungersnot dahingerafft.

Das Gegenstück zur englischen Kolonialpolitik in Indien bildete die französische Kolonialpolitik in Algerien. Auch hier

<sup>1</sup> Ebenda, S. 294–296.



Rosa Luxemburg 1906 im Warschauer Polizeifängnis



ging es darum, durch die Vernichtung der urwüchsigen Naturalwirtschaft für den Kapitalismus Platz zu schaffen. Die Schilderung dieses traurigen Kapitels kapitalistischer Raubpolitik leitet Rosa Luxemburg mit den Worten ein: „Die Franzosen begannen, nachdem sie Algerien in ihre Kolonie verwandelt hatten, mit großem Tamtam ihr Werk der Zivilisierung. War doch Algerien, nachdem es anfangs des 18. Jahrhunderts die Abhängigkeit von der Türkei abgestreift hatte, ein freies Seeräubernest geworden, welches das Mittelmeer unsicher machte und Sklavenhandel mit Christen trieb. Gegen diese Ruchlosigkeit der Mohammedaner erklärten namentlich Spanien und die nordamerikanische Union, die selbst im Sklavenhandel zu jener Zeit Erkleckliches leisteten, unerbittlichen Krieg. Auch während der großen französischen Revolution wurde ein Kreuzzug gegen die Anarchie in Algerien proklamiert. Die Unterwerfung Algeriens durch Frankreich war also unter den Losungen der Bekämpfung der Sklaverei und der Einführung geordneter zivilisierter Zustände durchgeführt. Die Praxis sollte bald zeigen, was dahintersteckte.“<sup>1</sup> Ebenso wie in Indien bestand auch in Algerien die „Einführung geordneter zivilisierter Zustände“ in der systematischen Vernichtung des Gemeineigentums. Und auch das Resultat war das gleiche! „Genau wie erst die große Hungersnot in Indien 1866 der Öffentlichkeit in England die schönen Resultate der englischen Kolonialpolitik drastisch vor die Augen geführt und eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Mißstände veranlaßt hatte, so wurde Europa zu Ende der sechziger Jahre durch den Notschrei aus Algerien alarmiert, wo massenhafte Hungersnot und außerordentliche Sterblichkeit unter den Arabern über 40 Jahre französische Herrschaft quitierten. Zur Untersuchung der Ursachen und zur Beglückung der Araber durch neue gesetzliche Maßnahmen wurde eine Kommission eingesetzt, die zu dem einstimmigen Beschlusse kam, daß den Arabern als Rettungsanker nur eins helfen könne – das Privat-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 299/300.

eigentum! Dann erst würde nämlich jeder Araber in der Lage sein, sein Grundstück zu verkaufen und darauf Hypotheken aufzunehmen und sich so vor der Not zu schützen. Um also der Notlage der Araber abzuhelpen, die durch teilweise von den Franzosen bereits ausgeführte Diebereien an algerischem Grund und Boden wie durch die von ihnen geschaffene Steuerlast und damit verbundene Verschuldung der Araber entstanden war, erklärte man als einziges Mittel: die vollständige Auslieferung der Araber in die Krallen des Wuchers. Diese Possenreißerei wurde vor der Nationalversammlung mit völlig ernstem Gesicht vorgetragen und von der würdigen Körperschaft mit ebensolchem Ernst aufgenommen. Die Schamlosigkeit der ‚Sieger‘ über die Pariser Kommune feierte Orgien.“<sup>1</sup>

Der Vernichtung der Naturalwirtschaft folgt die Einführung der Warenwirtschaft, um Absatzmärkte für das Kapital zu schaffen. Rosa Luxemburg schildert diesen Prozeß am Beispiel Chinas, das besonders kraß die mörderische Brutalität der kapitalistischen „Kulturträger“ aufzeigt. „Die Periode der Erschließung Chinas für die europäische Kultur, das heißt für den Warenaustausch mit dem europäischen Kapital, wird durch den Opiumkrieg inaugurirt, in dem China gezwungen wird, das Gift aus den indischen Plantagen abzunehmen, um es für die englischen Kapitalisten zu Geld zu machen. Im 17. Jahrhundert war die Kultur des Opiums durch die englische Ostindische Kompagnie in Bengalen eingeführt und durch ihre Zweigniederlassung in Kanton der Gebrauch des Giftes in China verbreitet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel das Opium so stark im Preise, daß es rapid zum ‚Volksgenußmittel‘ wurde. Noch im Jahre 1821 betrug die Einfuhr des Opiums nach China 4628 Kisten zum Preise von durchschnittlich 1325 Dollar, dann fiel der Preis auf die Hälfte, und 1825 stieg die chinesische Einfuhr auf 9621 Kisten, 1830 auf 26 670 Kisten. Die verheerenden Wirkungen des Giftes, namentlich der billigsten, von der armen Bevölkerung gebrauchten Sorten,

<sup>1</sup> Ebenda, S. 303.

gestalteten sich zur öffentlichen Kalamität und riefen als Notwehr seitens Chinas ein Verbot der Einfuhr hervor. Bereits 1828 hatte der Vizekönig von Kanton den Import von Opium verboten, was aber den Handel nur in andere Hafenstädte lenkte.“<sup>1</sup> Die Versuche der Chinesen, sich durch Einfuhrverbote des Giftes zu erwehren, verletzten die heiligsten Interessen des englischen Kapitals. Es begannen die Opiumkriege (1839 bis 1842 und 1857 bis 1858), in denen die englischen Truppen gegen die schlechtbewaffneten Chinesen Grausamkeiten begingen, die an die Bestialitäten der amerikanischen Truppen in Korea erinnern. Im Frieden von Tientsin 1858 wurde das Innere Chinas der Opiumeinfuhr, dem europäischen Handel und den Missionaren geöffnet. Aber das genügte den raffgierigen Kapitalisten immer noch nicht. Bereits 1859 eröffneten die Engländer erneut die Feindseligkeiten, die bis 1860 andauerten. „Jetzt wurde den europäischen Mächten zugestanden, Gesandte in Peking zu halten, Tientsin und andere Städte wurden dem Handel eröffnet. Während in England die Antiopiumliga gegen die Verbreitung des Giftes in London, Manchester und anderen Industriebezirken arbeitete und eine vom Parlament ernannte Kommission den Genuß des Opiums für höchst schädlich erklärte, wurde der Opiumeinfuhr nach China noch in der Tschifu-Konvention 1876 die Freiheit gesichert. Gleichzeitig sicherten alle Staatsverträge mit China den Europäern – Kaufleuten wie Missionen – das Recht auf Landerwerb zu. Hierbei half neben dem Feuer der Geschütze auch bewußter Betrug kräftig mit. Nicht nur bot die Zweideutigkeit der Vertragstexte eine bequeme Handhabe zur stufenweisen Ausdehnung der vom europäischen Kapital in den Vertragshäfen besetzten Gebiete. Auf Grund der bekannten frechen Fälschung im chinesischen Text der französischen Zusatzkonvention vom Jahre 1860, den der katholische Missionar, Abbé Delamarre, als Dolmetscher ausgefertigt hatte, wurde der chinesischen Regierung in der Folge das Zugeständnis abgepreßt, den Mis-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 307.

sionen nicht bloß in den Vertragshäfen, sondern in allen Provinzen des Reiches Landerwerb zu gestatten. Die französische Diplomatie wie namentlich die protestantischen Missionen waren einig in der Verurteilung der raffinierten Schwinderei des katholischen Paters, was sie jedoch nicht hinderte, auf der Anwendung der so eingeschmuggelten Rechtserweiterung der französischen Missionen energisch zu bestehen und sie 1887 ausdrücklich auch auf die protestantischen Missionen ausdehnen zu lassen.“<sup>1</sup> Rosa Luxemburg schließt das erschütternde Kapitel über die kapitalistische Erschließung Chinas mit den Worten: „Zwischendurch laufen in jedem Kriege Plünderung und Diebstahl en gros der europäischen Kulturträger in den chinesischen Kaiserpalästen, öffentlichen Gebäuden, an altertümlichen Kulturdenkmälern, so gut im Jahre 1860, wo der Palast des Kaisers mit seinen märchenhaften Schätzen von Franzosen geplündert wurde, wie 1900, wo ‚alle Nationen‘ öffentliches und privates Gut um die Wette stahlen. Rauchende Trümmer größter und ältester Städte, Verfall der Ackerkultur auf großen Strecken platten Landes, unerträglicher Steuerdruck zur Erschwingung der Kriegskontributionen waren die Begleiter jedes europäischen Vorstoßes, Hand in Hand mit den Fortschritten des Warenhandels. Von den mehr als vierzig chinesischen Treaty ports (Vertragshäfen. F. O.) ist jeder mit Blutströmen, Gemetzel und Ruin erkaufte worden.“<sup>2</sup>

Wenn diese verbrecherische Raubpolitik bei den chinesischen Volksmassen einen tiefen Haß gegen die Unterdrücker und immer neue Aufstände hervorrief, wenn das 475 Millionenvolk schließlich ein Jahrhundert später die Imperialisten aus dem Lande verjagte und sein Los in die eigene Hand nahm, so ist dies das unvermeidliche Resultat der imperialistischen Raub- und Unterdrückungspolitik, das die Imperialisten in jedem unterdrückten Lande früher oder später zu erwarten haben. Die lügenhaften Behauptungen der imperialistischen Sold-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 312/313.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 314.

schreiber, die nationalen Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker seien von „kommunistischen Agitatoren“ oder „Agenten Moskaus“ hervorgerufen, spekulieren nur auf die völlige Unkenntnis der geschichtlichen Tatsachen.

Ein nicht minder grauenhaftes Kapitel der kapitalistischen Entwicklung stellt auch die innere Kolonisation, der Kampf gegen die Bauernschaft dar. Rosa Luxemburg schildert dies am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika. Hier begann die Kolonisierung mit der Ausrottung der Indianer. „Eisenbahnen, das heißt europäisches, hauptsächlich englisches Kapital, führten den amerikanischen Farmer Schritt für Schritt über die unermesslichen Gefilde des Ostens und Westens der Union, wo er die Indianer mit Feuerwaffen, Bluthunden, Schnaps und Syphilis vertilgte und gewaltsam vom Osten nach dem Westen verpflanzte, um sich ihren Grund und Boden als ‚freies Land‘ anzueignen, zu roden und unter Kultur zu setzen.“<sup>1</sup> Aber bald sollte dieser Farmer selbst zum Opfer der kapitalistischen Expansionspolitik werden. Das geeignete Mittel zur Herbeiführung seines Ruins war die Steuerpolitik, die von den Kapitalisten durch die amerikanische Methode der Bestechung gelenkt wurde. Rosa Luxemburg führt die Stimme eines Amerikaners über die Wirkung des Krieges gegen die sklavenhaltenden Südstaaten an: „Der Krieg – schreibt der Amerikaner Taussig – hatte in mancher Hinsicht auf unser Nationalleben erfrischend und veredelnd gewirkt, aber seine unmittelbare Wirkung auf das Geschäftsleben und auf die ganze Gesetzgebung betreffend Geldinteressen war eine demoralisierende. Die Grenzlinie zwischen öffentlicher Pflicht und Privatinteressen war von den Gesetzgebern oft aus dem Auge verloren. Große Vermögen wurden gemacht durch Gesetzesveränderungen, die von denselben Leuten verlangt und durchgesetzt wurden, die die Nutznießer der neuen Gesetze waren, und das Land sah mit Bedauern, daß die Ehre und die Ehrlichkeit der

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 315/316.

Männer der Politik nicht unangetastet blieben.“<sup>1</sup> Rosa Luxemburg erläutert diese noch verschämten Andeutungen, indem sie schreibt: „Mit diesem Umschwung in der Finanzpolitik der Vereinigten Staaten begann die schamlose parlamentarische Korruption der Union, der offene und skrupellose Gebrauch der Wahlen, der Gesetzgebung und der Presse als Werkzeuge nackter Tascheninteressen des Großkapitals. Das Enrichissez-vous<sup>2</sup> wurde zur Losung des öffentlichen Lebens seit dem ‚edlen Kriege‘ um die Befreiung der Menschheit vom ‚Schandfleck der Sklaverei‘; der Negerbefreier-Yankee feierte Orgien als Glücksritter der Spekulation an der Börse, schenkte sich selbst als Gesetzgeber nationale Ländereien, bereicherte sich selbst durch Zölle und Steuern, durch Monopole, Schwindelaktien, Diebstahl des öffentlichen Vermögens.“<sup>3</sup> Die Last der Zölle und Steuern lag auf den Farmern. Hinzu kam die rasche Entwicklung der Industrie, die immer mehr Gebiete der bäuerlichen Hauswirtschaft erfaßte und den Farmer vom kapitalistischen Markt abhängig machte. „Mit solchen kapitalistischen Unternehmungen konnte der amerikanische Farmer die Konkurrenz nicht bestehen. In derselben Zeit, wo ihn die allgemeine Umwälzung in den Verhältnissen: den Finanzen, der Produktion und dem Transportwesen der Union zwang, jede Produktion für den Selbstbedarf aufzugeben und alles für den Markt zu produzieren, wurden die Preise der landwirtschaftlichen Produkte durch die kolossale Ausbreitung der Ackerkultur außerordentlich herabgedrückt. Und in derselben Zeit, wo die Masse der Farmer in ihren Schicksalen an den Markt gekettet wurde, verwandelte sich der landwirtschaftliche Markt der Union plötzlich aus dem lokalen Absatzgebiet in den Weltmarkt, auf dem wenige Riesenkapitale und deren Spekulation

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 318.

<sup>2</sup> Enrichissez-vous (bereichert euch) war die Losung Guizots, des Ministers des „Bürgerkönigs“ Louis Philippes, für die französische Bourgeoisie.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 319.

ihr wildes Spiel begannen.“<sup>1</sup> „Dem verschuldeten und ruinierten Farmer blieb nichts anderes übrig, als entweder in Nebenverdiensten als Lohnarbeiter sein Heil zu suchen oder seine Wirtschaft ganz zu verlassen und den Staub des ‚gelobten Landes‘, des ‚Weizenparadieses‘, das für ihn zur Hölle geworden, von seinen Pantoffeln zu schütteln, vorausgesetzt, daß seine Farm nicht schon wegen Zahlungsunfähigkeit in die Krallen des Gläubigers geriet, was mit Tausenden der Farmen der Fall war. Verlassene und verfallende Farmen konnte man massenhaft um die Mitte der 80er Jahre beobachten.“<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg kommt zu dem Schluß: „Dies sind die Züge der Kapitalherrschaft auf der Weltbühne: aus England trieb sie den Bauer, nachdem sie ihn vom Boden verdrängt hatte, nach dem Osten der Vereinigten Staaten, vom Osten nach dem Westen, um aus ihm auf den Trümmern der Indianerwirtschaft wieder einen kleinen Warenproduzenten zu machen, vom Westen treibt sie ihn, abermals ruiniert, nach dem Norden – die Eisenbahnen voran und den Ruin hinterher, d. h. das Kapital als Führer vor sich und das Kapital als Totschläger hinter sich. Die allgemeine zunehmende Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte ist wieder an Stelle des tiefen Preisfalls der 90er Jahre getreten, aber der amerikanische kleine Farmer hat davon so wenig Nutzen wie der europäische Bauer.“<sup>3</sup>

Die meisterhafte Schilderung der kapitalistischen Kolonialpolitik, die Aufzeigung ihrer Folgen für die Kolonialvölker und die Bauern, die Rosa Luxemburg in ihrer „Akkumulation des Kapitals“ gegeben hat und die mit den vorstehenden Beispielen keineswegs erschöpft ist, stellt Rosa Luxemburg in die erste Reihe der hervorragendsten marxistischen Historiker. Diese leidenschaftlich geschriebenen Kapitel werden stets Schätze der marxistischen Geschichtsliteratur bleiben.

<sup>1</sup> Ebenda, S. 323.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 325.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 329.

## *Wahlrechtskämpfe und Massenstreik*

Der Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1905 hatte dem Massenstreik als Defensivmittel im Falle eines Attentats auf das allgemeine Wahlrecht zugestimmt. Dies hatte seine besondere Ursache in der nicht unberechtigten Furcht vor einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts. Das allgemeine Wahlrecht war von Bismarck 1866 im Norddeutschen Bund eingeführt und 1871 auf den deutschen Reichstag übertragen worden. Die deutsche Sozialdemokratie hatte es glänzend verstanden, dieses Wahlrecht für die Sammlung der Proletariermassen auszunützen, wobei sie allerdings, nicht zuletzt im Ergebnis der Erfolge auf diesem Gebiete, immer mehr am parlamentarischen Kretinismus erkrankte. Trotz des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag konnte das wilhelminische Deutschland keineswegs als konstitutionelle Monarchie angesprochen werden, sondern hatte ein halbabsolutistisches Regime. Deutscher Kaiser war der König von Preußen, der allein das Recht hatte, den Reichskanzler zu ernennen und abzuberufen. Der Kanzler wie die Reichsbeamten waren nur vom Kaiser abhängig. Ebenso hatte allein der Kaiser das Recht, den Reichstag zu berufen, zu vertagen oder aufzulösen. Zur Auflösung bedurfte es allerdings der Zustimmung des Bundesrates, der sich aus 58 Vertretern der einzelnen Länder zusammensetzte, davon 17 Vertreter Preußens. Ohne Zustimmung dieses Bundesrates konnte kein Reichsgesetz zustande kommen. Verfassungsändernde Gesetze waren ungültig, wenn im Bundestag 14 Gegenstimmen vorhanden waren. Die wirkliche Macht lag also nicht beim Reichstag, sondern bei Preußen, das den Bundestag beherrschte und das Staatsoberhaupt stellte. Der Reichstag als die einzige demokratisch gewählte Körperschaft war recht machtlos. Wenn die sozialdemokratischen rechten Führer dennoch in wachsendem Maße alles von den Reichstagswahlen erwarteten, so zeigt dies so recht, wie sehr sie vom parlamentarischen Kretinismus befallen waren.

In den einzelnen deutschen Ländern gab es ein buntes Gemisch von reaktionären Wahlsystemen, die ausnahmslos die Herrschaft des Junkertums sicherten. Am verrufensten war das preußische Dreiklassenwahlrecht. Nach diesem famosen Recht erhielt bei den Landtagswahlen 1908 die Sozialdemokratie für 598500 Stimmen 6 Mandate, die Konservativen bekamen für 418400 Stimmen dagegen 212 Mandate! Wo in einzelnen Ländern noch „bessere“ Wahlsysteme bestanden, bemühten sich Junker und Bourgeoisie im trauten Verein, sie durch das preußische System zu ersetzen. So wurde in Sachsen im Winter 1895/1896 ein verschlechtertes Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Immer deutlicher trat die Absicht der Reaktionäre zutage, auch das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern. Auf dieser Basis entwickelten sich vor dem ersten Weltkriege in Deutschland heftige Wahlrechtskämpfe. Einen Höhepunkt hatten diese Kämpfe bereits im Jahre 1906 in Hamburg erreicht: Als die Pfeffersäcke am 17. Januar in der Bürgerschaft einen Entwurf zur Verschlechterung des Wahlrechts einbrachten, berief die Partei für den Nachmittag Protestversammlungen ein, das heißt sie rief zu einem Halbtagsgeneralstreik auf. An den Versammlungen und der Demonstration vor dem Rathaus nahmen 100000 Menschen teil. Rosa Luxemburg, die in Warschau war, schrieb an Kautsky: „Hurra Hamburg!! Ich war stolz und glücklich, das zu lesen. Mag es bloß dabei nicht einschlafen. Wahrscheinlich sind die Väter schon dabei zu löschen!“ Sie sollte mit dieser Befürchtung nur allzu recht haben! Unmittelbar nach Hamburg unternahm die Partei zwar den ersten Vorstoß gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. Zum Jahrestag des Blutsonntags von Petersburg, am 21. Januar, wurden Versammlungen einberufen, die sich in Preußen besonders mit dem Wahlrecht beschäftigen sollten. Die bloße Drohung mit dem Polizeisäbel genügte jedoch, den Parteivorstand einzuschüchtern. Wie schmachlich schon damals die Sozialdemokratie vor der Polizei kapitulierte, zeigten die Vorgänge in Dresden, wo die Versammlungen verboten waren. Der „Vorwärts“

wußte darüber stolz zu berichten: „Einen schönen Beweis von Disziplin haben aber heute die Dresdner Arbeiter geliefert: Niemand ließ sich in den Lokalen sehen, in denen verbotene Versammlungen anberaumt waren. Der Tag verlief völlig ruhig. Die Polizei war ganz unnötig auf die Beine gebracht.“<sup>1</sup> Auf diese Weise wurde die Wahlrechtsbewegung im Jahre 1906 von den Vätern im Parteivorstand „gelöscht“.

Nach der ersten russischen Revolution beginnt in der deutschen Arbeiterbewegung immer deutlicher die Herausbildung von drei verschiedenen Richtungen. Bis dahin hatten nur zwei Richtungen bestanden, die Revisionisten-Opportunisten und die Linken. Nun sonderte sich aus den letzteren eine neue Richtung ab, die Zentristen, deren hervorragendste Vertreter Kautsky und Bebel wurden.

Bebel war in der zweiten Periode der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie, der „Periode der Herausbildung, des Wachstums und des Mannhaftwerdens der sozialistischen Massenparteien mit klassenmäßigem proletarischem Bestand“<sup>2</sup>, die im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstand, einer der hervorragendsten Führer des internationalen Sozialismus. Er war der „Geburtshelfer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (Stalin). Im Kriege 1870/1871 vertrat er gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht den konsequenten Standpunkt des proletarischen Internationalismus und ging dafür ins Gefängnis. Als Bismarck die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz niederzwingen wollte und sein Terror Verwirrung in den Reihen der Sozialdemokraten hervorrief, war es August Bebel, der den richtigen Weg wies. Genosse Stalin schrieb über die Rolle Bebels in dieser Zeit: „Besondere Standhaftigkeit und beispiellose Voraussicht waren notwendig, um nicht den Kopf zu verlieren, um zur rechten Zeit die Taktik zu ändern und sich richtig den neuen Verhältnissen anzupassen.“

<sup>1</sup> „Vorwärts“ Nr. 18 vom 23. Januar 1906.

<sup>2</sup> Lenin/Stalin, „Über August Bebel“, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 6.

Viele Sozialdemokraten gaben den Provokationen nach und verfielen in Anarchismus. Andere verflachten völlig und sanken bis zu den Liberalen herab. Bebel jedoch stand unentwegt auf dem Posten, munterte die einen auf, mäßigte den unklugen Feuereifer der anderen, entlarvte die Phrasendrescherei der dritten und steuerte die Partei geschickt auf dem richtigen Weg immer vorwärts, nur vorwärts. Zehn Jahre später mußte die Regierung der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung nachgeben und die ‚Ausnahmegesetze‘ aufheben. Die Linie Bebels hatte sich als die einzig richtige erwiesen.“<sup>1</sup> Auch später, als Bernstein mit seiner Revision des Marxismus auftrat, war Bebel sein entschiedener Gegner. In seinen Reden auf dem Dresdner Parteitag (1903), auf dem Jenaer Parteitag (1905) und auf dem Nürnberger Parteitag (1908) führte Bebel wichtige Schläge gegen die Opportunisten.

Aber der zweiten Periode der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie folgte eine dritte Periode, „da die in einer Reihe von Krisen vorbereiteten Kräfte ihre Ziele verwirklichen werden“<sup>2</sup>, die Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. In dieser Periode vermochte Bebel nicht mehr mit der Entwicklung der revolutionären Bewegung Schritt zu halten. Er konnte den Sinn der großen ökonomischen und politischen Veränderungen nicht verstehen, die mit der Entstehung des Imperialismus in Deutschland eingetreten waren. Bebel blieb bei der alten Auffassung, daß die parlamentarische Tätigkeit die Hauptform des Kampfes der Arbeiterklasse sei. Er konnte daher auch die Gefahr des Revisionismus nicht klar erkennen und keinen konsequenten Kampf gegen die Opportunisten führen. Bereits auf dem Mannheimer Parteitag (1906) war Rosa Luxemburg gezwungen gewesen, Bebel wegen seines Versöhnertums gegenüber den Revisionisten anzugreifen. Kam dieses Versöhnertum in früheren Zeiten nur in einzelnen Abirrungen Bebels zum Vorschein, so wurde es am Ende des

<sup>1</sup> J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 186.

<sup>2</sup> Lenin/Stalin, „Über August Bebel“, S. 6.

ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zum Grundzug seiner Politik. Lenin charakterisierte im Jahre 1908 Bebel folgendermaßen: „... Bebel ist eine so große Autorität in der internationalen proletarischen Bewegung, ein so erfahrener praktischer Führer, ein Sozialist von so feinem Gefühl für die Erfordernisse des revolutionären Kampfes, daß er in 99 Fällen von 100 sich selber aus dem Sumpfe zu helfen vermochte, wenn er hier und da einen falschen Schritt getan hatte, und daß er auch andere, die ihm folgten, aus dem Morast zog. Bebel irrte sowohl in Breslau (1895), wo er zusammen mit Vollmar das revisionistische Agrarprogramm verfocht, als auch in Essen, wo er auf der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg bestand, und er irrte auch, als er bereit war, die ‚Neutralität‘ der Gewerkschaften zum Prinzip zu erheben.“<sup>1</sup>

Der Charakter all dieser Fehler Bebels liegt darin, daß er die Revisionisten-Opportunisten verteidigte beziehungsweise ihre Position bezog. Das kam besonders auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 zum Ausdruck, wo Bebel eine zentristische EntschlieÙung einbrachte. 1909/1910 trat auch Karl Kautsky zu dieser zentristischen Position über. Das politische Wesen der Zentristen bestand darin, daß sie sich versöhnlerisch zu den Revisionisten verhielten, in der Praxis deren opportunistische Politik durchführten, aber immer noch den Anspruch erhoben, Marxisten zu sein. Genosse Stalin gab folgende Definition des Zentrismus: „Der Zentrismus ist eine für die II. Internationale der Periode der Vorkriegszeit natürliche Erscheinung. Dort gab es Rechte (die Mehrheit), es gab Linke (ohne Anführungszeichen), und es gab Zentristen, deren ganze Politik darin bestand, den Opportunismus der Rechten mit linken Phrasen schönzufärben und die Linken den Rechten zu unterwerfen.“<sup>2</sup> Der Übergang Bebels zu den Zentristen

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XII, Wien-Berlin 1933, S. 178/179.

<sup>2</sup> J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 11, S. 282, russ.

war deshalb von großer Bedeutung, weil er die größte Autorität in der deutschen Sozialdemokratie besaß und maßgeblich die politische Linie der Partei bestimmte. Die Linken bestanden nach der Herausbildung der Zentristen nur noch aus einer kleinen Gruppe sozialdemokratischer Führer, an deren Spitze Rosa Luxemburg stand. Zu ihnen gehörten ferner Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und einige andere. Sie waren die Gruppe in Deutschland, die dem revolutionären Marxismus die Treue gehalten hatte und eine revolutionäre Klassenpolitik durchführte. Aber auch die Linken vermochten nicht, die Höhe der prinzipiellen Klarheit, politischen Zielstrebigkeit und organisatorischen Festigkeit der Bolschewiki zu erreichen.

Die 1906 vom Parteivorstand abgeblasenen Wahlrechtskämpfe nahmen im Jahre 1910 einen neuen Aufschwung. Die Regierung hatte endlich die Wahlrechtsreformvorlage fertiggebracht, die anderthalb Jahre vorher in einer Thronrede angekündigt worden war. Die Vorlage war eine Verhöhnung aller Reformforderungen der Arbeiter. Nun kamen die Massen in Bewegung. Für den 13. Februar 1910 waren im ganzen Reiche Demonstrationen angesetzt, die wiederum polizeilich verboten wurden. Der Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow, erließ jene Bekanntmachung, durch die er sich für alle Zeiten lächerlich gemacht hat:

### „Bekanntmachung

Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.

Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910

Der Polizeipräsident“

Doch diesmal ließen sich die Massen nicht zurückhalten. Ungeachtet der Polizeidrohung demonstrierten in Berlin 100 000 Menschen, wobei der Tag trotz großer militärischer Vor-

bereitungen ruhig verlief. Im Lande dagegen gab es blutige Zusammenstöße und viele Schwerverletzte. Als sich am 17. Februar in Frankfurt am Main die Zusammenstöße wiederholten, gab es mehr als 100 Verletzte. Trotzdem kam es am 27. Februar in dieser Stadt erneut zu mächtigen Demonstrationen. Die Bewegung nahm einen solchen Umfang an, daß ihr zunächst auch der Parteivorstand nachgeben mußte. In Berlin wurde der 6. März zu einem Ruhmestag. Die Partei hatte zu einem Massenspaziergang im Treptower Park aufgerufen. Herr von Jagow erließ ein Verbot und besetzte den Treptower Park mit starken Polizeikräften. Unterdessen wurde die Masse der Demonstranten nach dem Zentrum der Stadt umgeleitet und marschierte unter fliegenden roten Fahnen im Tiergarten auf. Als Herr von Jagows Polizei aus Treptow auf Pferden und Fahrrädern endlich im Stadtzentrum ankam, war die Demonstration vorüber, und sie konnte ihre Wut nur an den heimkehrenden Demonstranten und an Spaziergängern auslassen. Der Polizeipräsident war bis auf die Knochen blamiert. Die Massen hatten sich die Straße erobert. Zum 10. April rief die Sozialdemokratie abermals zu Kundgebungen auf. Jetzt mußte der Polizeipräsident wohl oder übel seine Einwilligung geben. An diesem Tage marschierten allein in Berlin 200 000 Männer und Frauen im Treptower Park, im Friedrichshain und im Humboldthain in mustergültiger Ordnung auf. Auch in Hannover, Köln, Bielefeld, Dortmund, Frankfurt am Main, Braunschweig, Dessau und vielen anderen Städten kam es an diesem Tage zu machtvollen Demonstrationen für das freie Wahlrecht.

Der Verlauf dieser Demonstrationen zeigte, daß die Massen gewillt waren, den Kampf um das Wahlrecht mit aller Kraft zu führen. Aber plötzlich riß die Bewegung ab. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte in einem geheimen Rundschreiben die Weiterführung der Kampagne verboten! Auf Druck der Gewerkschaftsbürokratie und aus eigener Angst hatte er feige kapituliert.

Als sich diese Bewegung auf dem Höhepunkt befand, griff Rosa Luxemburg ein, um dem Kampf Ziel und Richtung zu geben. Am 14. und 15. März 1910 veröffentlichte sie einen Artikel „Was weiter?“, in dem sie schrieb: „Die preußische Wahlreform kann unmöglich durch parlamentarische Mittel gelöst werden, nur eine unmittelbare Massenaktion draußen im Lande vermag hier Wandel zu schaffen – diese lebendige Erkenntnis steht jetzt, nach den ersten Erfahrungen mit den Straßendemonstrationen einerseits, nach den Vorgängen in der Wahlrechtskommission des preußischen Landtags andererseits, fester denn je.

Allein, wenn die jüngsten imposanten Straßendemonstrationen bereits an sich eine erfreuliche Neuerung in den äußeren Kampfformen der Sozialdemokratie bedeuten und zugleich in kräftigster Weise den Massenkampf um das preußische Wahlrecht eröffnet haben, so legen sie ihrerseits der Partei, auf deren Initiative und Leitung sie zurückzuführen sind, bestimmte Pflichten auf. Unsere Partei muß angesichts der von ihr entfachten Massenbewegung einen klaren bestimmten Plan haben, wie sie die begonnene Massenaktion weiterzuführen gedenkt.“<sup>1</sup>

Rosa Luxemburg schlug als nächsten Schritt in dieser Situation den Massenstreik vor. Als Aktionslosung erhob sie die Forderung der Republik. Ein Artikel für die „Neue Zeit“, in dem sie diese Forderung proklamierte, wurde von Kautsky mit der Begründung abgelehnt, dies sei „eine völlig neue Agitation, die bisher stets abgelehnt worden war“. Darauf stellte Rosa Luxemburg diese Forderung am 25. März in einem Artikel in der Tagespresse auf, in dem sie erklärte: „Die Losung der Republik ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traums vom demokratischen ‚Volksstaat‘ oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkervorherr-

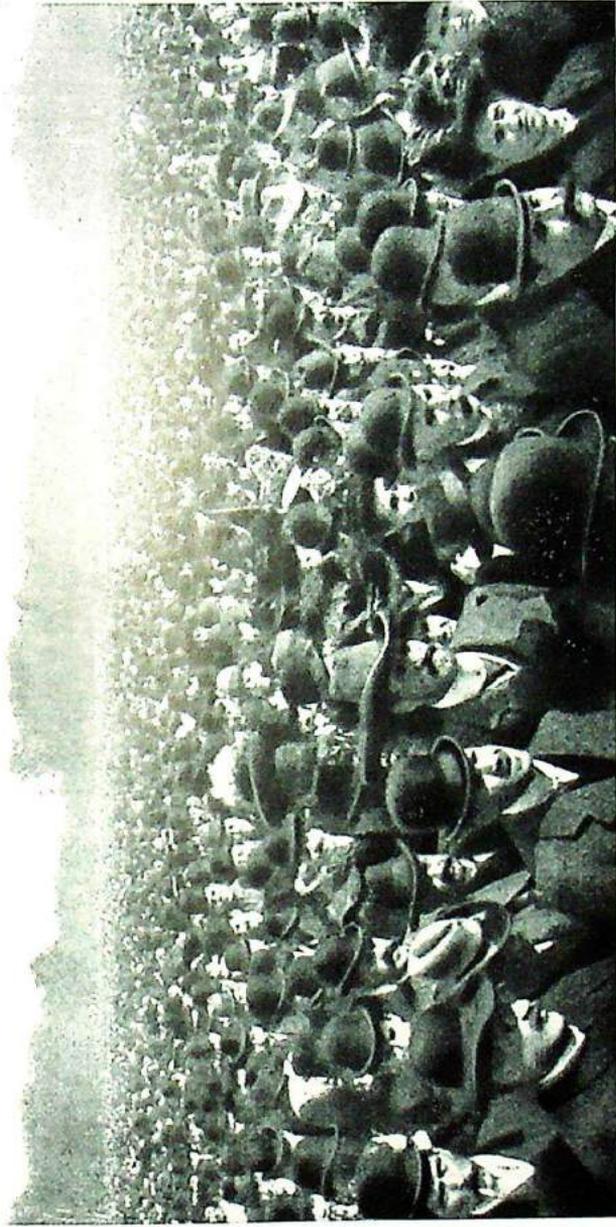
<sup>1</sup> „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 14. und 15. März 1910.

schaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion.“<sup>1</sup>

Nunmehr trat Karl Kautsky öffentlich gegen Rosa Luxemburg auf. Er lehnte nicht nur die Losung der Republik ab, sondern wandte sich auch gegen eine öffentliche Erörterung des Massenstreiks und stellte seine opportunistische Theorie der „Ermattungsstrategie“ auf, die er der „Niederwerfungsstrategie“ entgegensetzte. Der Kern der Auffassung Kautskys bestand darin, daß die Arbeiterklasse nichts unternehmen dürfe, sondern die im Jahre 1912 stattfindenden Reichstagswahlen abwarten müsse, die sicher einen großen Sieg brächten. Diese damals von Kautsky begründete „Strategie“ haben die sozialdemokratischen Führer haargenau am 30. Januar 1933 angewandt, als sie das Angebot der KPD auf gemeinsame Aktionen ablehnten und auf die Wahlen am 5. März vertrösteten!

Rosa Luxemburg trat der opportunistischen Auffassung Kautskys, die den Verrat der Bewegung durch den Parteivorstand „theoretisch“ begründete, scharf entgegen und forderte unentwegt die Anwendung des Massenstreiks. In einem Artikel „Ermattung oder Kampf“ schrieb sie: „Zum erstenmal haben wir in Deutschland endlich eine lebhafteste Massenbewegung bekommen, zum erstenmal sind wir über die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgegangen und haben es fertiggebracht, den Acheron in Bewegung zu setzen. Umgekehrt, wie es in Österreich fast ein Jahrzehnt lang der Fall war, sind wir nicht vor die harte Aufgabe gestellt, eine Massenaktion mitten in der allgemeinen Apathie mit aller Gewalt heraufzubeschwören, sondern wir haben nur die dankbare und natürliche Aufgabe, die kampffreudige, erregte Stimmung der Massen auszunützen, um ihr die politischen Losungen zu geben, um sie in politische, sozialistische Aufklärung umzuprägen, um

<sup>1</sup> Ebenda.



Wahlrechtsdemonstration im Treptower Park in Berlin am 10. April 1910



den Massen wegweisend voranzugehen, sie vorwärts zu führen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich auch auf die natürlichste Weise, daß die Losung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten ist, und es ist Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später aus der an-schwellenden Demonstrationenbewegung und dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion ergeben muß.“<sup>1</sup>

Der Parteivorstand setzte seine Totschweigetaktik und Kapitulationspolitik fort. Immer wieder versuchte Rosa Luxemburg, die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung zu setzen. Im August 1910 hob sie in einem Artikel „Die tot-geschwiegene Wahlrechtsdebatte“ hervor: „Die Frage des Wahlrechtskampfes und der in ihr anzuwendenden Taktik ist hoch bedeutsam. Da es sich hier um Massenaktionen, um außerparlamentarische Formen des Kampfes handelt, so steht die Partei zum Teil vor ganz neuen taktischen Aufgaben. Sie allseitig zu diskutieren, das Problem, das bei der nächsten Wiederaufnahme der Wahlrechtsbewegung von neuem vor uns erstehen wird, auf Grund der Erfahrungen, der Analyse der jüngst vergangenen Kämpfe zu klären und dadurch die Massen und ihr Bewußtsein für die Zukunft vorzubereiten, das ist offenbar eine unumgängliche Notwendigkeit im Interesse der Partei.“<sup>2</sup> Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 forderte sie wiederum die Behandlung des Massenstreiks im Zusammenhange mit dem Wahlrechtskampf. Sie erklärte: „Für uns im preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich die Losung des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf sich, auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen. Als schärfste Form der selbständigen politischen Aktion des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Preußen-Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassengegensätze, des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie, des

<sup>1</sup> „Die Neue Zeit“, 28. Jahrgang (1909/1910), Bd. II, S. 301/302.

<sup>2</sup> „Leipziger Volkszeitung“ vom 17. August 1910.

Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen uns, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.“<sup>1</sup>

Trotz der ständigen Mahnrufe hat Rosa Luxemburg nicht vermocht, auch nur die Massenstreikdebatte wieder in Gang zu bringen, geschweige denn die Parteiführung zu einer revolutionären Taktik im Wahlrechtskampf zu bewegen. Auf den Parteitagen 1911 und 1913 stand die Frage überhaupt nicht auf der Tagesordnung, was Rosa Luxemburg zu besonderen Artikeln über die Tagesordnung des Parteitages veranlaßte. Auf dem Parteitag in Jena 1913 stellte sie einen Abänderungsantrag zu der vom Parteivorstand vorgelegten Resolution, in dem sie die Anerkennung des Massenstreiks forderte. Der Antrag wurde mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

War der Parteivorstand bemüht, jede Diskussion über die Wahlrechtsfrage und den Massenstreik abzuwürgen, so sorgte die Reaktion dafür, daß diese Frage nicht in Vergessenheit geriet. Am 18. Mai 1914 gab der preußische Innenminister Loebell die Erklärung ab, daß die Regierung an keine Wahlrechtsvorlage mehr denke. Wiederum kamen die Massen in Bewegung. Rosa Luxemburg erklärte dazu in einem Artikel: „Das glatte Nein, das nunmehr ohne Umschweife dem gebieterischen Ruf der Massen nach der Beseitigung der Dreiklassenschmach entgegengestellt worden, ist eine freche Provokation, ein der Arbeiterklasse hingeworfener Handschuh, und zugleich eine offizielle, endgültige Beglaubigung mehr, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzig und allein von der Straße und auf der Straße erobert werden kann.“<sup>2</sup>

Am 26. Mai fanden in Berlin Protestversammlungen statt, die der „Vorwärts“ mit den Losungen ankündigte: „Die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung beginnt! Formiert die Sturm-

<sup>1</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910“, Berlin 1910, S. 429.

<sup>2</sup> „Sozialdemokratische Korrespondenz“ vom 23. Mai 1914.

kolonnen zum Wahlrechtskampfe!“ Aber auf diesen feurigen Appell erfolgte außer den erwähnten Protestversammlungen nichts. Der Parteivorstand wiegelte wieder ab. Rosa Luxemburg geißelte dieses Verhalten in einer Rede am 14. Juni 1914 auf der Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend und legte eine Resolution vor, in der es hieß, „daß nur der Massenstreik einem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag“. Die Resolution wurde angenommen, womit die sozialdemokratischen Mitglieder ihren Willen zum Kampf bekundeten. Bald danach traten Ereignisse ein, die die Wahlrechtsfrage ganz in den Hintergrund treten ließen.

Die heftigen Auseinandersetzungen mit den Opportunisten, in deren Verlauf Kautsky endgültig auf deren Seite übergang, führten auch zum Abbruch der persönlichen Beziehungen zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky. Als junge Studentin in Zürich hatte Rosa Luxemburg mit großer Hochachtung zu Karl Kautsky aufgeblickt, der damals den Ruf des unfehlbaren Theoretikers der II. Internationale genoß. Nach ihrer Übersiedlung 1898 nach Deutschland schloß sie bald erst mit Karl Kautsky und dann besonders mit dessen Frau Luise Kautsky enge persönliche Freundschaft. Sie verkehrte regelmäßig im Hause Kautsky, unternahm auch gelegentlich gemeinsame Ferienreisen mit Luise Kautsky. Stand Rosa Luxemburg anfänglich stark unter dem Einfluß Kautskys, so hat sich das Verhältnis bald umgekehrt, und Rosa war es, die ihrem Freund revolutionären Geist einhauchte. Je mehr sich jedoch in Deutschland die Klassengegensätze verschärften und Rosa Luxemburg die Anwendung revolutionärer Kampfmittel forderte, um so mehr rückte Kautsky von ihr ab, um schließlich in der Wahlrechtsdebatte mit seiner Ermattungsstrategie das theoretische Feigenblatt für die Opportunisten zu liefern. Er verband dies mit kleinlichen Schikanen und gehässigen Anwürfen gegen Rosa Luxemburg. Sie zögerte nicht, die Freundschaft zu brechen und den schonungslosen Kampf gegen Kautsky aufzunehmen.

Überblicken wir heute den fast zwei Jahrzehnte umfassenden Wahlrechtskampf, so können wir daran als negatives Beispiel studieren, wie richtig die Lenin-Stalinsche Lehre von der Partei ist. Hätten die Arbeitermassen in Deutschland damals, besonders auf dem Höhepunkt 1910, eine revolutionäre Partei besessen, die sie kühn voranführte, dann hätten vor dem ersten Weltkriege in Deutschland revolutionäre Kämpfe stattgefunden, die für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung gewesen wären. Diese Kämpfe hätten die Generalprobe für 1914 sein können. An der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand aber eine Partei, die im Gegenteil den revolutionären Elan der Massen bremste, die die Bewegung bewußt und systematisch in polizeierlaubte Bahnen lenkte. So wurde das Frühjahr 1910 in anderem Sinne zur Generalprobe für 1914. Nach der Kapitulation im April 1910 durfte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Parteiführung im Kriegsfall kapitulieren würde. Rosa Luxemburg hat dies auch klar vorausgesehen. Wenn die Linken dies aber erkannt hatten, dann hätten sie auch die Schlußfolgerung daraus ziehen und die organisatorische Trennung von den Opportunisten herbeiführen müssen. Aber die deutschen Linken verzichteten sogar auf den organisatorischen Zusammenschluß ihrer eigenen Gruppe, was sich bei Ausbruch des Krieges schwer rächte. In diesem organisatorischen Versagen liegt die größte historische Schuld der deutschen Linken, denn sie überließen dadurch die Massen den opportunistischen Führern und beraubten sich selbst des unentbehrlichen Instruments zur Führung des Klassenkampfes.

### *Fragen der polnischen und russischen Arbeiterbewegung*

Trotz ihrer umfangreichen theoretischen und praktischen Parteiarbeit blieb Rosa Luxemburg allezeit eng mit der polnischen und russischen Arbeiterbewegung verbunden. Zusam-

men mit Leo Jogiches (Tyszka) und anderen gehörte sie dem Hauptvorstand der „Sozialdemokratie Polens und Litauens“ an. Im Zusammenhang mit den Problemen dieser Parteien kam es kurz vor dem ersten Weltkrieg zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Rosa Luxemburg, die ihre Ursache in Rosas falscher Auffassung über die Rolle der Partei und über die Lage in der russischen Arbeiterbewegung hatten.

Im Jahre 1911 entwickelten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen der Warschauer Organisation der Partei und der führenden Gruppe des Hauptvorstandes der „Sozialdemokratie Polens und Litauens“. Die Differenzen betrafen die Fragen der Freiheit der innerparteilichen Diskussion, einer größeren Selbständigkeit der Lokalorganisationen, des zweideutigen Verhaltens gegenüber den „Linken“ der PPS und der Stellung zu den verschiedenen Gruppierungen in der russischen Arbeiterbewegung, besonders der Bolschewiki und der Liquidatoren. Die Vertreter der Warschauer Organisation stellten sich auf den Standpunkt der Bolschewiki, nur in der nationalen Frage beharrten sie auf dem falschen Standpunkt Rosa Luxemburgs. Der Hauptvorstand löste im Juni 1912 die Warschauer Organisation auf, bezeichnete sie als Spalterorganisation und setzte eine neues Parteikomitee ein. Die Mehrheit der Warschauer Parteiorganisation entschied sich jedoch gegen den Hauptvorstand in Berlin. Es setzte ein erbitterter Fraktionskampf ein, in dem die Vertreter des Hauptvorstandes die Führer der Warschauer Organisation der Verbindung mit der Geheimpolizei verdächtigten. Diese Verdächtigungen wurden von zwei unparteiischen Untersuchungskommissionen zurückgewiesen.

Lenin trat in diesem Streit mit aller Schärfe gegen den Hauptvorstand auf. Am 31. August 1912 sandte er einen Brief an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB), in dem er feststellte,

1. daß der Hauptvorstand nicht der SDAPR angehört und daher nicht in ihrem Namen sprechen kann,

2. daß der Hauptvorstand das Büro nicht richtig über die Spaltung in Polen unterrichtet hat,

3. daß die Beschuldigungen einer Verbindung der Warschauer Führer mit der Geheimpolizei eine Heuchelei darstellen.

„Wieviel Heuchelei ist nötig“ – schrieb Lenin –, „um zum Zweck der moralischen Vernichtung von politischen Gegnern öffentlich die ehrlose Beschuldigung der ‚Zusammenarbeit mit der Ochrana‘ zu erheben, obgleich der Mut nicht ausreicht, wenigstens einen Namen zu nennen, wenigstens einen bestimmten Verdacht auszusprechen.“<sup>1</sup>

Im November 1913 verfaßte Lenin einen Artikel „Auch ‚Vereiniger““, in dem er sich mit dem Treiben des Hauptvorstandes beschäftigte und es aufs schärfste verurteilte. Er schreibt darin: „Der Berliner Zirkel polnischer Sozialdemokraten (Rosa Luxemburg, Tyszka und Komp.), den die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter entschieden abgewiesen haben, gibt keine Ruhe. Er fährt fort, sich als ‚Hauptleitung‘ der polnischen Sozialdemokratie zu bezeichnen, obwohl bestimmt kein einziger Mensch in der Welt zu sagen vermag, was eigentlich diese bejammernswerte ‚Leitung‘ ohne Partei ‚leitet‘.“<sup>2</sup> Lenin enthüllt in diesem Artikel die Ursache des Streites, die unter anderem darin bestand, daß die Warschauer Organisation sich auf die Seite der Bolschewiki gestellt habe. „Die Bolschewiki marschierten bekanntlich Schulter an Schulter mit den polnischen sozialdemokratischen Arbeitern, die den Intrigantenzirkel abgewiesen haben. Dies läßt die berüchtigte ‚Leitung‘ nicht ruhig schlafen, und daher die ganze ‚Vereinigungs‘-Kampagne, die mit Ausfällen gegen die russischen Marxisten einsetzte und die Unterstützung der russischen Liquidatoren bezweckt.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Werke“, Vierte Ausgabe, Bd. 18, Moskau 1948, S. 253, russ.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XVII, S. 85.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 86.

Im engen Zusammenhange mit dieser Frage stand Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Arbeiterbewegung, das heißt zu den Bolschewiki und den Liquidatoren. Auf der Prager Parteikonferenz 1912 waren bekanntlich die Menschewiki aus der Partei vertrieben und es war die Partei neuen Typus geschaffen worden. Während die Bolschewiki nach der Prager Konferenz den Augustblock Trotzki zertrümmerten und immer festere Positionen in der Arbeiterbewegung errangen, erhoben die Liquidatoren ein lautes Geschrei über die „leninistischen Spalter“ und wandten sich hilfeschend an die II. Internationale. Unter der Losung einer allgemeinen „Vereinigung“ wollten sie die historischen Beschlüsse der Prager Konferenz rückgängig machen.

In diesem Chor der Liquidatoren fehlte leider auch die Stimme Rosa Luxemburgs nicht. In einer schriftlichen Erklärung an das Internationale Sozialistische Büro vom 14. November 1913 ersuchte Rosa Luxemburg, die Frage der Wiederherstellung der Einheit der SDAPR auf die Tagesordnung der Dezembersitzung des Internationalen Sozialistischen Büros zu setzen. Dabei beschuldigte sie Lenin, er trage die Spaltung in die Reihen der „Sozialdemokratie Polens und Litauens“. Auch in ihren Erklärungen auf der Sitzung im Dezember erhob sie dieselbe Beschuldigung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der alle Richtungen der russischen Sozialdemokratie aufgefordert wurden, einen allgemeinen Meinungsaustausch vorzunehmen. Rosa Luxemburg hatte dagegen den Vorschlag gemacht, eine „Einigungskonferenz zwecks Wiederherstellung der einigen Partei“ einzuberufen.

Der beschlossene allgemeine Meinungsaustausch fand in Anwesenheit von Vertretern des ISB im Juli 1914 in Brüssel statt. Für diese Konferenz schrieb Lenin einen „Bericht des Zentralkomitees der SDAPR und instruktive Richtlinien für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz vom 16.-17. Juli 1914“. In diesem Bericht hebt Lenin mit aller Schärfe die Existenz von

zwei grundlegenden Ansichten über die Lage in der SDAPR hervor. Er schreibt:

„Die eine Ansicht, die Rosa Luxemburg in ihrem vorjährigen Vorschlag (Dezember 1913) an das Internationale Sozialistische Büro dargelegt hat und die sowohl von den Liquidatoren als von den sie verteidigenden Gruppen geteilt wird, besteht im Folgenden: in Rußland herrschte ein ‚Chaos‘ des Fraktionskampfes einer Unmenge von Fraktionen, unter denen die schlimmste, die ‚Leninsche‘, die Spaltung am meisten schüre. In Wirklichkeit schlossen die Meinungsverschiedenheiten die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit keineswegs aus. Der Weg zur Einheit führe über eine Verständigung oder ein Kompromiß zwischen allen Strömungen und Fraktionen.

Die andere, von uns geteilte, Ansicht besteht darin, daß in Rußland nichts sei, was einem ‚Chaos des Fraktionskampfes‘ gleicht. Es gibt dort nur einen Kampf gegen die Liquidatoren, und nur in diesem Kampfe bildet sich eine tatsächlich proletarische Sozialdemokratische Partei, die schon jetzt die erdrückende Mehrheit, vier Fünftel der klassenbewußten Arbeiter Rußlands vereinigt hat. Die illegale Partei, in der die Mehrheit der Arbeiter Rußlands vereinigt ist, wurde durch die Konferenzen und Beratungen vom Januar 1912, vom Februar 1913 und vom Sommer 1913 vertreten. Das legale Organ ist die Zeitung ‚Prawda‘ (‚Vérité‘); daher die Bezeichnung: ‚Prawda‘-Anhänger. Diese Ansicht ist übrigens von jenem Petersburger Arbeiter zum Ausdruck gebracht worden, der auf dem Bankett in Petersburg im Beisein des Genossen Vandervelde erklärte, die Arbeiter der Fabriken und Werke von St. Petersburg seien vereinigt und außerhalb dieser Einheit der Arbeiter ständen nur ‚Generalstäbe ohne Armee‘.“<sup>1</sup>

Aus dieser Darstellung geht einwandfrei hervor, daß Rosa Luxemburg auf der Seite der Liquidatoren stand, die unter der Losung der „Einheit“ die auf der Prager Konferenz ge-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 697.

schaffene revolutionäre Partei wieder liquidieren wollten. Diesem Zwecke diente auch die Brüsseler Konferenz. Entgegen dem Beschluß der Dezembertagung des ISB, einen allgemeinen Meinungsaustausch zu veranstalten, forderten Huysmans (Belgien) und Kautsky als Vertreter des ISB eine Entscheidung über die Vereinigung. Für eine entsprechende von Kautsky vorgelegte Resolution stimmten alle Vertreter außer den Bolschewiki. So wurde unter Mitwirkung von Rosa Luxemburg im Juli 1914 der antibolschewistische „Brüsseler Block“ gebildet. Er blieb ohne jede Bedeutung. Denn als die Konferenz in Brüssel tagte, waren die Schüsse in Serajewo bereits gefallen. Noch keine drei Wochen vergingen, und der Ausbruch des Weltkrieges stellte alle sozialistischen Parteien vor die große historische Bewährungsprobe, die als einzige die bolschewistische Partei bestand.

### *Kampf gegen Krieg und Militarismus*

Mit dem Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus um die Jahrhundertwende wurde die Kriegsgefahr ungeheuer verschärft. „Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen (Monopole) der Kapitalisten und die Banken zum entscheidenden Faktor im Leben der kapitalistischen Staaten. Das Finanzkapital wurde in den kapitalistischen Staaten Herr im Hause. Das Finanzkapital forderte neue Märkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Gebiete für die Kapitalausfuhr, neue Rohstoffquellen.

Aber schon Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Territorium des Erdballs unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Nun verläuft die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus äußerst ungleichmäßig und sprunghaft: einige Länder, die früher an erster Stelle gestanden haben, entwickeln ihre Industrie verhältnismäßig langsam, andere, früher rückständige, holen sie in schnellen Sprüngen ein

und überholen sie. Das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten änderte sich. Das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt trat zutage. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt machte den imperialistischen Krieg unvermeidlich.“<sup>1</sup>

Für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt schufen sich die imperialistischen Großmächte in mächtigen Heeren und Flotten die Instrumente. Allen voran ging der deutsche Imperialismus. Die Rüstungsausgaben des Deutschen Reiches, die in den achtziger Jahren 429,2 Millionen Mark betragen hatten, stiegen in den ersten beiden Jahrfünfteln dieses Jahrhunderts auf 1025,6 Millionen Mark 1904–1908 und auf 1394,5 Millionen Mark 1909–1913. Durch den Ende der neunziger Jahre eingeleiteten Flottenbau wurde Großbritannien zum Kampf herausgefordert. Das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war angefüllt mit diplomatischen Konflikten in Europa, die dicht an den Kriegsausbruch führten.

Die Stellung zum Krieg und zum Militarismus wurde zu einer entscheidenden Frage in der Arbeiterbewegung. Die Opportunisten waren bereit, auch diese Frage zum Gegenstand des parlamentarischen Kuhhandels zu machen und „Kanonen gegen Volksrechte“ einzutauschen, wie der Opportunist Heine forderte. Die Linken und besonders Rosa Luxemburg traten ihnen scharf entgegen. Bereits Ende der neunziger Jahre, als die sozialdemokratischen Abgeordneten einiger süddeutscher Parlamente anfangen, dem Budget der Regierung zuzustimmen, geißelte Rosa Luxemburg dieses Verhalten als eine Unterstützung des Militarismus. In einem Artikel über „Die badische Budgetabstimmung“, der 1900/1901 in der „Neuen Zeit“ erschien, schrieb sie dazu: „Der Militarismus, um deswillen man die Ablehnung des Reichsbudgets gelten lassen will, wird vom Deutschen Reiche nicht etwa irgendwo außerhalb der Bundesstaaten oder in ihren Intermundien gepflegt, sondern er wird

---

<sup>1</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 201/202.

aktiv und passiv von Baden wie von allen anderen Staaten mitgemacht. Es ist ja gerade die reaktionäre Haltung der deutschen Bundesstaaten in den Fragen des Militarismus und der auswärtigen Politik, wie sie sich bei der letzten Flottenvorlage gezeigt hat, die für den heutigen Kurs in Preußen-Deutschland in erster Linie verantwortlich zu machen ist.“<sup>1</sup>

Da die Opportunisten nicht nur in Deutschland versuchten, eine Änderung der sozialdemokratischen Taktik gegenüber dem Militarismus vorzunehmen, und da die internationalen Spannungen ständig zunahmen, mußte sich mehrmals die Sozialistische Internationale mit der Frage des Militarismus und des Krieges beschäftigen. Rosa Luxemburg nahm an diesen Beratungen aktiv teil. Bereits auf dem Pariser Kongreß der II. Internationale im Jahre 1900 war sie die Referentin zur Frage „Völkerfriede, Militarismus und stehende Heere“. Schon damals deutete sie den Gedanken an, der später in der Stuttgarter Resolution niedergelegt wurde, daß es die Aufgabe der Sozialisten sei, die durch den Krieg hervorgerufene Krise zum Sturze der Bourgeoisie auszunützen. Sie sagte: „Immer mehr wird es wahrscheinlich, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht durch eine ökonomische, sondern durch eine politische, durch die Weltpolitik herbeigeführte Krisis erfolgen wird. Vielleicht wird die Herrschaft der kapitalistischen Ordnung noch lange dauern. Aber einmal, früher oder später wird die Stunde schlagen, und damit uns der entscheidende Augenblick der großen Rolle gewachsen findet, ist es notwendig, daß das Proletariat aller Länder sich durch ständige internationale Aktion auf diesen Augenblick vorbereitet.“<sup>2</sup>

Die von Rosa Luxemburg in Paris begründete Entschliebung, die einstimmig angenommen wurde, forderte energisch internationale Aktionen und den gemeinsamen Kampf gegen

<sup>1</sup> „Die Neue Zeit“, 19. Jahrgang (1900/1901), Bd. II, S. 17/18.

<sup>2</sup> „Internationaler Sozialistenkongreß zu Paris - 23. bis 27. September 1900“, Berlin 1900, S. 27.

den Militarismus und die imperialistische Politik. Dazu schlug sie folgende praktische Maßnahmen vor:

1. Die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Klassenkampf;

2. die Verpflichtung, daß sozialistische Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe für Militarismus und Marinismus oder für Kolonialexpeditionen stimmen, und

3. die Organisierung einer gleichzeitigen und gleichförmigen Protestbewegung gegen den Militarismus bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite.

Im Jahre 1907 befaßte sich der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart wiederum mit der Frage des Krieges. Dem Kongreß lag eine Entschlieûung Bebels vor, die Lenin als eine „einseitig-dogmatische, tote Resolution“ bezeichnete, „die im Geiste Vollmars ausgelegt werden konnte“<sup>1</sup>. Darum traten Lenin und Rosa Luxemburg gegen diese Entschlieûung auf und brachten Zusatzanträge ein, die den Sinn der Resolution Bebels veränderten. Lenin schreibt darüber: „Daher brachten Rosa Luxemburg und die russischen sozialdemokratischen Delegierten zur Bebelschen Resolution Abänderungsanträge ein. Diese Anträge besagten erstens, daß der Militarismus das Hauptwerkzeug der Klassenunterdrückung ist, verwiesen zweitens auf die Aufgaben der Agitation unter der Jugend und betonten drittens die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen die Entstehung von Kriegen oder für schleunige Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg hervorgerufene Krise für die Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen.“<sup>2</sup> Diese Zusatzanträge wurden vom Stuttgarter Kongreß angenommen, so daß „auf diese Weise schließlich eine ganz andere Resolution zustande“ kam (Lenin). Diese durch das Eingreifen Lenins und Rosa Luxemburgs abgeänderte Resolution legte

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XII, S. 112.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 102.

die Generallinie des Kampfes der sozialistischen Parteien gegen Militarismus und Krieg fest. In ihr hieß es:

„Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird...

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>1</sup>

Diese Resolution wurde sowohl vom Internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 wie besonders vom Kongreß in Basel 1912 ausdrücklich bestätigt. Auf dem Basler Kongreß kämpfte Rosa Luxemburg wiederum gemeinsam mit Lenin für das Manifest, in das die entscheidenden Absätze der Stuttgarter Resolution aufgenommen wurden und worin ein beson-

<sup>1</sup> „Internationaler Sozialistenkongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907“, Berlin 1907, S. 86 und 102.

derer Absatz genau die Aufgaben in der Lage bestimmte, in der zwei Jahre später der Weltkrieg ausbrach. Dieser Absatz lautete:

„Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.“<sup>1</sup>

In Deutschland entfaltete sich in diesen Jahren ein breiter Kampf gegen den Militarismus. An der Spitze dieses Kampfes stand Karl Liebknecht. Er organisierte die proletarische Jugend, aus deren Reihen sich der Imperialismus seine Rekruten holte. 1907 veröffentlichte Karl Liebknecht eine Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“, in der er die Erfahrungen der belgischen und der schwedischen Jugendbewegung im Kampf gegen den Militarismus der deutschen Jugend vermittelte. Für diese Broschüre wurde er im Jahre 1907 in einem Hochverratsprozeß zu anderthalb Jahren Festung verurteilt.

Während Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die anderen Linken unermüdlich den Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr führten, war der Parteivorstand der Sozialdemokratie mit Bebel an der Spitze bemüht, die Angelegenheit zu bagatellisieren und die Massen von der drohenden Gefahr abzulenken. Das kam besonders drastisch im Jahre 1911 zum Ausdruck, als im zweiten Marokkokonflikt der

<sup>1</sup> „Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912“, Berlin 1912, S. 25.

deutsche Imperialismus zum Schutze der Interessen der Firma Mannesmann das Kanonenboot „Panther“ in den nordafrikanischen Hafen Agadir schickte. Die Gefahr des Kriegsausbruchs hing in der Luft. Da tauchte bei den französischen Sozialisten der Gedanke auf, eine internationale sozialistische Kundgebung gegen das imperialistische Abenteuer zu veranstalten. Die spanischen und englischen Sozialisten sprachen sich für diese Kundgebung aus. Für den deutschen Parteivorstand erklärten sich jedoch Molkenbuhr und Bebel dagegen, aus Angst, die Kundgebung könne die Aussichten auf die Reichstagswahl im kommenden Jahre trüben. Rosa Luxemburg trat in der „Leipziger Volkszeitung“ entschieden gegen den Parteivorstand auf. Auf die opportunistische Ansicht Molkenbuhrs, die Schlichtung des Marokkokonfliktes ruhig den Kanonenkönigen zu überlassen, antwortete sie: „Nicht auf die Friedensinteressen irgendeiner Kapitalistenclique, sondern lediglich auf den Widerstand der aufgeklärten Volksgenossen als Friedensfaktor geziemt es uns zu rechnen.“<sup>1</sup> Rosa Luxemburg wies auch darauf hin, daß die Kriegsprovokation des deutschen Imperialismus in Agadir die unausbleibliche Folge der jahrzehntelang betriebenen Aufrüstung ist. „Es ist nichts anderes, als das brutale Pochen auf die seit Jahrzehnten angehäuften Kanonen und Panzerschiffe, die angeblich als Schutzwehr des Friedens notwendig waren, was jetzt die Lenker der deutschen auswärtigen Politik so wagemutig und kriegslustig macht.“<sup>2</sup> Gegen die Angriffe Rosa Luxemburgs wegen der internationalen Kundgebung hatte der Parteivorstand eine Schrift veröffentlicht, in der er die sachliche Argumentation durch persönliche Anschuldigungen gegen Rosa ersetzte. Rosa Luxemburg trat auf dem Jenaer Parteitag dagegen energisch auf, wobei sie besonders mit Bebel zusammenstieß. Wiederum erhob sie den Vorwurf, daß „seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles,

<sup>1</sup> „Leipziger Volkszeitung“ vom 24. Juli 1911.

<sup>2</sup> „Die Gleichheit“ vom 14. August 1911.

was getan und unterlassen wird“, angeführt wird.<sup>1</sup> Auf dem Parteitag betonte Rosa Luxemburg wiederum, daß „die Rüstungen an sich eine gefahrdrohende Erscheinung sind, daß gerade durch das Wettrüsten die Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird“<sup>2</sup>. So war Rosa Luxemburg rastlos bemüht, die große Gefahr des Krieges nachzuweisen, während die Opportunisten diese Gefahr zu vertuschen suchten, um die kommende Reichstagswahl nicht zu stören, von der sie alles Heil erwarteten.

In der Tat brachte die Reichstagswahl im Jahre 1912 einen großen Sieg der deutschen Sozialdemokratie. Mehr als 4 Millionen Wähler gaben ihre Stimme der Sozialdemokratie. Das war eine gewaltige Heerschau, die freilich bei den gegebenen Verhältnissen dazu beitrug, die parlamentarischen Illusionen zu vergrößern. Der Parteivorstand zögerte nicht, die opportunistische Schlußfolgerung aus dem Wahlsieg zu ziehen und für die nachfolgenden Stichwahlen ein Wahlabkommen mit der bürgerlichen Fortschrittspartei abzuschließen. Rosa Luxemburg war von diesen Illusionen frei. Unmittelbar nach den Wahlen schrieb sie: „Unser wirklicher Sieg und unsere wirkliche Macht liegen in den 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen Wählern, die uns die Hauptwahl gebracht hatte, und es ist lediglich der Druck dieser Massen von draußen, die unserer Fraktion im Reichstag ihr Gewicht verleiht, ob die Fraktion um 20 Mann größer oder kleiner ist.“<sup>3</sup> Entgegen der opportunistischen Politik des Parteivorstandes rief Rosa Luxemburg auf, den Wahlsieg zu einer Steigerung der Massenbewegung auszunützen und im Reichstag zur Offensive überzugehen im Kampfe um die preussische Wahlrechtsreform, gegen den Imperialismus, gegen die Lebensmittelzölle und -steuern, für den gesetzlichen Achtstundentag. Über den Kampf gegen den Imperialismus schrieb

<sup>1</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911“, S. 206.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 349.

<sup>3</sup> „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. März 1912.

sie: „Nachdem der Kampf gegen den Imperialismus bei den Wahlen eine so überragende Rolle gespielt und bei den Volksmassen im ganzen Reiche eine so rückhaltlose Zustimmung gefunden hat, sind wir verpflichtet, gegen ihn im Reichstag mit höchster Gründlichkeit und prinzipieller Schärfe aufzutreten. Der nationalen Phrase, die uns im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegentrat und hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschrecken und persönliches Regiment lauern, müssen wir jetzt im Reichstag eine Generalschlacht liefern. Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem Gesetzentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Milizsystems parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Teilerscheinungen ermöglichen. Sie verleihe im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben.“<sup>1</sup>

Als die Regierung im Jahre 1913 die neue Militärvorlage unterbreitete, die alle bisherigen Rüstungsausgaben in den Schatten stellte, erreichte der Kampf gegen den Militarismus in der Tat einen neuen Höhepunkt, aber nicht in dem Sinne, wie Rosa Luxemburg es gefordert hatte. Die Regierung hatte einen geschickten Schachzug gemacht, indem sie die Militärvorlage von der Deckungsvorlage trennte und in dieser die Vermögenssteuer für die Rüstungsausgaben heranzog. Das war für die Opportunisten der Weg, die Rüstungskosten zu bewilligen. Obgleich auch einige Linke in die Falle der Regierung tappten, trat Rosa Luxemburg entschieden dagegen auf und lehnte auch nur den Schein einer Zustimmung zu der Aufrüstung ab. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowohl dem Wehrbeitrag wie der Reichsvermögenszuwachssteuer zugestimmt

<sup>1</sup> „Die Gleichheit“ vom 5. Februar 1912.

hatte, erklärte Rosa Luxemburg: „Der Vorgang ist ganz neu in unserer Parteigeschichte. Es ist formell ein Bruch mit unserem bisherigen Prinzip: diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“<sup>1</sup> Auf dem letzten Parteitage vor dem Kriege, in Jena 1913, brandmarkte Rosa Luxemburg wiederum die Stellungnahme der Reichstagsfraktion als die Preisgabe des sozialistischen Prinzips. Sie erklärte: „Man sucht die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit damit zu verteidigen, indem man sagt, wir waren nur vor der Wahl, entweder zuzulassen, daß die indirekten Steuern kamen, oder für direkte Steuern zu Militärausgaben zu stimmen. Ich lasse dahingestellt sein, ob dieses Entweder-Oder tatsächlich vorlag. Ich will nur grundsätzlich erklären, daß es allerdings sehr richtig ist, daß man von zwei Übeln das geringere wählt. Was ist aber für Sozialdemokraten das geringere Übel: der Verzicht auf eine kleine positive Position oder die Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme? Ich glaube, das letztere ist unter allen Umständen das größere Übel für Sozialdemokraten.“<sup>2</sup> Und Rosa Luxemburg sagte voraus, daß diese Politik in die Katastrophe führen mußte. „Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. Das ist eine schiefe Ebene..., auf der es kein Halt mehr gibt.“<sup>3</sup>

Diese Warnerin wurde der opportunistischen Parteibürokratie immer gefährlicher. Sie begann deshalb gegen Rosa Luxemburg ein regelrechtes Kesseltreiben, an dem sich besonders Karl Kautsky beteiligte. Es gelang, Rosa Luxemburg nach

<sup>1</sup> „Leipziger Volkszeitung“, 23. bis 29. Juli 1913.

<sup>2</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913“, S. 487.

<sup>3</sup> Ebenda.

fünfzehnjähriger Tätigkeit als ständige Mitarbeiterin aus der „Leipziger Volkszeitung“ zu verdrängen. Franz Mehring hatte bereits 1907 die Chefredaktion an diesem Blatte niedergelegt und auch Marchlewski war als ständiger Mitarbeiter ausgeschieden. Damit waren die Linken ihrer letzten bedeutenden Positionen in der sozialdemokratischen Parteipresse beraubt. Sie beantworteten den Schlag damit, daß Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski im Dezember 1913 die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ gründeten.

Zur selben Zeit erfuhr der Kampf gegen den Militarismus durch die Zabern-Affäre eine neue Verschärfung. In der kleinen elsässischen Stadt Zabern hatte ein blutjunger preußischer Leutnant die unterdrückte elsässische Bevölkerung schwer beschimpft. Es entstand eine ungeheure nationale Bewegung, die sogar den reaktionären Reichstag veranlaßte, eine Entschliebung gegen die Regierung zu fassen. Sahen die vom parlamentarischen Kretinismus befallenen Opportunisten darin ein Zeichen der neuen Zeit, so gab ihnen Rosa Luxemburg in Nr. 3 der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ eine kalte Dusche, indem sie zu der Zabern-Affäre schrieb: „Nicht aus einem unerwarteten oppositionellen Johannistrieb des bürgerlichen Parlaments, nur aus dem außerparlamentarischen Druck und der Machtentfaltung der Volksmassen kann im heutigen Deutschland jeder Fußbreit politischen Fortschritts und bürgerlicher Freiheit erstehen – diese einfache Lehre bei jeder Gelegenheit unbeirrt zu verkünden, muß unsere vornehmste Aufklärungsarbeit sein.“

Gleichzeitig wies Rosa Luxemburg in diesem Artikel auf die ständigen Soldatenmißhandlungen hin, die immer mehr überhand nahmen. „Die brutalste Herrschaft des Militarismus über das Volk wird uns jeden Tag schmerzlich klar, wenn wir das Ohr an die Mauern unserer Kasernen drücken und das erstickte Stöhnen gepeinigter Soldaten vernehmen, über deren Menschenwürde, Gesundheit, ja Leben der eiserne Moloch zermalmend hinwegschreitet.“

Die Kritik Rosa Luxemburgs stachelte die Wut der Militärkamarilla auf, die sich beeilte, den Justizapparat gegen sie in Bewegung zu setzen. Den Anlaß gab ihr eine Rede Rosa Luxemburgs im September 1913 in einer Versammlung im Frankfurter Bezirk. In dieser Rede hatte Rosa Luxemburg ausgerufen: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: Nein, das tun wir nicht.“ Der Staatsanwalt erblickte darin ein Attentat auf den Staat und erhob Anklage. Die Gerichtsverhandlung fand am 20. Februar 1914 vor dem Landgericht in Frankfurt am Main statt. Rosa Luxemburg hielt eine mutige Rede, in der sie erklärte: „Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt... Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus.“ Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und die sofortige Verhaftung. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes an, ließ Rosa Luxemburg jedoch zunächst auf freiem Fuß. Sie ging sofort vom Gerichtssaal in eine Versammlung, in der die Arbeiter die Bekanntgabe des Urteils erwarteten. Natürlich dachte sie nicht daran, zu kapitulieren, sondern verfocht die gleichen Gedanken weiter. Das Klassenurteil rief unter den Arbeitermassen eine ungeheure Erregung hervor. Rosa Luxemburg mußte in zahllosen überfüllten Versammlungen sprechen. Der Kampf gegen den Militarismus nahm einen neuen mächtigen Aufschwung. Und wieder beeilte sich der Parteivorstand, die Bewegung zu dämpfen.

Rosa Luxemburg führte den Kampf in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ fort. Am 2. April 1914 setzte sie den Klassencharakter des Heeres auseinander und machte der Bourgeoisie klar: „Die Armee ist aber selbst nur ein Teil des Volksganzen und spiegelt naturgemäß dessen Klassengegensätze

wider... Das Offizierskorps der heutigen Armeen rekrutiert sich, namentlich in seinen höchsten Spitzen, aus feudalen Elementen und hat überall die angeborene Tendenz, die konservative Schicht mitsamt ihrer natürlichen Spitze, dem Monarchismus, zu stützen. Daher periodisch die Gefahren des Staatsstreiches, Gefahren für den Parlamentarismus, für die Demokratie.“ Und gleichzeitig wies sie auf das Hauptproblem des Militarismus hin, seinen Gegensatz zum werktätigen Volk: „Je mehr das Gebot, auf Vater und Mutter zu schießen, oder verbrecherischer Völkermord zu Zwecken imperialistischen Profitungers den bewußten leidenschaftlichen Widerspruch der arbeitenden Massen wecken, desto mehr rückt in den Vordergrund neben dem liberalen Problem: Armee oder Parlament? das unendlich größere proletarische Problem: Armee oder arbeitendes Volk?“

Um die Proletarier im Soldatenrock aufzurütteln und zum Klassenbewußtsein zu erwecken, behandelte Rosa Luxemburg besonders die zahlreichen Soldatenmißhandlungen. Als ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag eine „kleine Anfrage“ über die Zustände in einem Infanterieregiment in Straßburg stellte, wurde diese von einem schnoddrigen Militär mit den Worten abgelehnt: der Reichstag sei in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen nicht zuständig. Rosa Luxemburg griff den Fall in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ auf und schrieb am 5. Mai 1914: „Es handelte sich bei der sozialdemokratischen Anfrage bekanntlich um dokumentarisch belegte Fälle von Überanstrengungen bei Felddienstübungen, um Massenerkrankungen von Soldaten, um zwei Todesfälle und zwei Fälle von Selbstmord, die den unmenschlichen Strapazen ein Ende gemacht haben sollen. Die in unserer Presse veröffentlichten Briefe eines der dahingegangenen Opfer dieser barbarischen Kasernenpädagogik gaben der furchtbaren Wahrheit ein erschütterndes Zeugnis. Schatten zu Tode gemarterter Soldaten pochten also an den Tempel der Volksvertretung. Verzweifelte Blicke anderer

Vaterlandsverteidiger, die der Erlöser Tod noch nicht aus der Straßburger Kaserne befreit hat, richteten sich hilf flehend auf die würdige Gesetzgeberversammlung.“

Rosa Luxemburgs ständige Enthüllungen über die Mißstände im preußisch-deutschen Heer riefen sogar den Kriegsminister von Einem auf den Plan. Er stellte Anklage wegen Beleidigung der Armee. Der Verteidiger Rosa Luxemburgs erließ darauf eine Aufforderung, Zeugen von Soldatenmißhandlungen möchten sich melden. Daraufhin meldeten sich mehr als tausend Zeugen. Da kriegte es selbst die Klassenjustiz mit der Angst zu tun und verzichtete auf den Prozeß.

Inzwischen braute sich das Gewitter des ersten Weltkrieges zusammen. Am 28. Juli, kurz vor der Mobilmachung, schrieb Rosa Luxemburg über die unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges Worte, die heute angesichts der Remilitarisierung Westdeutschlands und der Atlantikpaktspolitik des amerikanischen Imperialismus höchste aktuelle Bedeutung haben: „Heute erkennen mit Entsetzen auch diejenigen Volksschichten, die sich durch die chauvinistischen Hetzen des Militarismus hatten einfangen lassen, daß das unaufhörliche Rüsten nicht eine Bürgschaft des Friedens, sondern eine Saat des Krieges mit all seinen Schrecken war.“ Über die Militärbündnisse schrieb sie: „Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfielen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichtes und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewährten, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören.“

Und die Schlußfolgerung Rosa Luxemburgs besteht darin, daß nur die Massen des werktätigen Volkes in der Lage sind, den Krieg zu verhindern. Sie schloß ihren Artikel mit den Worten: „Das klassenbewußte Proletariat kennt eine andere, viel wirksamere und seinem internationalen Klassenstandpunkt viel entsprechendere Methode, dem russischen wie dem vater-

ländischen Kriegsteufel die Hölle heiß zu machen. Und das ist die Methode, den Kriegsgelüsten der Regierungen den entschlossenen Friedenswillen der Volksmassen entgegenzustellen. Es ist im Grunde genommen die Methode, die in seiner Weise und seinen Verhältnissen entsprechend seit Jahr und Tag das Petersburger Proletariat so glorreich anwendet. Wenn es jetzt noch eine Hoffnung gibt, daß der russische Bär vor den Gefahren des Kriegsabenteuers im letzten Augenblick trotz alledem vielleicht zurückschrecken wird, so ist es einzig und allein der schöne Brand der beginnenden Revolution im eigenen Hause, der diese magische Wirkung auf die herrschende Kamarilla an der Newa ausüben kann. Gelingt es diesmal, den Frieden Europas noch zu wahren, so hat sich Europa dafür nicht bei dem Dreibund, sondern bei dem heldenhaften russischen Proletariat und seiner unerschöpflichen revolutionären Energie zu bedanken. Und ebenso besteht die einzige wirkliche Garantie des Friedens für Deutschland wie für Frankreich darin, ohne Verzug mit aller Energie die latente Macht des Proletariats in Bewegung zu setzen, eine so nachdrückliche Massenaktion gegen den Krieg zu organisieren, daß die lauen ‚Friedenswünsche‘ der Regierung in einen heißen Schreck vor den unabsehbaren Konsequenzen eines Krieges gewandelt werden. Den Regierungen und den herrschenden Klassen muß gezeigt werden, daß heutzutage ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können. Ihnen muß gezeigt werden, daß es sich für diejenigen, die einen Weltkrieg gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmassen, unter welchem Vorwand auch, anzuzetteln wagen, um Kopf und Kragen handelt.“

Die Hoffnung Rosa Luxemburgs ist damals leider nicht in Erfüllung gegangen. Die beginnende Revolution in Rußland wurde von der Welle des chauvinistischen Taumels überflutet und konnte ihr Werk erst drei Jahre später fortsetzen.

Aber die Worte Rosa Luxemburgs haben Gültigkeit behalten. Auch heute wieder besteht die Aufgabe darin, nachdrück-

liche Massenaktionen gegen die Kriegshetzer zu entfachen. Die Lage ist heute eine ganz andere als 1914. Heute besteht ein mächtiges Weltfriedenslager, das eine Milliarde Menschen umfaßt, das sich auf mächtige Staaten stützt und an dessen Spitze die Sowjetunion steht. In diesem Lager liegt die Garantie dafür, daß die Worte Rosa Luxemburgs in Erfüllung gehen: Sollten die Kriegshetzer es wagen, einen neuen Weltkrieg anzuzetteln, dann werden sie dabei Kopf und Kragen verlieren.

### *Der imperialistische Krieg*

Am 4. August 1914 bewilligte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig die Kriegskredite. Sie verriet damit ihre sozialistischen Grundsätze und ging endgültig ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie über. Der Opportunismus wurde zum Sozialchauvinismus.

Diese furchtbare Kapitulation war für Rosa Luxemburg ein niederschmetternder Schlag. Sie, die anderthalb Jahrzehnte lang gegen den Opportunismus gekämpft hatte, die gründlich die kleinbürgerliche Verspießerung und politische Ver lumpung der rechten sozialdemokratischen Führer kannte, sie war zunächst von diesem Ereignis überrascht. Es war ihr klar, daß dies den vollkommenen Zusammenbruch der Internationale und den größten Verrat der Geschichte bedeutete.

Aber sie ließ sich von den Ereignissen nicht überwältigen. Sie ging sofort daran, die linken Elemente zum Kampfe gegen den Krieg zu sammeln. Ihr erster Gedanke war, vor die Öffentlichkeit mit einem Manifest gegen den Krieg zu treten, das von einer Reihe namhafter sozialdemokratischer Führer unterschrieben werden sollte. Der Gedanke mußte jedoch aufgegeben werden, da sich nur wenige fanden, die bereit waren, das Manifest zu unterschreiben. Es mußte zur konspirativen Arbeit übergegangen werden. Zu den wenigen, die sich damals um Rosa Luxemburg sammelten, gehörten Clara Zetkin, Franz Mehring,

Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Hermann und Käthe Duncker und Paul Lange. Bald schloß sich auch Karl Liebknecht der Gruppe an, der bei der ersten illegalen Zusammenkunft nicht dabeigewesen war. Jetzt zeigte es sich, wie verhängnisvoll es war, daß die Linken nicht längst ihre eigne Organisation aufgebaut hatten. Sie standen ohne jede organisatorische Grundlage da und mußten sich erst mühselig Verbindungen schaffen.

Rosa Luxemburg arbeitete jetzt vor allem in der Berliner Parteiorganisation, um die Opposition gegen den Krieg zu organisieren. Es zeigte sich, daß trotz des Verrats der meisten höheren und mittleren Funktionäre in den Mitglieder massen eine breite Stimmung gegen den Krieg vorhanden war. Im Wahlkreis Niederbarnim stand die Mehrzahl der Mitglieder in Opposition. Trotz des furchtbaren Druckes der Militärbehörden und des Parteivorstandes begannen sich die Kriegsgegner zu sammeln.

Im Dezember 1914 stand die zweite Kriegskreditvorlage im Reichstag zur Abstimmung. Anfänglich erklärte sich eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter bereit, gegen die Kredite zu stimmen. Als jedoch der Tag der Entscheidung heranrückte, blieb nur noch einer übrig. Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite. Seine Stimme wurde in der ganzen Welt gehört. Überall, wo sozialistische Herzen schlugen, löste die mutige Tat Karl Liebknechts neue Hoffnung aus. Sein Name wurde zum Symbol des Kampfes gegen den Krieg.

Ihre Hauptaufgabe sahen die Linken jetzt vor allem darin, über die Lage klarzuwerden und den Massen den Charakter des Krieges zu erklären. Es wurde beschlossen, zu diesem Zwecke eine Zeitschrift, „Die Internationale“, zu gründen, deren Herausgeber Rosa Luxemburg und Franz Mehring waren.

Bevor noch die erste Nummer erscheinen konnte, wurde Rosa Luxemburg verhaftet. In der „Einführung“ der ersten Nummer der „Internationale“ wurde mitgeteilt:

„Diese Monatsschrift verdankt ihre Entstehung der Genossin Luxemburg. Sie hatte bereits den einleitenden Aufsatz über

den Wiederaufbau der Internationalen verfaßt und mehrere Mitarbeiter geworben, als sie ein Opfer des berühmten Burgfriedens wurde. Sie ist dadurch auf Jahr und Tag ihrer öffentlichen Wirksamkeit entrissen worden...

Unsere Aufgabe ist die gleiche wie die Aufgabe der ersten, internationalen Monatsschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es, von neuem die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationskampfes bewährt hat.“<sup>1</sup>

Der einleitende Aufsatz Rosa Luxemburgs trug den Titel: „Der Wiederaufbau der Internationale“. Er beginnt mit der Feststellung, daß die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 politisch abgedankt hat und die sozialistische Internationale zusammengebrochen ist. „Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationalen war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klarsten nachweisen.“<sup>2</sup>

Wenn Rosa Luxemburg hier davon spricht, daß sich die Sozialdemokratie „in blauen Dunst“ aufgelöst hatte, so meinte sie dies einzig und allein im Hinblick auf ihre sozialistische Verpflichtung. In aller Klarheit stellt Rosa Luxemburg die Helfer-

<sup>1</sup> „Die Internationale“, April 1915, Heft 1, S. 1.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 2.

dienste fest, die von der SPD und den Gewerkschaften für die Imperialisten bei der ideologischen Zermürbung der Massen für die Kriegsziele geleistet wurden. Sie schrieb: „Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu ‚schweigen‘, eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege... Die Dienste, die diese der deutschen Kriegsführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermesslich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben und alle Sicherheitsmaßnahmen der Militärbehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des ‚Sozialismus‘ umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien zu verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatsschriften dazu gebraucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren...“ usw. usf. – Und Rosa kommt zu dem Schluß: „Noch nie hat ein Krieg solche Pindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegeben, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen hatte.“<sup>1</sup>

Mit beißender Schärfe brandmarkte Rosa Luxemburg sodann das Eunuchentum Kautskys, der erklärt hatte, die Internationale sei ein Instrument des Friedens, kein Werkzeug im Kriege. Sie schreibt: „Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Kor-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 3.

rektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute ‚jeder Schuß ein Russ‘ – jeder Stoß ein Franzos‘, und morgen nach Friedensschluß: ‚seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt‘. Denn die Internationale ist ‚im wesentlichen ein Friedensinstrument‘, aber ‚kein wirksames Werkzeug im Kriege‘.“<sup>1</sup> Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Rosa Luxemburg den Wiederaufbau der Internationale auf dem Boden des Klassenkampfes. Der erste Schritt dazu sei der Kampf um die Beendigung des Krieges: „Entweder bleibt die Internationale ein Haufen Trümmer auch nach dem Kriege, oder ihre Auferstehung beginnt auf dem Boden des Klassenkampfes, aus dem sie allein ihre Lebensäfte zieht. Sie wird nicht etwa durch das Hervorziehen der alten Leier nach dem Kriege wieder aufleben, auf der frisch-fromm-fröhlich und frei, wie wenn nichts geschehen wäre, die alten Melodien vorgespielt werden, die bis zum 4. August die Welt bezauberten. Nur durch eine ‚grausam gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen‘, des eigenen moralischen Falls seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationalen beginnen. Und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats.“<sup>2</sup>

Die Bilanz der fünfzigjährigen Entwicklung der Sozialdemokratie ziehend, kommt Rosa Luxemburg in diesem Aufsatz zu Schlußfolgerungen, die ein neuer Beweis dafür sind, wie sie im revolutionären Kampf die Schranken ihrer objektivistischen Geschichtsauffassung zu überspringen versteht. Sie schreibt die ihrer Konzeption der spontanen Geschichtsentwicklung widersprechenden Worte: „Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch

<sup>1</sup> Ebenda, S. 4/5.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 6/7.

ihre Säfte einen mächtigen Körper großgezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie obendrein theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen und in allen wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebelement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen.“<sup>1</sup>

Der Aufsatz schließt mit den wegweisenden Worten: „Die Internationale und ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Besinnung auf die eigene Macht, jene Macht, die am 4. August wie ein schwankendes Rohr vom Sturm gepeitscht knickte, die aber, zu ihrer wahren Größe aufgerichtet, geschichtlich berufen ist, tausendjährige Eichen des sozialen Unrechts zu brechen und Berge zu versetzen. Der Weg zu dieser Macht – nicht papierne Resolutionen – ist zugleich der Weg zum Frieden und zum Wiederaufbau der Internationalen.“<sup>2</sup>

In dem gleichen Heft der „Internationale“ veröffentlichte Rosa Luxemburg unter dem Pseudonym Mortimer einen Aufsatz „Perspektiven und Projekte“, in dem sie eine Broschüre Kautskys kritisiert. In diesem Aufsatz treten wiederum die Fehler Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage in Erscheinung.

„Die Internationale“ erschien nach Überwindung beträchtlicher Schwierigkeiten im April 1915 und wurde sofort von der Militärdiktatur verboten.

Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg plötzlich verhaftet und zur Verbüßung ihrer einjährigen Gefängnisstrafe in das Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin eingeliefert. Sie vermochte es, hier ihre Abrechnung mit der Sozialdemokratie, die „Junius-Broschüre“, zu schreiben und aus dem Gefängnis hinauszuschmuggeln. In dieser Broschüre stellte sich Rosa Luxemburg die Aufgabe, die Ursachen der Kriegskatastrophe

<sup>1</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 9/10.